



## Protokoll

der 1. - 3. Sitzung, Amtsjahr 2013 / 2014

Mittwoch, den 6. Februar 2013, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Donnerstag, den 7. Februar 2013, um 09:00 Uhr

**Vorsitz:** *Roland Lindner, ältestes Mitglied des Grossen Rates*  
*Sarah Wyss, jüngstes Mitglied des Grossen Rates*  
*Dr. Conradin Cramer, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*  
*Regine Smit, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Texterfassung Wortprotokoll*

### Abwesende:

6. Februar 2013, 09:00 Uhr 1. Sitzung Greta Schindler (SP), Rolf von Aarburg (CVP/EVP).  
6. Februar 2013, 15:00 Uhr 2. Sitzung Greta Schindler (SP), Rolf von Aarburg (CVP/EVP).  
7. Februar 2013, 09:00 Uhr 3. Sitzung Tobit Schäfer (SP), Greta Schindler (SP), Heiner Vischer (LDP), Rolf von Aarburg (CVP/EVP).

### Verhandlungsgegenstände:

1.	Eröffnung der Sitzung durch das älteste und das jüngste Ratsmitglied.....	4
2.	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates.....	6
	Antrittsrede des Grossratspräsidenten .....	7
3.	Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates .....	9
4.	Wahl von fünf Beisitzerinnen / Beisitzern des Ratsbüros .....	10
5.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.....	11
	Mitteilungen.....	11
	Schriftliche Anfragen.....	11
	Tagesordnung .....	12
6.	Entgegennahme der neuen Geschäfte .....	13
	Zuweisungen.....	13
	Kenntnisnahmen .....	13
7.	Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder).....	14
8.	Wahl der Geschäftsprüfungskommission (13 Mitglieder) .....	16
9.	Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder) .....	17

10.	Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder) .....	18
11.	Wahl der Bildungs- und Kulturkommission (13 Mitglieder) .....	19
12.	Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder) .....	20
13.	Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder).....	21
14.	Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder).....	22
15.	Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder) .....	23
28.	Neue Interpellationen.....	25
	Interpellation Nr. 1 Jürg Meyer zur Verbesserung des Rechtsschutzes der Sans-Papiers .....	25
	Interpellation Nr. 2 Otto Schmid betreffend Krankenkassen-Prämiendefizit im Kanton Basel-Stadt .....	25
	Interpellation Nr. 3 Michael Wüthrich betreffend der Seriosität bei der Deponiesanierung Feldreben im Zusammenhang mit der personellen Besetzung der Geschäfts- bzw. Projektleitung .....	27
	Interpellation Nr. 4 Elisabeth Ackermann betreffend Lastwagenverkehr Hörnliallee / Grenzacherstrasse.....	27
	Interpellation Nr. 5 Eric Weber betreffend Foltermethoden im Basler Gefängnis.....	27
	Interpellation Nr. 6 Beatriz Greuter betreffend Darstellung der Situation von süchtigen Menschen in Basel.....	30
	Interpellation Nr. 7 Patrick Hafner betreffend BKB - "Schuld und Sühne" ?.....	31
	Interpellation Nr. 8 Lukas Engelberger betreffend brisante Informationen auf dem neuen Geoviewer .....	32
16.	Wahl der Petitionskommission (9 Mitglieder).....	33
	Tagesordnung.....	33
23.	Bericht des Regierungsrates zur Kantonalen Volksinitiative für bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt - rechtliche Zulässigkeit der Initiative und weiteres Vorgehen .....	34
24.	Ratschlag betreffend Subventionen für Tanz- und Theaterprojekte der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2013 bis 2016.....	35
16.	Wahl der Petitionskommission, Fortsetzung.....	39
17.	Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder) .....	40
25.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ausgabenbericht Nr. 12.0623.01 betreffend Ausgabenbewilligung für Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz für die Jahre 2013 bis 2016 .....	40
17.	Wahl der Begnadigungskommission, Fortsetzung .....	47
18.	Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder).....	48
26.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 12.1870.01 betreffend Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums. Partnerschaftliches Geschäft.....	48
18.	Wahl der Disziplinarkommission, Fortsetzung.....	52
19.	Wahl der Wahlvorbereitungskommission (7 Mitglieder) .....	54
20.	Wahl der Kommission für Denkmalsubventionen (9 Mitglieder) .....	55
21.	Wahl von acht Mitgliedern des Erziehungsrates.....	56
22.	Wahl des Bankrates der Basler Kantonalbank (13 Mitglieder) .....	57
27.	Ratschlag Staatsbeiträge an die Stiftung Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel (VHS BB) für die Jahre 2013 bis 2016.....	58
29.	Vorgezogene Budgetpostulate 2014 1 - 5 .....	60
	1. Vorgezogenes Budgetpostulat Lorenz Nägelin betreffend Dienststelle Nr. 520 / Staatsanwaltschaft / Personalaufwand / JSD .....	60
	2. Vorgezogenes Budgetpostulat Dominique König-Lüdin betreffend Dienststelle Nr. 220 / Leitung Bildung / Personalaufwand / ED .....	62

3. Vorgezogenes Budgetpostulat Markus Lehmann betreffend Dienststelle Nr. 4220 / Finanzen Liegenschaften / FD.....	64
4. Vorgezogenes Budgetpostulat Martin Lüchinger betreffend Dienststelle Nr. 370 / Abteilung Kultur / PD.....	66
5. Vorgezogenes Budgetpostulat Thomas Strahm betreffend Globalbudget Öffentlicher Verkehr / Tram und Bus .....	68
30. Motionen 1 - 4.....	69
1. Motion Patrizia Bernasconi und Andreas Zappalà zur zeitgemässen paritätischen Vertretung in der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten.....	69
2. Motion Dominique König-Lüdin und Konsorten zum Beschaffungsgesetz: Einschränkung der Weitergabe an Subunternehmen.....	71
3. Motion Heidi Mück und Konsorten zur Änderung des Beschaffungsgesetzes: Senkung des Anteils der öffentlichen Hand für die Unterstellung unter das Gesetz .....	74
4. Motion Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Einführung der Kompetenz der Polizistinnen und Polizisten zur direkten Bussenerhebung bei Verstössen gegen das kantonale Übertretungsstrafgesetz.....	77
31. Anzüge 1 - 2.....	78
1. Anzug Regiokommission betreffend "Haus der Region".....	78
2. Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend verbesserte Unterstützung für Primarlehrkräfte .....	79
32. Beantwortung der Interpellation Nr. 123 Roland Engeler-Ohnemus betreffend Angebotsabbau auf der Buslinie 31 zum Friedhof Hörnli.....	80
33. Beantwortung der Interpellation Nr. 124 Andreas Ungricht betreffend BVB-Anzeigen-Debakel.....	80
Tagesordnung.....	81
Anhang A: Abstimmungsergebnisse.....	83
Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen).....	89
Anhang C: Neue Vorstösse.....	91

**Beginn der 1. Sitzung**

Mittwoch, 6. Februar 2013, 09:00 Uhr

**1. Eröffnung der Sitzung durch das älteste und das jüngste Ratsmitglied**

[06.02.13 09:01:08]

*Roland Lindner, ältestes Mitglied des Grossen Rates:*

Herr Regierungspräsident, Frau Regierungsrätin, Herren Regierungsräte (neu auch mit unserem Baschi Dürr), liebe Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne.

Ich habe als ältestes Mitglied dieses Rates die Ehre, zusammen mit der jüngsten Ratskollegin Sarah Wyss die neue Legislatur des Grossen Rates eröffnen zu dürfen. Ich hatte diese Ehre ja schon vor 4 Jahren.

Ich bitte deshalb die 22 neuen Ratsmitglieder kurz aufzustehen. Als Alterspräsident darf ich Euch in diesem schönen Saal begrüßen und wünsche Euch viel Erfolg und Freude für Euer Ehrenamt als Grossrätin oder Grossrat *[Applaus]*.

Ich habe 3 Fragen:

1. Warum trete ich in meinem Alter nochmals an?
2. Wie beurteile ich die Probleme in der Politik und was gibt es zu tun?
3. Was wünsche ich mir und uns für die nächsten 4 Jahre?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gerne auf diese 3 Fragen kurz eingehen.

Erstens: Warum trete in meinem Alter nochmals an?

Ich habe mir diese Frage vor einem Jahr sehr gut überlegt, ob ich als ältester Grossrat nochmals eine Legislatur absolvieren will oder nicht.

Ich könnte natürlich diese Frage sehr salopp beantworten wie zum Beispiel: "ja warum denn nicht"?

Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer war ja noch wesentlich älter als ich oder Helmut Schmidt ist mit über 90 Jahren noch klarer im Kopf als viele junge Politiker und in China wäre ich jetzt bei den Jüngeren.

Nein meine Damen und Herren, darum geht es mir nicht. Ich trete nochmals an, weil ich erfolgreich gewählt wurde und eine Altersgruppe in Basel von 40 000 Seniorinnen und Senioren repräsentiere und vertrete.

Diese wichtige Altersgruppe hat in den letzten 40 Jahren als gute Bürger und Steuerzahler wesentlich zum Erfolg und zum Wohlstand der Stadt Basel beigetragen.

Und solange ich mit meinem Partner Paul Waldner erfolgreich ein Architekturbüro führen kann, solange bin ich auch überzeugt, auf Grund meiner langen beruflichen und politischen Erfahrung noch wichtige Impulse und Ideen im Rat und in den Kommissionen einbringen zu können.

Somit fühle mich einerseits meiner Altersgruppe verpflichtet wie auch der jungen Generation in Basel, welche ja unsere Zukunft repräsentiert. Ich freue mich somit auf mein Amt als Grossrat.

Doch ich möchte nicht nur von mir sprechen. Die zweite Frage ist für mich die zentralste und beschäftigte mich in der Vorbereitung dieser Rede entscheidend.

Wie beurteile ich die Probleme in der Politik und was gibt es zu tun?

Auf diese Frage gibt es keine kurze Antwort und ich möchte nicht einen besserwisserischen Monolog halten. Deshalb versuche ich kurz einen Quervergleich zu meinem Beruf zu schaffen.

Ich bin mein ganzes Leben Architekt gewesen. Ein Architekt ist ein Planer, oftmals ein Einzelkämpfer, aber er ist auch ein Teil eines grossen Ganzen.

Er muss sich gegenüber dem Auftraggeber präsentieren und mit seinen Ideen überzeugen.

Wenn ein Architekt das Geplante umsetzen kann, ist er auch ein Teamplayer. Er muss das Projekt überwachen, korrigieren und er ist auch das Sorgentelefon des Bauherrn.

Er kommt mit den unterschiedlichsten Menschen in Berührung verschiedener Herkunft und unterschiedlichen Fähigkeiten.

Wer schon mal auf einer Baustelle war, der weiss: Nur reine Theoretiker sind fehl am Platz. Es braucht Praktiker, die anpacken können.

Es kann nur funktionieren, wenn sich alle Menschen auf der Baustelle vom Bauführer bis zum Sanitärlehrling und Hilfsarbeiter mit Respekt begegnen. Nur wenn sie miteinander sprechen und sich zwischenmenschlich einigermaßen verstehen können, sind sie auch in der Lage, für ihre Anliegen zu kämpfen. Und es darf auch mal etwas lauter werden.

Auf einer Baustelle, oftmals "Multi Kulti", geht es nur vorwärts wenn alle an einem Strang ziehen!

Sie merken sicher, worauf ich hinaus will. Ein Parlament, die Politik im Allgemeinen, ist eine Baustelle. Eine Kreativwerkstatt mit verschiedenen Ideen, Überzeugungen und Fähigkeiten.

Das heisst aber auch, dass wir - wie auf einer Baustelle - uns mit Respekt begegnen müssen. Wir müssen gemeinsame Lösungen für unseren Kanton finden, das heisst Sachpolitik betreiben.

Natürlich dürfen wir manchmal etwas plakativ auftreten, wir sind ja auch Konkurrenten für unsere Anliegen. Das ist gelebte Demokratie.

Hier in diesem Rat sind 7 Fraktionen vertreten, somit auch mindestens 7 unterschiedliche Meinungen. Auch in den Fraktionen gibt es Flügel und auch dort herrscht nicht immer Einigkeit. Das soll auch so sein, sonst wären wir ja alle in der gleichen Partei und hätten alle die gleichen Ideen. Korrigieren kann das Parlament nur als Gesamtes und das Volk ist die letzte Instanz in der Kette. Das Volk ist so gesehen der Bauherr.

So ist es auch nicht erstaunlich, dass an der Rückseite des Saals Darstellungen von Handel und Wissenschaft als Sinnbild abgebildet sind. Ebenso die Allegorien von Lüge und Wahrheit und die vier Haupttugenden - Klugheit, Tapferkeit, Gerechtigkeit und Mässigung.

So stehen wir auch in der nun beginnenden Legislatur immer wieder vor der Frage der Zusammenarbeit. Gerade im Zusammenhang mit dem Baselbiet sollte das Motto "Einer für alle, alle für einen" immer wieder in Erinnerung gerufen werden.

Ich meine damit nicht nur ein so umstrittenes Projekt wie die Kantonsfusion. Nein es fängt schon im "Kleinen" an. Zum Beispiel bei der Uni Basel, den Spitälern in Stadt und Land, dem gemeinsamen Biozentrum oder dem Theater.

Diese und viele weitere partnerschaftliche Geschäfte gibt es zu bearbeiten. Sie wissen es besser als ich. Ich verzichte auf eine Auflistung.

Nehmen wir uns deshalb zu Herzen: Wie auf der Baustelle so auch im Rat braucht es Jede und Jeder, egal welcher Herkunft, egal welcher Parteicouleur.

Damit bin ich schon bei den Wünschen angelangt und komme zur dritten Frage: was wünsche ich mir und uns für die nächste Legislatur?

Zuerst wünsche ich mir für uns Allen eine gute Gesundheit. Wenn wir an unseren verstorbenen Kollegen Peter Malama denken, ist die Gesundheit auch für junge Politiker nicht selbstverständlich.

Sodann wünsche ich mir, dass wir uns alle im Rat immer bewusst sind, dass wir nicht nur wegen unseren Parteien gewählt wurden, sondern primär und vor allem zum Wohl und Gedeihen unserer schönen Stadt Basel.

In diesem Sinne schliesse ich hiermit meine Antrittsrede und übernehme heute Morgen den Kaffee. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *[Applaus]*.

*Sarah Wyss, jüngstes Mitglied des Grossen Rates:*

Sehr geehrte Regierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe MedienvertreterInnen, liebe Mitarbeitende des Parlamentsdienstes, liebe Gäste auf der Tribüne und liebe Genossinnen und Genossen

Als junge, häuserbesetzende, linksextreme, freche, weibliche, energische, extravagante oder zielstrebige Jungpolitikerin haben mich im Vorfeld die Medien bezeichnet. Wäre ich wirklich hier, wenn dies alles zutreffen würde? Wohl kaum. Ja, ich bin jung und ja ich bin eine Frau. Dies können die wenigsten unter uns hier von sich behaupten. In dieser Legislatur hat der Frauenanteil sogar abgenommen.

Als 1966 das Frauenstimm- und Wahlrecht erstmals in Basel zur Anwendung kam, wurden gerade einmal 11% Frauen in den Grossen Rat gewählt. Als ich - gut 20 Jahre später - 1988 geboren wurde, zählte der Rat erst 27% Frauen. Dieser Anteil stieg bis 2008 - nochmals 20 Jahre später - kontinuierlich auf 37% an. Heute sitzen nur 31 Frauen in diesem 100köpfigen Rat. Schon nur die Tatsache, dass es hier - selbst beinahe 50 Jahre nach Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts in Basel - nicht einmal annähernd eine ausgeglichene Geschlechterverteilung gibt, weist auf einen klaren Handlungsbedarf hin. So hoffe ich, dass wir uns Alle dafür einsetzen werden, dass die Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier erfüllt wird, sondern auch in Realität gelebt wird.

Wir sind verschieden und vertreten unterschiedliche Meinungen - nicht immer werden wir uns in dieser Legislatur einig werden können. Und doch ist es unsere Pflicht, uns als Ratsmitglieder für die Anliegen der gesamten Bevölkerung einzusetzen. Auch wenn wir uns um einen Konsens bemühen, wird Jede und Jeder hier das eine oder andere Mal in der Minderheit sein und seine Anliegen nicht vertreten sehen. Ich werde dann trotzdem weiterarbeiten, für eine konstruktive Politik eintreten und den Kopf nicht in den Sand stecken. Denn: Dem Kanton steht in dieser Legislatur einiges bevor.

Als internationale Stadt dürfen wir nicht abhängig sein von wenigen. Deshalb müssen die KMUs gestärkt werden, Grosskonzerne dürfen uns nicht erpressen können. Vergessen Sie nicht: Die Politik ist legitimiert, Rahmenbedingungen für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben zu setzen - und nicht die Wirtschaft! Wir leben in einer direkten Demokratie, nicht in einer Wirtschaftsoligarchie.

Für einen guten Wirtschaftsstandort reicht es nicht, wie das Beispiel der Kantone Luzern oder Basel-Landschaft zeigt, jahrelang Steuern zu senken - vielmehr muss zukunftsorientiert investiert werden: in den öffentlichen Verkehr, in die Bildung, in die Kultur, in den Forschungsstandort Basel mit der Universität und in die Betriebe mit Ausbildungsplätzen. Nicht zuletzt muss gewährleistet sein, dass Lehrlinge nach ihrem Abschluss weiterhin eine Beschäftigung haben. Es ist wichtig, dass wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Besonders für junge Leute ist es schlimm, den Berufseinstieg nach der Lehre oder dem Studium nicht zu schaffen.

Zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort gehören auch lebenswerte Löhne. Das bedeutet: Jede und jeder soll von seiner Arbeit leben können. Der Mindestlohn ist meines Erachtens ein guter Ansatz, den die Politik der Wirtschaft im Minimum vorschreiben sollte. Ebenso sinnvoll scheint es mir, eine Lohnbeschränkung gegen oben vorzunehmen. Denn nicht einmal der abtretende Verwaltungsratspräsident der Novartis leistete 720 Mal mehr als seine am schlechtesten bezahlte Mitarbeiterin im Unternehmen. 40.3 Millionen Franken Jahresgehalt sind zu viel. Da muss meines Erachtens die Politik eingreifen und Rahmenbedingungen setzen. Die Initiative 1:12 ist dafür die richtige Antwort.

Ein guter Wirtschaftsstandort Basel alleine reicht nicht aus, um all den gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsen zu sein. Basel braucht mehr, und Basel kann mehr. Basel kann eine pluralistische Gesellschaft wirklich leben. Es braucht eine soziale und offene Gesellschaft, in der niemand an den Rand gedrängt wird, eine Gesellschaft, wo Jeder und Jede einen Platz hat.

Wir alle haben unseren Platz gefunden - zumindest auf den Bänken hier im Grossratsaal. Dies bedeutet Verantwortung, eine Verantwortung, die wir wahrnehmen müssen. Für Basel, für die Schweiz und für die internationale Gemeinschaft.

Denken Sie hin und wieder an ihre Kinder oder Enkelkinder - oder wenn Sie mögen, gerne auch an mich - wenn Sie Verantwortung übernehmen. Denn wie jene, werde ich als Ratsjüngste wohl am längsten von unseren Entscheidungen hier betroffen sein.

Ich wünsche uns allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine gute Legislatur mit lebhaften Kontroversen, lustvollen Debatten und weisen Entscheiden. Ich freue mich darauf!

Herzlichen Dank! *[langer Applaus]*

## 2. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates

[06.02.13 09:17:02, WGE]

*Sarah Wyss, jüngstes Mitglied des Grossen Rates:* Ich bezeichne folgende Damen und Herren als Stimmzählende für alle geheimen Wahlen in der heutigen Sitzung und der Fortsetzungssitzung von morgen Donnerstag:

- Daniel Stolz (FDP) als Leiter des Wahlbüros
- Beatriz Greuter (SP), Sektoren I und V
- Elisabeth Ackermann (GB), Sektor II
- Joël Thüring (SVP), Sektor III
- Lukas Engelberger (CVP), Sektor IV

Sekretärin des Wahlbüros: Sabine Canton.

Wir schreiten zur Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2013 / 2014.

Die Fraktion LDP schlägt als Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2013/2014 **Conradin Cramer** vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

*Eric Weber (fraktionslos): beantragt* die Wahl von Martin Gschwind (fraktionslos).

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

### Wahlergebnis

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	98
Eingegangene Wahlzettel	98
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	98
Absolutes Mehr	50

#### Gewählt ist:

<b>Conradin Cramer</b> , mit	90 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Martin Gschwind	2
Vereinzelte	1
Leere Stimmen	5

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Sarah Wyss, jüngstes Mitglied des Grossen Rates:* ich gratuliere Conradin Cramer ganz herzlich zu seiner Wahl und bitte ihn jetzt, auf dem Stuhl des Präsidenten Platz zu nehmen.

### Antrittsrede des Grossratspräsidenten

Herr Regierungspräsident,

Frau Regierungsrätin,

Herren Regierungsräte,

Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen,

Meine Damen und Herren

Es ist, finde ich, eine schwierige Aufgabe, Mitglied des Grossen Rats zu sein. Man sitzt hier auf seinem Klappstuhl, tigert durch das Vorzimmer, versucht Journalisten aus dem Weg zu gehen oder sucht sie und dann fragt man sich plötzlich: *Was mache ich hier eigentlich?* Wenn man etwas länger im Grossen Rat ist, also mehr als rund drei Monate, beschleicht einen gar manchmal ein Gefühl der Ohnmacht. Eine wörtlich verstandene Ohnmacht natürlich, also ein Gefühl der Machtlosigkeit. Ich weiss nicht, ob es Ihnen auch so geht, da ich nicht in sie hineinsehe, und vielleicht sind meine Vorzimmergefühle nur Ausdruck einer Identitätskrise, die angeblich ja viele Männer zwischen dreissig und vierzig beschleichen soll. Ich frage mich aber doch, ob dieses Ohnmachtsgefühl seine Ursache vielleicht nicht in meiner psychischen Disposition hat, sondern in der grossrätlichen Realität. Ganz konkret frage ich mich, ob Sie und ich, ob wir alle als Grossratsmitglieder, vielleicht wirklich ohnmächtig, also *ohne Macht*, sind.

Ein Parlament hat ja klassischerweise drei Hauptaufgaben: Es erlässt die Gesetze, es hat das Budgetrecht und es kontrolliert die Regierung. Das allerdings klingt nach Macht. Gesetze erlassen wie früher der Fürst, dabei auf dem Staatssäckel sitzen und die ausführende Gewalt wie eigene Be-dienstete überwachen.

Aber schauen wir genauer hin: Tatsächlich, wir erlassen munter Gesetze im Grossen Rat. Nur hängt die Rechtswirksamkeit unserer Gesetze nicht von uns. Wie es uns die Verfassung nahelegt, fügen wir am Ende jedes Gesetzes kleinlaut die sogenannte Referendums Klausel ein. Diese Referendums Klausel weist unseren Rechtsschöpfungs-Elan in die Schranken: Gesetzesbeschlüsse stehen immer unter dem Vorbehalt einer Volksabstimmung.

Selbstverständlich genehmigen wir das Budget des Kantons. Ohne diese Genehmigung dürfte der Regierungsrat nur die geradezu unerlässlichen Ausgaben tätigen. Darüber könnte er nur noch die Spieleinsätze der Lottoverlierer im Lotteriefonds und die Batzen in seinem Kompetenzkässeli ausgeben. Wenn wir das nicht wollen - und wir wollen es ja nicht - dann müssen wir das Budget genehmigen, gefangen in den Sachzwängen der gebundenen Ausgaben. Wir dürfen aber nicht nur nicht nichts ausgeben, sondern auch nicht das Gegenteil: Nämlich beliebig viel ausgeben. Denn schon

beim Betrag von 1,5 Millionen Franken ist Ende Kompetenz, also - wenn man so will - bei gerade mal 15'000 Franken pro Grossratsmitglied oder bei rund drei Zehntausendstel der jährlichen kantonalen Ausgaben. Alles was mehr kostet - wenn man es nicht schon wüsste, man würde es erraten: Wieder das Volk, wieder das Referendumsrecht, wieder sind es nicht wir, die endgültig entscheiden.

Bleibt uns die dritte grosse Parlamentsaufgabe: die Kontrolle der Regierung. Nun, wir kontrollieren die Regierung, und das durchaus mit Lust und List. Aber unsere Kontrolle ist nicht viel mehr als eine Neckerei, ein wohlwollendes bis säuerliches Gehänsel. Denn die Regierungsräte sind von uns nicht abhängig. Wir können sie nicht etwa absetzen oder impeachen oder mit konstruktiven Misstrauensvoten austauschen. Die Regierungsräte sind direkt gewählt, sogar kantonsweit, während wir uns ja nur in unseren Wahlkreisen durchsetzen mussten. Und seit der Verfassungsgeber es klug fand, das Regierungspräsidium nicht mehr jährlich rotieren zu lassen, haben wir nicht einmal mehr einen symbolischen Einfluss auf die Zusammensetzung des Regierungsrats. Unser bisschen Kommissionskontrolle kann die glorreichen Sieben nicht aus dem Tritt oder dem Trott bringen.

Wir sind, wenn man das zusammenfasst, also eingeklemmt zwischen dem Stimmvolk auf der einen Seite, das uns nicht nur alle vier Jahre die Leviten liest, sondern jeden nennenswerten Beschluss zu Fall bringen kann. Auf der anderen Seite klemmt der Regierungsrat, der mit der Macht des Faktischen aufwartet und uns von Bundeskompetenzen oder gebundenen Ausgaben erzählt, für die er nichts kann und jedenfalls nichts können will.

Wenn man sich der Rolle unserer eingeklemmten Legislative bewusst wird, von der jede und jeder von uns nur ein Hundertstel darstellt, kann man leicht in eine parlamentarische Sinnkrise stürzen: Wir sind ohnmächtig. Wir haben als Kollektiv nur wenig zu sagen und als Einzelne gar nichts.

Nachdem ich nun die Kulissen unserer Parlaherrlichkeit demontiert habe, möchte ich sie wieder aufstellen. Ich bin nämlich sehr entschieden der Meinung, dass der Grosse Rat wichtig ist, und dass wir hier drinnen die Möglichkeit haben, etwas Sinnvolles zu leisten. Das muss, nachdem ich Ihnen unsere eigene Machtlosigkeit in ihrem ganzen erschreckenden Umfang ausgebreitet habe, begründet sein. Ich komme dabei nicht ohne Dialektik aus: Die Stärke des Grossen Rates liegt gerade in seiner Machtlosigkeit. Wer fast keine oder nur beschränkte Macht hat, ist auf das *Argument* angewiesen. Wir müssen ja nicht nur uns selbst überzeugen, sondern immer auch unsere lieben Wählerinnen und lieben Wähler, die sich auf einmal in gefräßige Stimmbürger verwandeln. Und wenn wir Erfolg haben wollen, müssen wir auch den Regierungsrat mindestens so weit überzeugen, dass er sich nicht mit vierzehn Händen und vier-zehn Füßen gegen eine parlamentarische Idee wehrt. Dieser ständige Argumentationszwang stärkt die Qualität. Kann sie stärken. Da wir fast keine endgültig beschliessende Macht haben, können wir uns auf nichts ausruhen, können wir unserer Position nie sicher sein.

Unser Parlamentsmandat gibt uns immerhin ein paar Hilfsmachtmittel, die unseren Argumenten helfen: So haben wir die Möglichkeit, Ideen unmittelbar einzubringen, wir können Öl in die Maschine giessen oder, falls die Maschine uns gar nicht passt, auch Sand streuen. Wir haben ein beachtetes Forum, um uns zu äussern, und wenn wir uns überlegt äussern, klug äussern, pointiert äussern, haben wir die Chance gehört zu werden und zu überzeugen. Das ist viel. Das ist nach meiner Meinung die Essenz des Parlamentsbetriebs in der direkten Demokratie.

Wir haben einen weiteren Vorteil, der uns sachliche Legitimität verschafft gegenüber den beiden, die uns so bedrängen, also gegenüber dem Regierungsrat und der Bevölkerung: Unser Vorteil ist, dass wir Milizparlamentarier sind. Wir leben nicht von unserem Parlamentsmandat. Wir sind Berufsleute (oder waren es bzw. werden es sein). Wir tun nicht etwas grundlegend anderes, als diejenigen, die uns bitte wählen sollen, denen wir Gesetze vorlegen und deren Steuergelder wir ausgeben wollen. Wir kennen sozusagen das wirkliche Leben und wir bringen unsere Erfahrungen als Sozialarbeiter, Geografin, Markthändler, Apothekerin, Verkehrsingenieur, Psychologin, Grenzwächter, Tierärztin oder Gastwirt ein (um nur ein paar Beispiele zu nennen, und dabei die Juristen vornehm auszuklammern).

Dieses Milizsystem, unsere grosse Stärke, fordert uns. Es zwingt uns als *Generalisten* zu einer gewissen *Spezialisierung*: wir sind genötigt, uns ein Stück dieses üppigen Kantonskuchens genauer anzusehen und dann zu zerlegen, sonst überessen wir uns. Ganz konkret sind unsere Kommissionen der Ort, wo wir mit ein bisschen Erfahrung und mit Dossierkenntnis an das Wissen der Fachleute heran kommen können, mindestens so weit, dass wir nicht nur generell kluge Fragen stellen, sondern auch im Speziellen nachbohren können. Die Kommissionen sind meines Erachtens mit viel Liebe zu hegende Pflanzen. Und sie bringen mich endlich dazu, Ihnen ein paar gut und vor allem völlig ernst gemeinte Ratschläge mit in die neue Legislatur zu geben: Ehren wir die Kärnerarbeit in den Kommissionen. Investieren wir Zeit und Energie in diese Arbeit. Wer vor einer Kommissionssitzung die Akten nicht gelesen hat, macht das Milizsystem verächtlich und kommt seiner Verantwortung nicht nach.

Das Milizprinzip bedeutet auch *Unabhängigkeit*: Unabhängigkeit von der Politik als einzigem Broterwerb und damit auch Unabhängigkeit von der Partei. Der Partei- oder Fraktionszwang ist unserem System fremd. Hier im Grossen Rat darf - ja muss - jede Parlamentarierin und jeder Parlamentarier nach persönlicher Überzeugung stimmen. Das ist unbequem, vor allem für uns selber, denn es bringt mit sich, dass wir eine persönliche Überzeugung manchmal auch gegen eigene Parteifreunde äussern müssen. Für mich ist der Mut das zu tun, Teil unserer Verantwortung.

Das Milizprinzip bedeutet auch *Selbstbeschränkung*: Wir sind nur dann so gut, wie wir sein können, wenn wir uns auf das Wesentliche konzentrieren. Das geht nur, wenn wir die Grossratsstätigkeit so organisieren, dass wir daneben Zeit finden, einen Beruf zu haben, eine Familie zu haben, Hobbies zu haben, kurz: normal zu leben. Zu dieser Konzentration auf das

Wesentliche kann ich als Grossratspräsident vielleicht für ein Jahr ein bisschen mehr als nur ein Hundertstel beitragen. Aber die Verantwortung, die liegt bei Ihnen: Sie müssen entscheiden, ob es die zehnte Interpellation noch braucht, ob Sie damit wirklich etwas Gutes, Sinnvolles für unseren Kanton tun, oder ob Ihre Fragen nicht mit einem Telefonat beantwortet werden könnten. Sie müssen entscheiden, ob Sie ihren Wählerinnen und Wählern so wenig Verstand zutrauen, dass diese sich von der Zahl von persönlichen Vorstössen beeindrucken lassen. Sie müssen entscheiden, ob Sie ernst genommen werden wollen von denjenigen, die Ihre politische Meinung nicht teilen. Das alles ist Ihre individuelle Verantwortung. Ich finde wir können gegenseitig von uns verlangen über alle Parteigrenzen hinweg, dass wir dieser Verantwortung gerecht werden.

Lassen Sie mich mein Plädoyer zusammenfassen: Wer sich als Grossrat manchmal ohnmächtig fühlt, irrt nicht und muss den Fehler gar nicht bei sich selbst suchen, denn wir sind formell mit ganz geringen Machtmitteln ausgestattet. Umso stärker, umso besser müssen wir argumentieren, um uns bei der Bevölkerung und beim Regierungsrat mit seiner Verwaltung Gehör zu verschaffen. Wir sollten uns nicht hinter Parteipositionen verstecken, sondern als Individuen mit ganz unterschiedlichen beruflichen Kenntnissen und Lebenserfahrungen sprechen. Mir scheint es entscheidend, dass wir uns in den Kommissionen Wissen und Kenntnisse erarbeiten und diese unseren Fraktionskollegen, aber auch anderen zur Verfügung stellen. Für mich ist es weiter wesentlich, dass wir unsere beschränkten Ressourcen mit Bedacht und mit Mass einsetzen, dass wir keine Selbstverwirklichung betreiben, dass wir uns nicht mit Vorstössen zudröhnen, die es so schon gab, aber von jemand anderem. Ich finde, so ein Grossratsmandat ist eine schwierige, eine verantwortungsvolle Aufgabe. Ich finde aber auch, dass jede und jeder Einzelne von uns es in der Hand hat, dieser Verantwortung gerecht zu werden, und dass wir das Verantwortungsgefühl voneinander einfordern dürfen.

Nun, für Sie alle und vor allem für diejenigen, die meine Worte als angriffig empfunden haben - was hoffentlich einige haben, denn die Rede war durchaus nicht lieb gemeint -, für Sie alle, möchte ich nun meinen ebenfalls ehrlich gemeinten Dank abstatten: Ich danke Ihnen, dass Sie mich mit so vielen Stimmen zu Ihrem Präsidenten gewählt haben, und ich danke meiner Fraktion, dass sie ihrem jüngsten Mitglied dieses Amt zutraute und hoffentlich immer noch zutraut. Ich will mein Bestes geben, um meinem nicht machtvollen, aber auch nicht ohnmächtigen Amt gerecht zu werden.

Ich erkläre das erste Amtsjahr der 42. Legislatur des Grossen Rates als eröffnet [*langer, anhaltender Applaus*].

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Sie mussten mir lange zuhören und müssen es noch ein bisschen länger für einige Begrüssungen:

Die neugewählten Grossratsmitglieder wurden schon begrüsst vom Alterspräsidenten.

Bekanntlich hat ein wiedergewähltes Grossratsmitglied schnöde auf sein Amt verzichtet, weil er ein anderes Amt attraktiver fand: Ich freue mich, Regierungsrat Baschi Dürr heute in gewohnter Frische, aber in neuer Funktion erstmals im Grossen Rat zu begrüssen und ich wünsche ihm für sein Amt alles Gute. [*Applaus*]

Dann ist es mir eine besondere Freude, prominenten Besuch aus unmittelbarer Nachbarschaft auf der Tribüne begrüssen zu dürfen. Herr Landratspräsident Jürg Degen, seien Sie herzlich willkommen! Wir haben heute bereits ein partnerschaftliches Geschäft traktandiert und viele weitere werden in der neuen Legislatur folgen. Lieber Jürg, es ist uns eine Ehre, dass Du uns beim Konstituieren zuschaust, und es ist ein gutes Zeichen für die Zusammenarbeit der beiden Kantone, bei der unsere beiden Parlamente ja eine ganz wesentliche Rolle spielen [*Applaus*].

Auf der Tribüne ist auch Willi Fischer, Gemeindepräsident von Riehen, anwesend. Ich heisse ihn ebenfalls herzlich willkommen. [*Applaus*]

### 3. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates

[06.02.13 09:54:30, WGE]

Die Fraktion FDP schlägt als Statthalter des Grossen Rates für das Amtsjahr 2013/2014 **Christian Egeler** (FDP) vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

### Wahlergebnis

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	98
Eingegangene Wahlzettel	98
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	97
Absolutes Mehr	49

**Gewählt ist:**

<b>Christian Egeler</b> , mit	90 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	2
Leere Stimmen	5

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 4. Wahl von fünf Beisitzerinnen / Beisitzern des Ratsbüros

[06.02.13 10:12:31, WGE]

Zur Wahl als Beisitzerinnen und Beisitzer des Ratsbüros sind folgende Ratsmitglieder vorgeschlagen:

Mirjam Ballmer (GB), Martina Bernasconi (GLP), Remo Gallacchi (CVP), Dominique König-Lüdin (SP) und Joël Thüring (SVP).

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

### Wahlergebnis

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	93
Eingegangene Wahlzettel	93
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	93
Absolutes Mehr	47

**Gewählt sind:**

<b>Martina Bernasconi</b> , mit	90 Stimmen
<b>Remo Gallacchi</b> , mit	90 Stimmen
<b>Mirjam Ballmer</b> , mit	89 Stimmen
<b>Dominique König-Lüdin</b> , mit	87 Stimmen
<b>Joël Thüring</b> , mit	66 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	3 Stimmen
Leere Stimmen	40

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 5. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[06.02.13 10:45:24, MGT]

### Mitteilungen

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* ich habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

### Hinschied von Sonja Kaiser-Tosin

Am 26. Januar 2013 ist Frau Sonja Kaiser-Tosin verstorben. Sonja Kaiser war von 1984 bis 1993 Mitglied des Grossen Rates und bis zu ihrem Tod Bürgerrätin. Ihr Einsatz für das soziale Basel war gross und auch als wichtige, integrierende Figur des politischen Lebens hinterlässt sie eine Lücke. Es ist mir ein Anliegen, im Namen des Grossen Rates den Angehörigen von Sonja Kaiser unser Beileid auszusprechen.

### Neue Interpellationen

Es sind 8 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 2, 5, 6 und 8 werden mündlich beantwortet.

### Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Patrick Hafner betreffend illegale Plakatierungen (13.5055)
- Schriftliche Anfrage Patrick Hafner betreffend Kundenfreundlichkeit Parkhaus City (13.5056)
- Schriftliche Anfrage André Auderset betreffend gefährlicher Dauer-Sperre der Gärtner-Brücke (13.5057)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Politikverdrossenheit (13.5061)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Neu-Grossräte sind nur Grossräte zweiter Klasse (13.5062)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Regierungseinladung an die Fasnacht (13.5063)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte (13.5064)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Personenschutz für RR Eymann (13.5065)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend kostenloses Tram für alle Parlamentarier (13.5066)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Sicherheitsvorkehrungen beim Kanton Basel-Stadt (13.5067)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Skandal-Preise bei den Basler Fähren (13.5068)
- Schriftliche Anfrage Franziska Reinhard betreffend Aufnahmebedingung für die Berufsmatura (13.5072.01).
- Schriftliche Patrick Hafner betreffend korrekte Vergabe von Lotteriefondsgeldern? (13.5073.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

### GO-Büchlein

Auf Ihrem Tisch liegt neben den Anträgen der Fraktionen zu den Wahlen und zu den Sachgeschäften auch ein Sonderdruck der Gesetzessammlung mit den wichtigsten Erlassen, welche für die Arbeit des Parlamentes gebraucht werden. In meinem Studium habe ich gelernt, dass ein Blick ins Gesetz die Rechtskenntnis stärkt. Insbesondere die beiden ersten Erlasse, nämlich die Geschäftsordnung und die Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung empfehle ich Ihnen zur sorgfältigen Lektüre.

### Foto-Studio im zweiten Stock

Wie immer an der konstituierenden Sitzung werden die Mitglieder des Grossen Rates in einer einheitlichen Umgebung von einem Profi fotografiert. Ich bitte Sie, sich heute oder morgen Vormittag im zweiten Stock beim Fotografen zu melden.

### Kaffee

Alterspräsident Roland Lindner spendiert uns heute Morgen verdankenswerterweise den Kaffee, wie er in seiner Antrittsrede angekündigt hat. Herzlichen Dank!

In der SVP-Fraktion sind noch mehr Männer besten Alters. Einer davon, Bruno Jagher, durfte gestern einen runden Geburtstag feiern und er spendiert uns den Kaffee heute Nachmittag. Wir gratulieren ihm sehr herzlich und bedanken uns für das Sponsoring im Käffeli *[Applaus]*

### Tagesordnung

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, die Traktanden 25 und 26, nämlich die **Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz** und die **Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums** mit Dringlichkeit zu behandeln. Die Frist von drei Wochen gemäss § 20 AB für den Versand der Unterlagen konnte in beiden Fällen um wenige Tage nicht eingehalten werden.

Für die Behandlung mit Dringlichkeit braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr.

### Abstimmung

JA heisst Dringliche Behandlung der Traktanden 25 und 26, NEIN heisst keine dringliche Behandlung.

### Ergebnis der Abstimmung

**93 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 1, 06.02.13 10:50:30]*

### Der Grosse Rat beschliesst

die Traktanden 25 und 26, nämlich die **Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz** und die **Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums** mit Dringlichkeit zu behandeln.

Der Regierungsrat hat die Interpellationen 119 und 120 von Dominique König und Heidi Mück betreffend Messe-Baustelle gemeinsam beantwortet. Ich beantrage Ihnen deshalb, die beiden Traktanden 45 und 46 zusammen zu legen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Traktanden 45 und 46 gemeinsam zu behandeln.

*Eric Weber (fraktionslos):* **beantragt**, eine persönliche Erklärung abzugeben und beantragt ausserdem, dass der Rat über diesen Antrag abstimmt.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Wir können über diesen Antrag nicht abstimmen. Es gibt keine Möglichkeit, über eine persönliche Erklärung abzustimmen. Eine persönliche Erklärung steht dann zur Verfügung, wenn ein Ratsmitglied angegriffen wurde

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen.**

## 6. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[06.02.13 10:54:29, ENG]

### Zuweisungen

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

### Kenntnisnahmen

#### Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Ratsbüros zu den Anzügen Annemarie von Bidder und Konsorten betreffend Ausbau der Kompetenzen der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie betreffend Errichtung eines ständigen gemeinsamen Sekretariates der IGPKS's (stehen lassen) (Ratsbüro, 10.5390.02 10.5391.02)
- Bericht des Regierungsrates über die ihm erteilten Aufträge (abgeschlossen per 31. Dezember 2012) (STK, 12.2073.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sebastian Frehner betreffend Taxi-Fahrten von Asylsuchenden auf Staatskosten (WSU, 12.5282.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Emmanuel Ullmann zu den möglichen Massnahmen bei den kurzfristigen Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte (WSU, 12.5296.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Andreas Ungricht zur Stärkung der Standortförderung im Bereich chemische Industrie (WSU, 12.5249.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Samuel Wyss betreffend Gefährdung der Basler Bevölkerung insbesondere Kinder durch unsachgemäss respektive fehlende Entsorgung von gebrauchten Fixerutensilien (Spritzen von Drogenabhängigen)? zum Zweiten (GD, 12.5272.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Franziska Reinhard und Konsorten für einen kinder- und jugendgerechten Schulstart (stehen lassen) (ED, 10.5292.02)

## 7. Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 10:54:55, WAK]

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Wir kommen jetzt zu einer Verfahrensfrage:

Ich beantrage Ihnen, die Wahlen in den Traktanden 7 - 22 offen durchzuführen, sofern jeweils die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind.

Falls Sie der offenen Wahl global zustimmen, können Sie bei einzelnen Kommissionen geheime Wahl der Mitglieder oder des Präsidiums beantragen, sobald das entsprechende Geschäft aufgerufen wird. Falls Sie global der offenen Wahl nicht zustimmen, werden alle Wahlgeschäfte geheim durchgeführt.

Für eine offene Wahl braucht es in jedem Fall die Zustimmung eines Zweidrittelmehrers.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Wir stimmen jetzt über die offene Wahl in den Traktanden 7 - 22 in globo ab unter dem Vorbehalt, dass nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind und dass beim einzelnen Wahlgeschäft nicht geheime Wahl beschlossen wird.

### Abstimmung

JA heisst offene Wahlen in den Traktanden 7 - 22 global unter den genannten Vorbehalten. NEIN heisst, die Wahlen sind in jedem Fall geheim durchzuführen.

### Ergebnis der Abstimmung

**95 Ja, 0 Nein.** [Abstimmung # 2, 06.02.13 10:57:22]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlgeschäfte in den Traktanden 7 - 22 offen durchzuführen, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind und beim einzelnen Wahlgeschäft nicht geheime Wahl beschlossen wird.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Zu den Wahlen ist keine Diskussion mehr möglich.

Als Mitglieder der Finanzkommission vorgeschlagen sind:

Elisabeth Ackermann, Mustafa Atici, Peter Bochsler, Patrick Hafner, Eveline Rommerskirchen, Michel Rusterholtz, Greta Schindler, Sabine Suter, Heinrich Ueberwasser, Patricia von Falkenstein, André Weissen, Dieter Werthemann, Sarah Wyss.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Benützung der Abstimmungsanlage als Wahlanlage

#### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl. Enthaltung heisst: Sie legen eine leere Stimme ein. Dabei ist zu beachten, dass Enthaltungen für das absolute Mehr mitzählen. Wenn Sie nichts drücken, nehmen Sie an der Wahl nicht teil.

### Ergebnis der Abstimmung

**94 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 3, 06.02.13 10:59:23]

**Der Grosse Rat wählt**

**als Mitglieder** der Finanzkommission:

**Elisabeth Ackermann** (GB)  
**Mustafa Atici** (SP)  
**Peter Bochsler** (FDP)  
**Patrick Hafner** (SVP)  
**Eveline Rommerskirchen** (GB)  
**Michel Rusterholtz** (SVP)  
**Greta Schindler** (SP)  
**Sabine Suter** (SP)  
**Heinrich Ueberwasser** (SVP)  
**Patricia von Falkenstein** (LDP)  
**André Weissen** (CVP/EVP)  
**Dieter Werthemann** (GLP)  
**Sarah Wyss** (SP)

Als Präsident der Finanzkommission vorgeschlagen wird: **Patrick Hafner** (SVP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

**Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

**87 Ja, 1 Nein, 8 Enthaltungen.** [Abstimmung # 4, 06.02.13 11:00:27]

**Der Grosse Rat wählt**

**Patrick Hafner** als Präsidenten der Finanzkommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* ich werde jeweils, wenn das Ergebnis so eindeutig ist, das absolute Mehr nicht ausrechnen. Falls es je knapp sein sollte, würden wir jeweils eine kurze Pause machen und das absolute Mehr berechnen.

## 8. Wahl der Geschäftsprüfungskommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:01:11, WAK]

Als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission vorgeschlagen sind:

Talha Ugur Camlibel, Thomas Gander, Michael Koechlin, Urs Müller-Walz, Franziska Roth-Bräm, Eduard Rutschmann, Tobit Schäfer, Helen Schai-Zigerlig, Urs Schweizer, Thomas Strahm, Joël Thüring, Christian von Wartburg, Kerstin Wenk.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**88 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 5, 06.02.13 11:02:24]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission:

**Talha Ugur Camlibel** (GB)  
**Thomas Gander** (SP)  
**Michael Koechlin** (LDP)  
**Urs Müller-Walz** (GB)  
**Franziska Roth-Bräm** (SP)  
**Eduard Rutschmann** (SVP)  
**Tobit Schäfer** (SP)  
**Helen Schai-Zigerlig** (CVP/EVP)  
**Urs Schweizer** (FDP)  
**Thomas Strahm** (LDP)  
**Joël Thüring** (SVP)  
**Christian von Wartburg** (SP)  
**Kerstin Wenk** (SP)

Als Präsident der Geschäftsprüfungskommission vorgeschlagen wird: **Tobit Schäfer** (SP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 6, 06.02.13 11:03:20]

### Der Grosse Rat wählt

**Tobit Schäfer** als Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 9. Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:03:40, WAK]

Als Mitglieder der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission vorgeschlagen sind:

Sibel Arslan, André Auderset, Pasqualine Balmelli-Gallacchi, Nora Bertschi, Toni Casagrande, David Jenny, Danielle Kaufmann, Murat Kaya, Ursula Metzger, Otto Schmid, Karl Schweizer, Tanja Soland, Emmanuel Ullmann.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**94 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 7, 06.02.13 11:04:50]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission:

**Sibel Arslan** (GB)  
**André Auderset** (LDP)  
**Pasqualine Balmelli-Gallacchi** (CVP/EVP)  
**Nora Bertschi** (GB)  
**Toni Casagrande** (SVP)  
**David Jenny** (FDP)  
**Danielle Kaufmann** (SP)  
**Murat Kaya** (FDP)  
**Ursula Metzger** (SP)  
**Otto Schmid** (SP)  
**Karl Schweizer** (SVP)  
**Tanja Soland** (SP)  
**Emmanuel Ullmann** (GLP)

Als Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission vorgeschlagen wird: **Tanja Soland** (SP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**94 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 8, 06.02.13 11:06:04]

### Der Grosse Rat wählt

**Tanja Soland** als Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 10. Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:06:20, WAK]

Als Mitglieder der Gesundheits- und Sozialkommission vorgeschlagen sind:

Felix Eymann, Beatriz Greuter, Salome Hofer, Christoph Holenstein, David Jenny, Jürg Meyer, Urs Müller-Walz, Thomas Müry, Lorenz Nägelin, Gülsen Oeztürk, Eduard Rutschmann, Atilla Toptas, Rolf von Aarburg.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**92 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 9, 06.02.13 11:07:18]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Gesundheits- und Sozialkommission:

**Felix Eymann** (LDP)  
**Beatriz Greuter** (SP)  
**Salome Hofer** (SP)  
**Christoph Holenstein** (FDP)  
**David Jenny** (FDP)  
**Jürg Meyer** (SP)  
**Urs Müller-Walz** (GB)  
**Thomas Müry** (LDP)  
**Lorenz Nägelin** (SVP)  
**Gülsen Oeztürk** (SP)  
**Eduard Rutschmann** (SVP)  
**Atilla Toptas** (SP)  
**Rolf von Aarburg** (CVP/EVP)

Als Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission vorgeschlagen wird: **Beatriz Greuter** (SP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**93 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 10, 06.02.13 11:08:12]

### Der Grosse Rat wählt

**Beatriz Greuter** als Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 11. Wahl der Bildungs- und Kulturkommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:08:40, WAK]

Als Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission vorgeschlagen sind:

Sibylle Benz Hübner, Martina Bernasconi, Andrea Bollinger, Oskar Herzig-Jonasch, Oswald Inglin, Martin Lüchinger, Heidi Mück, Ernst Mutschler, Annemarie Pfeifer, Franziska Reinhard, Elias Schäfer, Joël Thüning, Christine Wirz-von Planta.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**93 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 11, 06.02.13 11:09:38]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission:

**Sibylle Benz Hübner** (SP)  
**Martina Bernasconi** (GLP)  
**Andrea Bollinger** (SP)  
**Oskar Herzig-Jonasch** (SVP)  
**Oswald Inglin** (CVP/EVP)  
**Martin Lüchinger** (SP)  
**Heidi Mück** (GB)  
**Ernst Mutschler** (FDP)  
**Annemarie Pfeifer** (CVP/EVP)  
**Franziska Reinhard** (SP)  
**Elias Schäfer** (FDP)  
**Joël Thüning** (SVP)  
**Christine Wirz-von Planta** (LDP)

Als Präsident der Bildungs- und Kulturkommission vorgeschlagen wird: **Oswald Inglin** (CVP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**80 Ja, 1 Nein, 12 Enthaltungen.** [Abstimmung # 12, 06.02.13 11:10:31]

### Der Grosse Rat wählt

**Oswald Inglin** als Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 12. Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:10:51, WAK]

Als Mitglieder der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission vorgeschlagen sind:

Remo Gallacchi, Brigitte Heilbronner, Helmut Hersberger, Bruno Jagher, Murat Kaya, Dominique König-Lüdin, Anita Lachenmeier-Thüring, Stephan Luethi-Brüderlin, Heiner Vischer, Jörg Vitelli, Aeneas Wanner, Michael Wüthrich, Samuel Wyss.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**92 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 13, 06.02.13 11:11:50]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission:

**Remo Gallacchi** (CVP/EVP)  
**Brigitte Heilbronner** (SP)  
**Helmut Hersberger** (FDP)  
**Bruno Jagher** (SVP)  
**Murat Kaya** (FDP)  
**Dominique König-Lüdin** (SP)  
**Anita Lachenmeier-Thüring** (GB)  
**Stephan Luethi-Brüderlin** (SP)  
**Heiner Vischer** (LDP)  
**Jörg Vitelli** (SP)  
**Aeneas Wanner** (GLP)  
**Michael Wüthrich** (GB)  
**Samuel Wyss** (SVP)

Als Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission vorgeschlagen wird: **Michael Wüthrich** (GB).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**77 Ja, 3 Nein, 11 Enthaltungen.** [Abstimmung # 14, 06.02.13 11:12:45]

### Der Grosse Rat wählt

**Michael Wüthrich** als Präsidenten der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

### 13. Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:13:07, WAK]

Als Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission vorgeschlagen sind:

Andreas C. Albrecht, Mirjam Ballmer, René Brigger, Remo Gallacchi, Daniel Goepfert, Thomas Grossenbacher, Bruno Jagher, Daniel Jansen, Roland Lindner, Philippe Macherel, Elias Schäfer, Andreas Sturm, Andreas Zappalà.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

#### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

#### Ergebnis der Abstimmung

**90 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 15, 06.02.13 11:14:02]

#### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission:

**Andreas C. Albrecht** (LDP)  
**Mirjam Ballmer** (GB)  
**René Brigger** (SP)  
**Remo Gallacchi** (CVP/EVP)  
**Daniel Goepfert** (SP)  
**Thomas Grossenbacher** (GB)  
**Bruno Jagher** (SVP)  
**Daniel Jansen** (SP)  
**Roland Lindner** (SVP)  
**Philippe Macherel** (SP)  
**Elias Schäfer** (FDP)  
**Andreas Sturm** (GLP)  
**Andreas Zappalà** (FDP)

Als Präsident der Bau- und Raumplanungskommission vorgeschlagen wird: **Andreas C. Albrecht** (LDP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

#### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

#### Ergebnis der Abstimmung

**88 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 16, 06.02.13 11:14:53]

#### Der Grosse Rat wählt

**Andreas C. Albrecht** als Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 14. Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:15:15, WAK]

Als Mitglieder der Wirtschafts- und Abgabekommission vorgeschlagen sind seitens der Fraktionen:

Patrizia Bernasconi, Leonhard Burckhardt, Toni Casagrande, Lukas Engelberger, Christophe Haller, Salome Hofer, Ursula Metzger, Gülsen Oeztürk, Rudolf Rechsteiner, Michel Rusterholtz, Daniel Stolz, Thomas Strahm, Dieter Werthemann.

Weiter hat sich als Kandidat Eric Weber (fraktionslos) gemeldet.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl nicht mehr gegeben. Die Wahl findet daher geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben und eingesammelt.

### Wahlergebnis

Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	96
Eingegangene Wahlzettel	95
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	94
Absolutes Mehr	48

**Gewählt sind:**

<b>Patrizia Bernasconi</b> , mit	94 Stimmen
<b>Lukas Engelberger</b> , mit	94 Stimmen
<b>Salome Hofer</b> , mit	94 Stimmen
<b>Daniel Stolz</b> , mit	94 Stimmen
<b>Thomas Strahm</b> , mit	94 Stimmen
<b>Leonhard Burckhardt</b> , mit	93 Stimmen
<b>Dieter Werthemann</b> , mit	93 Stimmen
<b>Gülsen Oeztürk</b> , mit	92 Stimmen
<b>Rudolf Rechsteiner</b> , mit	92 Stimmen
<b>Michel Rusterholtz</b> , mit	92 Stimmen
<b>Christophe Haller</b> , mit	91 Stimmen
<b>Ursula Metzger</b> , mit	91 Stimmen
<b>Toni Casagrande</b> , mit	90 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Eric Weber	0
Vereinzelte	1
Leere Stimmen	17

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Als Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission vorgeschlagen wird: **Christophe Haller** (FDP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

**Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

**90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 17, 06.02.13 11:50:39]

**Der Grosse Rat wählt**

**Christophe Haller** als Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**15. Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder)**

[06.02.13 11:50:56, WAK]

Als Mitglieder der Regiokommission vorgeschlagen sind seitens der Fraktionen:

Sibylle Benz Hübner, Daniel Goepfert, Helmut Hersberger, Stephan Luethi-Brüderlin, Eveline Rommerskirchen, Eduard Rutschmann, Helen Schai-Zigerlig, Heinrich Ueberwasser, Emmanuel Ullmann, Heiner Vischer, Roland Vögtli, Christine Wirz-von Planta, Sarah Wyss.

Weiter hat sich als Kandidat Eric Weber (fraktionslos) gemeldet.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl nicht mehr gegeben. Die Wahl findet daher geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben und eingesammelt.

*Peter Bochler (FDP):* Lieber Eric, ich sage das jetzt, weil du ein lieber Schüler warst, und ich habe die Zeit in guter Erinnerung. Ich möchte dich aber als dein ehemaliger Lehrer bitten, auf die Kandidatur zu verzichten und so den Ratsbetrieb nicht zu verhindern. Danke.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Das war kein Verfahrensantrag. Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel zu verteilen. Nach dem Einsammeln der Wahlzettel werde ich die Vormittagssitzung schliessen und wir werden uns um 15.00 Uhr wieder treffen.

[Wahlergebnis siehe Seite 25]

**Schluss der 1. Sitzung**

11:56 Uhr

---

**Beginn der 2. Sitzung**

Mittwoch, 6. Februar 2013, 15:00 Uhr

**Wahlergebnis**

Ergebnis des I. Wahlgangs zur Wahl der Regiokommission

Ausgeteilte Wahlzettel	97
Eingegangene Wahlzettel	95
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	95
Absolutes Mehr	48

**Gewählt sind:**

<b>Helmut Hersberger</b> , mit	94 Stimmen
<b>Eveline Rommerskirchen</b> , mit	94 Stimmen
<b>Helen Schai-Zigerlig</b> , mit	94 Stimmen
<b>Heiner Vischer</b> , mit	94 Stimmen
<b>Christine Wirz-von Planta</b> , mit	94 Stimmen
<b>Sibylle Benz Hübner</b> , mit	93 Stimmen
<b>Stephan Luethi-Brüderlin</b> , mit	93 Stimmen
<b>Emmanuel Ullmann</b> , mit	93 Stimmen
<b>Daniel Goepfert</b> , mit	92 Stimmen
<b>Eduard Rutschmann</b> , mit	92 Stimmen
<b>Heinrich Ueberwasser</b> , mit	92 Stimmen
<b>Roland Vögli</b> , mit	92 Stimmen
<b>Sarah Wyss</b> , mit	85 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Eric Weber	1
Leere Stimmen	32

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Als Präsident der Regiokommission vorgeschlagen wird: **Emmanuel Ullmann** (GLP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

**Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

**80 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 18, 06.02.13 15:04:11]

**Der Grosse Rat wählt**

**Emmanuel Ullmann** als Präsidenten der Regiokommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 28. Neue Interpellationen

[06.02.13 15:04:27]

### Interpellation Nr. 1 Jürg Meyer zur Verbesserung des Rechtsschutzes der Sans-Papiers

[06.02.13 15:04:27, JSD, 13.5015.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

### Interpellation Nr. 2 Otto Schmid betreffend Krankenkassen-Prämiendefizit im Kanton Basel-Stadt

[06.02.13 15:04:59, GD, 13.5016.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*Otto Schmid (SP):* In der Schweiz haben einige Kantone seit 1996 mehr Prämien für die Krankengrundversicherung bezahlt als die Versicherung der entsprechenden Kantone an Gesundheitsleistungen bezogen haben. Die Ende 2012 vom Bundesamt für Gesundheit publizierten Zahlen weichen stark von den im Februar 2012 dokumentierten Beiträgen ab. Der Grund dafür liegt in der veränderten Berechnungsmethode des BAG. Im Kanton Basel-Stadt hat dies dazu geführt, dass mit der neuen Berechnung der Überschuss von CHF 51'000'000 in ein Defizit von CHF 73'000'000 umgewandelt wurde.

Das BAG-Modell wirkt sich unter anderem für unseren Kanton auch deshalb so schlecht aus, weil es die Wanderbewegungen nicht nachvollzieht. Basel hat zwischen 1996 und 2011 - das ist genau der Zeitraum, in dem die Berechnungsgrundlage dieses Modells hervorgeht - 15% der gesamten Bevölkerung verloren. Der Kanton Basel-Stadt muss also darauf bestehen, dass die Zahlen nicht während des Spiels geändert werden. Es müssen weiterhin die Zahlen des Bundesrats gelten, die er in seiner Botschaft zum Reserveausgleich publiziert hat. Zur Zeit wird auf Bundesebene stark diskutiert, um einen Kompromiss auf dieser Basis zu finden. Es ist darum aus meiner Sicht eher kontraproduktiv, wenn der Regierungsrat in der ganzen Schweiz für das so genannt taugliche Modell der Gesundheitsdirektorenkonferenz wirbt. Dieses Modell verlangt, dass die Rückerstattung wieder über die Reserven der Krankenkassen erfolgen. Das ist meiner Meinung nach falsch, weil die Reserven von den Prämienzahlenden geäufnet werden. Diese werden also noch einmal zur Kasse gebeten, und die Chancen, dass die Basler Prämienzahler ihr Geld zurückbekommen, schwinden dadurch.

Laut Gesundheitsdirektorenkonferenz unterstützten alle Kantone dieses Modell. In diesem Zusammenhang stellt sich für mich die Frage, wann der Regierungsrat entschieden hat, das Modell der GDK zu unterstützen.

*RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD):* Die gegenwärtige Diskussion um zu viel oder zu wenig bezahlte Krankenversicherungsprämien hat ihren Ursprung in einer Betrachtung der kalkulatorischen Reserven der Krankenversicherer pro Kanton. Die bis Ende des Jahres 2011 geltenden Reservebestimmungen der Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherungen, also im KVG, haben das Ziel, die Solvenz einer Krankenversicherung sicherzustellen und basieren auf einem normativ festgelegten Mindestreservensatz im Prozent des gesamtschweizerischen Prämienvolumens in Abhängigkeit des gesamten Versicherungsbestandes schweizweit. Eine kantonale Betrachtungsweise der Reservensituation ist juristisch im engeren Sinne nicht vorgesehen.

Das Bundesamt für Gesundheit beurteilt heute die Reserven gemäss KVG auf der Basis dieser gesetzlichen Grundlage für die gesamte Schweiz und nicht pro Kanton. Aufgrund der kantonalen Abstufung der Prämien hat das BAG im Rahmen des Prämien genehmigungsverfahrens seit der Einführung des KVG im Jahr 1996 den theoretischen Reservebestand je Kanton aufgrund der kantonalen Ergebnisrechnungen der Krankenversicherer erhoben. Für die Berechnung der kantonalen Reserven, wohl verstanden nur der kalkulatorischen, haben die Krankenversicherer jährlich eine Ergebnisrechnung, eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung je Kanton erstellt. Somit hat sich für den Kanton Basel-Stadt in dieser Betrachtung bis zum Jahr 2011 ein kalkulatorischer Reservenüberhang in der Höhe der angesprochenen CHF 54'000'000 ergeben.

Auf den 1. Januar 2012 hat der Bundesrat eine neue risikobasierte Rechnung der Mindesthöhe der Reserve der Krankenversicherer verabschiedet. Aufgrund der neuen und auch vom Parlament genehmigten risikobasierten Reservebestimmungen hat das BAG die Fortschreibung der kalkulatorischen kantonalen Reserven eingestellt und rückwirkend ab 1996 eine neue Berechnungsmethode angewandt. Dieses neue System betrachtet ausschliesslich den so genannten kantonalen Schadensatz. Das ist das Verhältnis von Prämien und Leistungen abzüglich bezahlte

Selbstbehalte und Franchise, und wie sich dieser kantonale Schadensatz im Vergleich zum gesamtschweizerischen Schadensatz verhält. Liegt die Schadenquote in einem Kanton unter dem nationalen Wert, besteht eine Unterdeckung, und umgekehrt.

Die Berechnungssysteme unterscheiden sich grundsätzlich in der Betrachtungsweise. Die neue Berechnungsart hat nichts mehr mit dem Reservenbestand zu tun. Aufgrund dieser neuen Methode muss der Kanton Basel-Stadt nun plötzlich Prämien zurückerstatten, was aus der Sicht des Regierungsrats nicht angebracht ist.

Zu Frage 1: Da die Reservevorschriften für die obligatorische Krankenversicherung auf den 1. Januar vollständig geändert wurden, hat das BAG die Grundlage für die Berechnung, ob in einem Kanton zu viel oder zu wenig Prämien bezahlt wurden, umgestellt. Die neuen Bestimmungen sind eine von verschiedenen Massnahmen, um Wirksamkeit und Transparenz der Aufsicht zu verbessern, dass sie den Vorschriften bezüglich der Reserven in der sozialen Krankenversicherung eine nationale und nachvollziehbare Basis gibt und dass es der Aufsicht wie auch der Öffentlichkeit erlaubt ist festzustellen, ob ein Krankenversicherer sich effektiv in finanziellen Schwierigkeiten befindet. In einer zukünftigen Betrachtung ist das auch nicht falsch.

Zu Frage 2: Nach Meinung des Regierungsrats ist es nicht zulässig, die neue Berechnungsmethode rückwirkend ab 1996 anzuwenden. Dies ist vergleichbar mit der Änderung eines Resultats aufgrund einer Änderung der Spielregeln, lange nach Abschluss eines Spiels.

Zu Frage 3: Da es sich um zwei grundlegend unterschiedliche Betrachtungsweisen handelt, sind die Ergebnisse nicht direkt vergleichbar, und der Grund für die qualitativen Änderungen der Position des Kantons Basel-Stadt ist nicht einfach nachvollziehbar. Nach altem System mussten die Versicherer für die obligatorische Krankenpflegeversicherung zur Sicherstellung der längerfristigen Zahlungsfähigkeit ausreichende Reserven bilden. Der Bundesrat hat in einer Verordnung den Krankenversicherungen Vorschriften hinsichtlich der minimalen Sicherheitsreserven für die Krankenpflegeversicherung erlassen. Während also im alten System der kalkulatorische Reservebestand pro Kanton seit Inkrafttreten des KVG buchhalterisch aufgerechnet wurde, betrachtet das neue System ausschliesslich den Schadensatz, also das Verhältnis von Prämien und Nettoleistungen, und wie dieses im Vergleich zur gesamtschweizerischen Schadenquote steht.

Zu Frage 4: Wie dargelegt ist der Regierungsrat der Auffassung, dass eine rückwirkende Änderung der Methode nicht zulässig und auch nicht geeignet ist. Dies zeigt sich auch daran, dass die neue Berechnungsmethode des BAG zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen geführt hat, je nachdem, für welchen Zeitraum die Berechnung durchgeführt wird. Verkürzt man beispielsweise den Zeitraum auf die Jahre 2009 und 2011 auch nach der neuen Berechnungsmethode, verändert sich das Ergebnis für den Kanton Basel-Stadt in ein Plus von CHF 15'000'000. Die basel-städtischen Versicherten hätten also CHF 15'000'000 zu viel bezahlt. In anderen Kantonen sind noch grössere Unterschiede festzustellen, für den Kanton Genf beispielsweise ändert sich das Plus von CHF 350'000'000 in ein Minus von CHF 55'000'000. Der Regierungsrat setzt sich auf nationaler Ebene für eine sinnvolle und transparente Lösung ein.

Zu Frage 5: Die ständerätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit hat in ihrer Sitzung vom 22. Januar 2013 die Thematik des Prämienausgleichs diskutiert und beschlossen, dem Plenum keinen Antrag zu stellen, hingegen hat sich unterdessen die Situation so verändert, dass es einen Rückkommensantrag geben wird und das Geschäft vom Ständerat wieder abgesetzt werden wird. Es ist zur Zeit zwischen dem Vorsteher des EDI und dem Präsidenten der Gesundheitsdirektorenkonferenz eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die nach Lösungen Ausschau hält.

*Otto Schmid (SP):* Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin weitgehend befriedigt. Es freut mich, dass der Regierungsrat der Meinung ist, dass es nicht zulässig ist, die neue Rechnungsmethode rückwirkend ab 1996 anzuwenden. Es wäre aus meiner Sicht wünschenswert, wenn die Basler Regierung sich weiterhin vehement für den Ausgleich einsetzt, so wie sie es im Bericht zur kantonalen Initiative für bezahlbare Krankenkassenprämien vom 19. Dezember selber schreibt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 13.5016 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 3 Michael Wüthrich betreffend der Seriosität bei der Deponiesanierung Feldreben im Zusammenhang mit der personellen Besetzung der Geschäfts- bzw. Projektleitung**

[06.02.13 15:16:06, WSU, 13.5052.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

*Michael Wüthrich (GB):* Ich scheine mich in letzter Zeit mit Deponien zu beschäftigen. Die letzte Interpellation hat Deponieaushub aus dem Wallis und der Zwischenlagerung im Basler Rheinhafen betroffen, dieses Mal ist es Deponiematerial, das noch nicht ausgehoben ist, es liegt nämlich in der Deponie Feldreben in Muttenz. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass Sickerwasser aus dieser Deponie direkt das Basler Grundwasser tangiert. Trinkwasser wird bezogen aus der Hard von Basel-Stadt. Wir haben von Seiten der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates schon mehrfach deren Gefährdung und die grossen Bedenken diesbezüglich erfahren.

Nun steht also die Sanierung der Deponie Feldreben an und in diesem Zusammenhang haben mich die Medienberichte und eine Medienmitteilung der ADM aufgeschreckt. Diesen ist zu entnehmen, dass die Geschäftsleitung dieses Sanierungsprojektes eine Person ist, die mit der Basler Chemie verwoben ist. Sie ist selbst auch verwoben mit der Sanierung in Bonfol, nämlich mit der Firma, die dort die Sanierung betreibt. In deren Verwaltungsrat befinden sich Mitglieder, die gleichzeitig in Feldreben technische Berater des runden Tisches sind. Dabei geht es darum, den runden Tisch darin zu beraten, welche Sanierungsmassnahmen gemacht werden.

Das ist weiter nicht schlimm, wenn aber diese Mitglieder bereits halböffentlich geäussert haben, dass diese Sanierung möglichst kostengünstig erfolgen soll, stellen sich doch einige Fragen. Bezahlt werden muss das Ganze nämlich von den Chemiefirmen und vom Kanton Basel-Landschaft. Wenn nun möglichst kostengünstig saniert werden soll, heisst das, man nimmt allenfalls ein Restrisiko für das Basler Trinkwasser in Kauf. Deshalb stelle ich der Basler Regierung die Frage, wie die Besetzung, wo eindeutig Abhängigkeitsverhältnisse zu Chemie- bzw. zu Eigeninteressen bestehen, nämlich zu Firmen, die solche Sanierungen betreiben, vereinbar ist mit den Interessen des Kantons, nämlich dem Schutz des Trinkwassers.

Interessanterweise würden die Richtlinien des Kantons Basel-Stadt, nämlich die Corporate Governance, wie solche Gremien besetzt werden sollen, solche Besetzungen ausschliessen. Der Kanton Basel-Stadt hat hier ein Mitbestimmungsrecht. Weshalb wurden solche Personen gewählt? Ich bin gespannt auf die Antwort. Das grosse Bedenken liegt beim Trinkwasser und bei dessen eindeutigem Schutz.

**Interpellation Nr. 4 Elisabeth Ackermann betreffend Lastwagenverkehr Hörnliallee / Grenzacherstrasse**

[06.02.13 15:19:33, BVD, 13.5053.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 5 Eric Weber betreffend Foltermethoden im Basler Gefängnis**

[06.02.13 15:19:46, JSD, 13.5058.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*Eric Weber (fraktionslos):* Abschiede aus der Politik können ganz unterschiedlich ausfallen: Laut und tobend, andere sind leise und fast unspektakulär. Ich bitte Sie, sich meine Gründe genau anzuhören und sich dann eine Meinung zu bilden.

Diese Rede steht im Zusammenhang mit dieser Interpellation, und ich möchte erklären, was mir passiert ist, als ich im Gefängnis war. Ich habe genau 20 Jahre darauf gewartet, wieder hier vorne zu sitzen, 20 Jahre habe ich auf den jetzigen Moment gewartet, 20 lange und sehr harte Jahre. Es geht mir nur um eine einzige Botschaft: Ich bin unschuldig, ich habe nur Wahlkampf betrieben, sonst nichts. Nach 20 parlamentslosen Jahren bin ich wieder Grossrat. Hier sitzt nun neben mir der einzige Wahlsieger der Grossratswahl vom 28. Oktober 2012. 6% und zwei Sitzgewinne - keine andere Partei konnte in Basel so viel dazu gewinnen und wir traten nur in einem Wahlkreis an.

Die Basler Zeitung schrieb am 9. Juni 1984 einen Bericht über mich, den damals jüngsten Grossrat der Schweiz, und erwähnte, dass ich sogar Europas jüngster Parlamentarier sei. Als jüngster Grossrat der ganzen Schweiz wollte ich Karriere machen. Wir von der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat NA waren einst eine mächtige und stolze Partei und hatten schweizweit rund 10% Wähleranteile. Ich wollte Karriere machen und Regierungsrat oder Nationalrat werden. Aber unsere Partei gibt es nicht mehr, 80% unserer Mitglieder sind heute bei der SVP. So ist es auch in Basel, SVP-Grossrat Bruno Jagher war auch bei uns. Die SVP will mich nun nicht in ihre Fraktion aufnehmen, meine politische Karriere ist somit am Ende, und man muss sich daher überlegen, was man will und was einem wichtig ist.

Ich bin an einem Wendepunkt angekommen und ich stehe kurz vor meinem 50. Geburtstag, auch wenn ich mich noch nicht so alt fühle. Ich habe vor der Wahl ganz klar gesagt, dass ich nur politische Rache will wegen diesem 5%-Wahlgesetz, das man nur wegen mir einführt. Nun habe ich es erreicht, mehr wollte ich nicht. Das neue Wahlgesetz konnte mich nicht verhindern, im Gegenteil, es machte uns noch stärker.

Es ist der Zeitpunkt gekommen, Abschied zu nehmen, denn ich habe vor der Wahl auch ganz klar gesagt, dass wir die Kräfte zusammenschliessen müssen. In Deutschland macht das die Linke ja ganz erfolgreich, alle Linke arbeiten zusammen in einer Partei. Analog sollte dies auch bei der Rechten sein. Aber die SVP will mich nicht, obwohl ich immer gesagt habe, dass es nichts bringe, wenn gleichzeitig mehrere Schiffe fahren mit gleichem Ziel.

Die SVP ist in Basel stärker als ich, warum braucht es mich dann noch? Ich werde massiv bedroht, Es ist sehr schlimm. Ich erhalte Anrufe nachts, anonyme Briefe und Drohungen. Selbst ein Basler Ex-Polizist schickt mir Drohungen per SMS. Er steht noch dazu und wollte heute verhindern, dass ich hier sitze. Daher habe ich heute sogar Polizeischutz erhalten. All dies muss nicht sein.

Die Woche vor der Wahl vom 28. Oktober 2012 war ich im Gefängnis in Basel eingesperrt und wurde massiv gefoltert. Das steht alles in meiner Interpellation. Sie müssen nicht lachen, der Täter, der mit mir eingesperrt war, hat Tag und Nacht geraucht, ich habe eine Woche lang keine Luft gekriegt. Ich wurde wie ein Hund von der Basler Polizei durch die Stadt gejagt. Mein Mitbewohner sagte mir, dass die Polizei da war. Also rief ich die Polizei an und fragte nach, ob man mich suche. Die Polizei sagte, sie wisse von nichts. Es war gelogen, denn als mein Handy ausging, rief ich von der Telefonzelle aus an und fragte erneut nach. Man sagte mir, man wisse nichts, hielt mich aber hin. Keine zehn Minuten später war ich von Polizisten umstellt, da die Polizei ja sah, von wo aus ich anrief, und ich wurde für eine Woche weggesperrt. Wie ein Schwerverbrecher wurde ich behandelt. Ich bin vom Volk gewählt, sonst würde ich jetzt nicht hier sitzen.

Kurz zur Vorgeschichte: Ich war früher schon Grossrat, als Sie noch nicht hier waren. Zur Grossratswahl 1988 hat man Leute gefunden, die so lange bearbeitet wurden, bis sie sagten, dass sie nicht gewusst hätten, wofür sie unterschrieben hätten. Das war alles. Zur Grossratswahl 2004 hat man mir einen Koch präsentiert, der sagte, dass ich ihn hätte einladen wollen, damit er für mich wählt. Das ist alles Lüge, denn dieser Koch wohnt nicht in Basel. Und zur Grossratswahl 2012 ging alles richtig zu und her, ich habe heute viele Freunde, die mich wählen.

Kommen wir aber zurück zum Abschiednehmen. Basel ist für mich eine fremde Stadt geworden. Meine Frau ist Ausländerin, meine Kinder sind Ausländer, Basel ist mir sehr fremd geworden. Ich bin Kleinbasler. Es gibt dort nur noch wenige Schweizer. Das will ich so alles nicht mehr, ich fühle mich in Kleinbasel wie in Afrika oder in der Türkei. Das will ich nicht, daher nehme ich Abschied.

Politisch ist es komisch, sobald noch mehr Ausländer und Asylanten ankommen, wird die Liste meiner Partei noch stärker. Es gibt mehr Vergewaltigungen - Tanja Soland lässt grüssen - und Raubüberfälle, die meist von Schwarzen begangen werden, und meine Partei wird noch stärker. Aber genau das will ich nicht. Es ist schizophran: Mehr Ausländer, mehr Stimmen für mich. Das passt alles nicht mehr. Der grosse Helmut Hubacher, SP-Chef, sagte einmal: Die NA würde es ohne Ausländer gar nicht geben. Er hat Recht. Ohne Ausländer und ohne kriminelle Asylanten würde ich niemals hier sitzen, ich würde in einer Zeitungsredaktionsstube meine Arbeit machen.

Woher schöpft man Hoffnung und Kraft, wenn der Fall so gemein ist, dass er bei anderen Menschen nur noch zwei Reaktionen hervorruft, Mitleid oder Häme? Seit fünf Monaten ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen mich. Zwölf Sonderermittler haben Zehntausende von Aktennotizen, Emails und Briefen gelesen, alle meine 250 Basler Freunde angeschrieben und fast 150 Zeugen vernommen, darunter Nachbarn, Freunde, Parteimitglieder. Mehrere Aktenordner voller Demütigungen, Verletzungen, Hilflosigkeit und Zorn. Den Steuerzahler hat dies bis heute schon CHF 2'000'000 gekostet.

Die Staatsanwaltschaft will, dass es einen Grossrat Eric Weber nicht gibt. Ich soll nicht existieren. Symbolisch zerstöre ich jetzt mein Militärabzeichen. Grossrat Eric Weber soll es nicht geben. Aus all diesen Gründen habe ich beschlossen, dass ich als Grossrat zurücktrete. Wo bleibt der Applaus? Gut, ich trete zurück, wenn die Staatsanwaltschaft mich freispricht. Ich bin kein Verbrecher, meine Kinder wissen das, und wenn die Staatsanwaltschaft alles gegen mich einstellt, dann bin ich weg, aber sonst nicht. Denn ich will Rache nehmen an der Staatsanwaltschaft. Dort wurde ich gegen Recht und Gesetz behandelt, man hat mir die Adressen von 250 Parteimitgliedern gestohlen. Das ist ein Schwerverbrechen. Als Politikprofi weiss ich, nach der Wahl ist vor der Wahl, und ich habe bereits mit dem Wahlkampf 2016 angefangen. Dann werden wir in allen Wahlkreisen antreten, und dann werden wir nicht nur 6% in Kleinbasel machen, sondern 12% im ganzen Kanton.

*RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD):* Ich werde diese erste Interpellationsantwort von mir auf dieser Seite des Saales sicher immer in Erinnerung behalten. Der Interpellant fragt in eigener Sache nach und bezieht sich auf seinen Aufenthalt im Untersuchungsgefängnis. Üblicherweise beantworten wir Einzelfälle aus Gründen des Datenschutzes nicht, wir möchten die Fragen deshalb allgemein beantworten.

Die ersten drei Fragen des Interpellanten beziehen sich auf die Frage, weshalb er nicht in eine Einzelzelle verlegt worden sei und warum er das Zimmer als Nichtraucher mit einem Raucher teilen musste. Im Einzelnen gehen wir darauf nicht ein, grundsätzlich können wir aber festhalten, dass im Untersuchungsgefängnis geraucht werden darf, nach Möglichkeit versuchen wir aber selbstverständlich in allen Haftanstalten, Raucher und Nichtraucher getrennt unterzubringen und nach Möglichkeit auch Einzelzellen anzubieten. Bei einer hohen Belegung - und das Untersuchungsgefängnis ist in aller Regel sehr hoch belegt - ist das nicht immer möglich. Wir sind uns bewusst, dass das unschön ist. Wenn der Staat schon jemanden festhält, dann sollte er grundsätzlich auch das Recht auf saubere Luft haben. Wir werden generell schauen, was sich da machen lässt. Aber leider ist es nicht immer und in jedem Fall möglich, einen Nichtraucherplatz kurzfristig anzubieten.

In Frage 4 stellt der Interpellant die Frage, warum kein Arzt während vier Tagen kam, obwohl sich der Interpellant öfters über Atemnot beklagte. Jede neu eintretende Person wird dem medizinischen Dienst zugeführt, dort werden Abklärungen über Erkrankungen, über Medikamente, die eingenommen werden müssen, gemacht. Bei akutem Gesundheitsproblem während der Haftzeit wird umgehend der medizinische Dienst angeboten, darüber hinaus kann jeder, der im Untersuchungsgefängnis ist, einen schriftlichen Antrag machen, um sich noch einmal untersuchen zu lassen. Es gibt hier keine Formvorschriften und kein Formular, da reicht ein Zettel. Aber es muss schriftlich eingereicht werden.

Weiter fragt der Interpellant, warum das Essen meistens kalt sei. Das Essen wird in Wärmebehältern auf die Stationen ausgeliefert, und die Temperatur des Essens wird bei Abgabe aus der Küche kontrolliert. Aber es kann vorkommen, dass das Essen nicht mehr überall ganz heiss verteilt wird. Mir wurde aber versichert, dass es doch in aller Regel warm ist.

Ferner moniert der Interpellant, dass es am Morgen nur ein Brötchen gebe. Die Abgabe der Brotmengen im Untersuchungsgefängnis richtet sich nach dem Bedarf der Mehrheit der Insassen. Es gibt also eine Art Durchschnitt des Brotverbrauchs zum Frühstück. Wer mehr Brot möchte, kann dies verlangen. Wir versuchen gleichzeitig, den Lebensmittelabfall nicht zu hoch zu halten und nicht unnötig Essen bereitzustellen, das dann wieder vernichtet werden muss.

Schliesslich wird nachgefragt, warum der Interpellant sich während einer Woche nicht rasieren konnte und keine Kleider wechseln konnte, und er möchte wissen, wie lange man in Untersuchungshaft sein muss, bis man sich rasieren und frische Kleider anziehen dürfe. Die Insassen können sich ab dem ersten Tag rasieren, das gehört zur Grundausrüstung jeder Zelle, wo die nötigen Utensilien für die Körperpflege bereitgestellt sind. Ersatzkleider können sich die Insassen durch Angehörige, Bekannte zukommen lassen. Wenn das nicht möglich ist, kann leihweise auch ein einfaches Kleidungsstück bezogen werden im Untersuchungsgefängnis.

Die letzte Frage war, warum Briefe aus der Untersuchungshaft nur mit B-Post verschickt werden. Das ist in der Tat so, die Post der Gefangenen wird standardmässig nur per B-Post verschickt. Jeder Insasse kann aber einen ausdrücklichen Vermerk auf seinem Briefumschlag anbringen, wenn er den Brief per A-Post verschickt haben will, und dann wird das auch so gemacht.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich danke für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin teilweise befriedigt. Es gibt einfach einen Unterschied zwischen der Wirklichkeit und dem, was auf dem Papier steht. Man kriegt tatsächlich nur ein Brötchen, dass ich Rasierutensilien erhalten könnte, darauf wurde ich nie angesprochen. Dementsprechend hatte ich am 28. Oktober auch meinen Robinson Crusoe-Bart. Es ist wirklich sehr schlimm, wenn rund um die Uhr Tag und Nacht geraucht wird. Das ist wirklich eine Sache, die der gesamte Regierungsrat besprechen müsste. In Deutschland ist es überhaupt nicht erlaubt, im Gefängnis zu rauchen. Ich finde, es ist ein starkes Stück, wenn die Zelleninsassen auch noch kostenlos mit Zigaretten versorgt werden.

Es ist gar nicht möglich, Angehörige aus der Untersuchungshaft zu kontaktieren, man darf nur ein Telefonat führen über den Anwalt und mitteilen, dass man in Untersuchungshaft ist. Kleider erhält man keine. Warum habe ich gesagt, dass ich bleibe? Viele Leute haben mir gesagt, sie hätten mich gewählt und möchten nicht, dass ich sie enttäusche. Ich habe viel Post erhalten, und da habe ich mir gesagt, okay, wenn die Staatsanwaltschaft ihr Verfahren gegen mich einstellt, bin ich gerne bereit, zu gehen, und das ist ein Ehrenwort, dann höre ich sofort auf.

Was die Staatsanwaltschaft mit mir gemacht hat, ist nicht erlaubt. Man hat mir meine Tasche weggenommen, die Wohnung durchsucht, mein Tagebuch gelesen, meine 300 Adressen weggenommen und den Leuten telefoniert, sie mit dem Taxi abgeholt, weil man wusste, dass die Leute nicht kommen. Die meisten Leute haben gesagt, dass sie mich wählen wollen.

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung, ich erkläre mich teilweise befriedigt. Aber es stört mich schon gar nicht mehr, wenn die Staatsanwaltschaft gegen mich arbeitet, es macht uns nur stärker. Aus diesen Gründen habe ich beschlossen, meinen Sitz im Grossen Rat doch anzunehmen. Ich gehe nicht von allein, und mit der Staatsanwaltschaft wird unsere Partei auch noch fertig. Denn die Staatsanwaltschaft merkt ja gar nicht, wie sie uns indirekt auch noch Wähler zuschanzt, indem sie uns pausenlos schikaniert.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 13.5058 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 6 Beatriz Greuter betreffend Darstellung der Situation von süchtigen Menschen in Basel**

[06.02.13 15:37:42, GD, 13.5069.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD):* Die geltende Praxis der Kontakt- und Anlaufstellen konnte über Jahre hinweg bis heute bei vielen suchtkranken Menschen zur Schadenminderung und Überlebenshilfe beitragen und eine offene Drogenszene mit allen unliebsamen Begleiterscheinungen im öffentlichen Raum vermeiden. Die Regierung ist nach wie vor vom praktizierten 4-Säulen-Modell, das Massnahmen von der Prävention bis zur Schadenminderung und Überlebenshilfe einschliesst, überzeugt. Drogenabhängige Personen gehen in die K&A, um dort ihre mitgebrachten Drogen auch wirklich zu konsumieren. Sollten sie die für ihren täglichen Eigenbedarf notwendigen Drogen untereinander handeln, wird das natürlich auch toleriert. Alle weitergehenden Handlungen sind untersagt und werden durch die Strafverfolgungsbehörden auch geahndet. Die K&A stellen keinen rechtsfreien Raum dar.

Zu Frage 1: Wie ist es möglich, dass Telebasel zu Aufnahmen vom Vorplatz des K&A auf privatem Grund kommt? Diese Frage muss Telebasel beantworten.

Zu Frage 2: Lässt der Regierungsrat die Verletzung des Persönlichkeitsschutzes der Betroffenen zu? Verletzungen des Persönlichkeitsrechts sind nicht zulässig. Es ist Sache der betroffenen Personen, sich dagegen zu wehren und Anzeige zu erstatten, und es ist aufgrund der zur Zeit verfügbaren Informationen auch möglich, dass eine entsprechende Anzeige bei der Staatsanwaltschaft auch tatsächlich eingehen wird.

Zu Frage 3: Der Regierungsrat hat den Report zur Kenntnis genommen und teilt den Eindruck, dass die Berichterstattung etwas einseitig ist und die Zuschauer keinen wirklichen Eindruck in die tatsächlichen Gegebenheiten rund um die Arbeit der K&A im Dienste der drogenabhängigen Personen erhielten. Aufgrund der Berichterstattung fand eine eingehende Beurteilung mit allen im Kanton verantwortlichen Personen statt, und es besteht kein Zweifel an der bisherigen Drogenpolitik des Kantons Basel-Stadt.

Zu Frage 4: Die Auslastung im gesamten Suchthilfebereich ist über die letzten drei Jahre gesehen stabil geblieben. Die drei K&A stellen volljährigen drogenabhängigen Personen Konsumbereiche zur Verfügung, in denen unter fachlicher Aufsicht mitgebrachte Substanzen konsumiert und saubere Materialien bezogen werden können. Dadurch soll die Übertragung viraler Infekte wie HIV und Hepatitis und damit auch die Mortalität der Drogenkonsumierenden gesenkt werden. Dies erfolgt durch einfachen Zugang zu Hilfeleistungen wie Information und Beratung, ärztliche Sprechstunden, erste Hilfe, Gesundheitsvorsorge, Spritzenumtausch und andere Mittel zur Förderung der Hygiene. Durch die K&A wird die Bevölkerung vor Unannehmlichkeiten mit substanzabhängigen Personen, Abfallprodukten des Konsums und offenen Drogenszenen bewahrt.

Zu Frage 5a: Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass für die betroffenen drogenabhängigen Personen die Situation sehr schwierig ist und sie auf Hilfe angewiesen sind. Insgesamt haben sich die Bedingungen für die Betroffenen deutlich verbessert. Der Entwicklung einer offenen Drogenszene konnte entgegengewirkt werden.

Zu Frage 5b: Ja

Zu Frage 6: Nein, das 4-Säulenmodell hat sich bewährt und wurde mit der Annahme der Revision des Betäubungsmittelgesetzes im Jahre 2008 auf Bundesebene auch verankert. 68% des Stimmvolkes stimmten dieser Revision zu.

Zu Frage 7: Woher die Zahl von 7 Drogentoten stammt, die im Report erwähnt werden, ist dem Regierungsrat nicht bekannt. Polizei und Staatsanwaltschaft jedenfalls mussten seit der Einführung der Kontakt- und Anlaufstellen immer seltener zu Todesfällen infolge einer Überdosis ausrücken.

Zu Frage 8: In den K&A werden keine Drogen abgegeben, sondern von den Konsumenten mitgebrachte Drogen konsumiert. Diese Drogen müssen irgendwo beschafft werden. Dass Konsumenten Substanzen für den Eigengebrauch untereinander handeln, wird deshalb nie zu vermeiden sein. Sofern das aber im geschützten Raum des Vorplatzes stattfindet, wird eine Verlagerung in den öffentlichen Raum verhindert. Der Eigenbedarf ist dabei individuell und hängt auch vom Ausmass der Abhängigkeit und der infolge Abhängigkeit nötigen Substanzmenge ab. Bei Handel, der nicht dem persönlichen Konsum gilt, wird bei Kenntnis interveniert. Von der Polizei wurden im Jahre 2011 44 Grossaktionen unter anderem auf dem Claraplatz oder in der Umgebung der K&A durchgeführt, 75 weitere Aktionen betrafen die K&A-Vorplätze und deren Umfeld.

*Beatriz Greuter (SP):* Ich bin froh um diese Antworten und erkläre mich als befriedigt. Ich hoffe wirklich schwer, dass die Betroffenen, welche in diesem Bericht sichtbar waren, wirklich auch zur Staatsanwaltschaft gehen. Da bestand eine klare Verletzung des Persönlichkeitsrechts, und sie könnten sich sicher auch noch an den Medienrat wenden.

Die vier Säulen, an die wir uns halten, nämlich Prävention, Repression, Therapie und Schadensminderung sind genau das, was wir wollen. Darüber haben wir abgestimmt, und ich bin sehr froh, dass die Regierung weiterhin an diesen festhält.

Niemand von uns will wieder eine offene Drogenszene haben in Basel, es ist noch nicht so lange her, als am einen Teil des Rheinuferes sich eine offene Drogenszene befand mit Spritzen, die überall herumlagen. Niemand kam damals auf die Idee, einen Grill aufzustellen und gemütlich dazusitzen und den Sommer zu geniessen. Damit das nicht wieder geschieht, brauchen wir die K&A.

Die Zahl der sieben Toten, die im Bericht genannt wurde, hat mich sehr irritiert, und ich bin sehr froh, dass dem nicht so ist, denn ansonsten hätten wir eine enorme Steigerung an Drogentoten gehabt, was nicht mit dem 4-Säulen-Prinzip übereinstimmt, wo es ja genau darum geht, drogensüchtige Menschen zu betreuen und zu schauen, dass sie in einigermassen fitem Zustand sich befinden, auch wenn das natürlich nicht immer klappt. Der Inhalt des Berichts ist aus meiner Sicht schlecht recherchiert und es werden relativ viele haarsträubende Aussagen gemacht. Das liegt aber vermutlich weder an mir noch am Regierungsrat, dies zu kommentieren.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

*RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD):* Zur Vermeidung von Missverständnissen darf ich präziser sein. Der Begriff Drogentote meint Tote aufgrund einer Überdosis von Drogen. Von den rund 500 Drogenabhängigen in der Region Basel sind einige natürlich gesundheitlich sehr angeschlagen, ein Teil davon stirbt auch, aber nicht an einer Überdosis, sondern aus anderen Gründen. Es gibt Tote in diesem Bereich, aber nicht Tote aufgrund einer Überdosis an Drogen.

Die Interpellation 13.5069 ist **erledigt**.

#### **Interpellation Nr. 7 Patrick Hafner betreffend BKB - "Schuld und Sühne" ?**

[06.02.13 15:47:17, FD, 13.5070.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

*Patrick Hafner (SVP):* Entschuldigung ist gut, Wiedergutmachung ist besser. Warum wähle ich denn einen literarisch so besetzten Titel für meine Interpellation? Entschuldigen kann man sich immer, Wiedergutmachung sollte man mit eigenem Geld und nicht mit fremdem Geld machen. Warum spreche ich von fremdem Geld im Zusammenhang mit der BKB? Der Gewinn dieser Bank gehört den Eigentümern, und die Eigentümer der BKB sind der Kanton und die Partizipationsscheininhaber. Wenn die Bank ohne rechtliche Grundlage Rückstellungen macht und daraus Zahlungen macht, die keine rechtliche Grundlage haben, wird das Geld den Leuten weggenommen, denen es eigentlich gehört. Das ist der Hintergrund meiner Interpellation, ich bin sehr gespannt, was der Regierungsrat dazu meint.

**Interpellation Nr. 8 Lukas Engelberger betreffend brisante Informationen auf dem neuen Geoviewer**

[06.02.13 15:48:31, BVD, 13.5071.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD):* Das Grundbuch- und Vermessungsamt ist zuständig für den Betrieb und die Weiterentwicklung des Geoportals und der darin angebotenen Dienste, wie beispielsweise den Geoviewer. Publikationen in der Öffentlichkeit der einzelnen Geodatensätze sind im kantonalen Geoinformationsrecht geregelt. Die angesprochenen Datenebenen liegen in der Zuständigkeit des statistischen Amtes.

Zu Frage 1: Die angesprochenen Datensätze sind im Geoviewer unter dem Thema Bevölkerung einsehbar. Das dafür zuständige statistische Amt hat vor der Publikation mit dem Datenschutzbeauftragten Rücksprache genommen. Die einsehbaren Daten sind soweit generalisiert worden, dass einerseits das Öffentlichkeitsprinzip und andererseits die Anliegen des Datenschutzes berücksichtigt sind.

Zu Fragen 2 und 3: Wie bereits erwähnt, hat die Vorabkontrolle stattgefunden. Mit folgenden Massnahmen wurde dafür gesorgt, dass keine unerlaubte personenbezogene Datenbekanntgabe stattfindet. Bestimmte Daten wie Reineinkommen oder Reinvermögen werden nur als Durchschnittwertkategorien pro Wohnblock angezeigt. Ein Wohnblock ist nicht etwa das, was umgangssprachlich darunter verstanden wird, sondern in aller Regel ein Geviert, das von Strassen umgeben ist. Ausserdem wird kein Wert ausgewiesen, wenn in einem solchen Wohnblock weniger als dreissig Steuerveranlagungen vorliegen. Wenn weniger als dreissig Steuerveranlagungen vorliegen, erscheint eine Anzeige, die lautet "Aus Datenschutzgründen nicht ausgewiesen". Ebenfalls nur pro Wohnblock wird der Sozialhilfequotient in Kategorien angezeigt. Auch hier wird in Wohnblöcken mit weniger als dreissig Personen kein Wert ausgewiesen. Es gäbe noch einige andere Beispiele, aber ich verschone Sie bei einer mündlichen Interpellationsbeantwortung vor längeren Ausführungen. Laut dem Datenschutzbeauftragten wird mit diesen Massnahmen dem Öffentlichkeitsprinzip und dem Datenschutz Genüge getan, weil zwar staatliche Daten veröffentlicht werden, jedoch so, dass die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Personen nicht verletzt werden. Die Schaffung der Steuerstatistik geht im Übrigen auf einen parlamentarischen Vorstoss zurück.

Zu Frage 4: Nein, weil die einsehbaren Daten wie oben erwähnt generalisiert und nicht auf Einzelpersonen bezogen sind.

Zu Frage 5: Es wird mit räumlichen Darstellungen im Geoviewer nichts verraten, was von der Strasse etwa via Google Streetview oder zum Teil schon auf Luftbildern nicht ohnehin sichtbar ist. In einem Einfamilienhaus mit gepflegtem Garten auf dem Bruderholz oder in Riehen oder in grosszügigen Überbauungen am Rheinbord sind tendenziell mehr Einkommen und Vermögen zu Hause als in einem Mietshaus in den Quartieren St. Johann oder Matthäus.

*Lukas Engelberger (CVP/EVP):* Ich kann mich von dieser Antwort nur teilweise befriedigt erklären, dies vor allem deshalb, weil ich keine Antwort bekommen habe betreffend das öffentliche Interesse an der Veröffentlichung der Angaben zum Einkommen oder zum Sozialhilfebezug. Das öffentliche Interesse wurde nicht dargelegt, es wurde nur ein Hinweis auf das Öffentlichkeitsprinzip gemacht. Dieses muss man aber meines Erachtens überhaupt nicht so verstehen, dass die Publikation dieser Daten zwingend wäre. Das scheint mir überhaupt nicht der Fall zu sein. Man kann das zwar tun, aber dann muss man doch angeben, weshalb man das tut. Ich sehe kein öffentliches Interesse darin zu wissen, wie hoch das Einkommen der Einwohnerinnen und Einwohner in einem bestimmten Geviert ist, oder wie hoch der Anteil von Sozialhilfebezüglerinnen und Sozialhilfebezügern ist. Ich hätte erwartet, dass dies hier dargelegt worden wäre.

Ich hätte auch einen Hinweis auf eine klare gesetzliche Grundlage erwartet. Ich habe dieses Geoinformationsgesetz durchgelesen, es hat einen umfangreichen Anhang mit Datenkategorien, die veröffentlicht werden sollen. Ich verstehe das so, dass diese Daten auch veröffentlicht werden müssen oder auf jeden Fall dürfen, aber da figurieren derartige Angaben zur Zusammensetzung der Bevölkerung eben gerade nicht. Deshalb hätte ich mir gewünscht, dass man angibt, auf welche gesetzliche Grundlage man sich bezieht. Ein solcher Hinweis wurde in der Antwort aber nicht gegeben.

Dies sind meine Hauptbedenken. Zum Hinweis der Steuerstatistik: Es ist mir nicht bewusst, dass es für eine Steuerstatistik eine gesetzliche Grundlage gäbe. Man hätte auch angeben können, auf welchen parlamentarischen Vorstoss das überhaupt zurückgeht. Das bleibt für mich unklar.

Gesetzt den Fall, die Veröffentlichung der Daten ist zulässig, dann kann ich die Logik nachvollziehen, dass man sich als Einzelperson dagegen nicht wehren kann, weil man nicht erkennbar ist. Aber es müsste immerhin einen Weg geben, diese Methodik zu hinterfragen und als Einzelperson darzulegen, dass man dennoch das Gefühl hat, man sei erkennbar, zum Beispiel wenn diese Methodik einmal nicht richtig angewendet wird.

Ich habe insgesamt das Gefühl, dass dieser Geoviewer Informationen enthält, die veröffentlicht werden, ohne dass man sich fundiert darüber Gedanken gemacht hätte. Es gibt ja nicht nur diese Einbruchsriskofrage, die ich konkret gestellt habe. Man kann sich auch andere Fragen stellen, etwa was es für die Grundeigentümer in einem Quartier bedeutet, wenn sie durch diesen Geoviewer dargestellt werden als ein Quartier, das einen hohen Anteil an Sozialhilfebeziehenden hat.

Hat das einen Einfluss auf die Bewertung ihres Grundeigentums, fördert das allenfalls sogar eine stärkere Aufteilung der Stadt in wohlhabende und weniger wohlhabende Quartiere? Das sind Fragen, die sich meiner Meinung nach in diesem Zusammenhang stellen und die nicht beantwortet wurden. Ich würde mir deshalb vorbehalten, an diesem Thema auch weiterhin mit parlamentarischen Vorstössen aktiv dran zu bleiben.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 13.5071 ist **erledigt**.

## 16. Wahl der Petitionskommission (9 Mitglieder)

[06.02.13 15:56:44, WAK]

### Tagesordnung

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* informiert, dass für sämtliche Wahlen der Geschäfte 16 bis 22 inzwischen mehr Kandidaturen vorliegen, als Mitglieder zu wählen sind. Diese Wahlen werden demnach geheim durchgeführt.

Er **beantragt**, während der Auszählung der Wahlergebnisse mit den weiteren Sachgeschäften fortzufahren.

*Eric Weber (fraktionslos):* **beantragt**, nicht mit den Sachgeschäften fortzufahren.

Ich fasse mich kurz. Ich war Mitarbeiter im Europäischen Parlament. Danach war ich Mitarbeiter im Sächsischen Landtag. Ich bin also parlamentserfahren sowohl hinsichtlich des Europäischen Parlaments als auch vom Sächsischen Landtag her. Ich bin nicht einverstanden. Es gibt hier Grossräte erster und zweiter Klasse. Als neuer Grossrat durfte ich keine Motion und keinen Anzug einreichen. Ich möchte nicht die Motionen und Anzüge, die von Grossräten im Januar eingereicht worden sind, behandeln.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* da es sich bei meinem Antrag formell um eine Änderung der Tagesordnung handelt, ist ein Zweidrittelmehr erforderlich.

### Abstimmung

Ja heisst Weiterbehandlung der Tagesordnung während der Auszählung der Wahlgeschäfte, nein heisst keine Behandlung weiterer Geschäfte, solange die Stimmen ausgezählt werden.

### Ergebnis der Abstimmung

**80 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 19, 06.02.13 15:59:54]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Tagesordnung zu ändern und während der Auszählung der Wahlergebnisse mit den weiteren Sachgeschäften fortzufahren.

### Als Mitglieder der Petitionskommission vorgeschlagen sind seitens der Fraktionen:

André Auderset, Seyit Erdogan, Brigitta Gerber, Oswald Inglin, Jürg Meyer, Lorenz Nägelin, Franziska Roth-Bräm, Roland Vögtli, Dieter Werthemann.

Weiter hat sich als Kandidat Eric Weber (fraktionslos) gemeldet.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl nicht mehr gegeben. Die Wahl findet daher geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben und eingesammelt.

[Wahlergebnis siehe Seite 39]

### **23. Bericht des Regierungsrates zur Kantonalen Volksinitiative für bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt - rechtliche Zulässigkeit der Initiative und weiteres Vorgehen**

[06.02.13 16:04:31, GD, 12.1639.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt, die Initiative "für bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt" (12.1639) für **rechtlich zulässig** zu erklären, und ihm die Berichterstattung zu übertragen.

#### **Der Grosse Rat**

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

#### **Schlussabstimmung**

zur rechtlichen Zulässigkeit.

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**67 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 20, 06.02.13 16:06:24]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die mit 3'498 gültigen Unterschriften zustande gekommene unformulierte Initiative "bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt" wird für **rechtlich zulässig** erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative zu übertragen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Volksinitiative gemäss § 18 Abs. 3 lit. b. IRG dem Regierungsrat zur Berichterstattung innert sechs Monaten zu überweisen.

## 24. Ratschlag betreffend Subventionen für Tanz- und Theaterprojekte der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2013 bis 2016

[06.02.13 16:07:00, BKK, PD, 12.1836.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.1836.01 einzutreten und für Tanz- und Theaterprojekte Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 2'260'000 zu bewilligen.

*Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission:* Seit 1991 subventionieren die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft projektbezogenes Tanz- und Theaterschaffen, das ausserhalb der ebenfalls subventionierten Produktion des Theater Basel und der Kaserne und der teilweise subventionierten Kleintheater an die Öffentlichkeit tritt. Dieser Fachkredit, der von einer Fachjury verwaltet wird, ist neben dem Förderkredit für Audiovision und Multimedia, dem Förderkredit Literatur und dem Förderkredit Musik einer der vier von beiden Kantonen gemeinsam getragenen projektorientierten Kulturförderungsinstitutionen.

Im Kredit standen aufgrund der gemeinsamen Subventionen der beiden Kantone jährlich CHF 1'000'000 zur Verfügung, wobei der Kanton Basel-Landschaft mehr Mittel dazu beiträgt, während beim Fachkredit Audiovision und Multimedia Basel-Stadt mehr beisteuert. Die Erhöhung der Subvention des Kantons Basel-Stadt von jährlich CHF 100'000 ergibt sich daraus, dass die bisher vorhandenen Mittel bei Weitem nicht ausreichen, substantielle Beiträge an Künstler und Ensemble zu leisten und das vorhandene Potenzial angemessen zu nutzen. Dies immer angesichts der Tatsache der doch sehr substantiellen Unterstützung der etablierten Institutionen.

Eine vergleichbare Erhöhung des basellandschaftlichen Beitrags wurde bereits im Jahr 2012 bewilligt. Bei der Behandlung des Geschäfts liess sich die BKK über die Subventionspraxis orientieren, stellte sich unter anderem die Frage in Bezug auf die Abgrenzung zum Swisslos und liess sich auch orientieren über einzelne Beiträge an Künstlerinnen und Künstler, was Sie im Ratschlag nachlesen konnten. Alle diese Fragen konnten von den zuständigen Personen des Präsidialdepartements zur vollen Zufriedenheit beantwortet werden. So stimmte die Kommission einstimmig der Beschlussvorlage zu und bittet den Grossen Rat, es ihr gleichzutun.

### Fraktionsvoten

*Christine Wirz (LDP):* Für durchschnittlich 20 freie Theater- und Tanzprojekte fliesst sehr viel Geld, wird sehr viel Geld zur Verfügung gestellt: Aus dem Kanton Basel-Stadt CHF 565'000 und aus dem Kanton Basel-Landschaft CHF 600'000. Das ist wahrlich eine stolze Summe. Aber woher soll das Geld sonst kommen, wenn nicht aus diesem Fonds? Die Kulturwerkstatt Kaserne und das Roxy Birsfelden, wo schlussendlich der grösste Teil der Produktionen zu sehen ist, können aus ihren Mitteln die Projekte nicht unterstützen. Querfinanzierungen will man ausschliessen resp. sind nicht zugelassen.

Es handelt sich in der Regel um neue junge und innovative Projekte, die von Fachgremien bewertet werden. Wir haben es gehört. Die Liste der Absagen ist in der Regel grösser als diejenige der Zusagen. Geht man die Liste der bewilligten Projekte durch, so finden sich allerdings auch etablierte Gruppen darunter wie zum Beispiel das Figurentheater Vagabu und Birkenmeier und Birkenmeier, die ebenfalls Gelder erhalten haben.

Grundsätzlich gilt es zu überlegen, ob mit der Unterstützung dieser Projekte nicht Hoffnungen geschürt werden, die sich im Laufe der Zeit in Luft auflösen. Kunst ist ein hartes Brot, und Künstlerinnen und Künstler stehen oft mittellos da und ohne Möglichkeit, sich anderswo ins Berufsleben einfügen zu können. Aber diese Fragestellung gehört leider nicht zur heutigen Diskussion, denn sie sollte im Interesse vieler junger Menschen, die ausschliesslich auf die Karte Kunst setzen, ernsthaft geführt werden, gerade von uns, denn schliesslich setzen wir ja gewisse Zeichen und Weichen.

Basel entwickelt sich zu einem Mekka der freien Kunstszenen und der Alternativkultur - wobei mir der Unterschied der beiden Begriffe nicht ganz klar ist -, qualitativ hoch stehende Projekte können dank dieser finanziellen Unterstützung umgesetzt werden und haben eine nationale grosse Ausstrahlung. Weiter ist ja auch im Kulturleitbild festgeschrieben, dass die Kulturförderung gerade solche Projekte wünscht. Es gab hierzu auch einige Vorstösse.

Es wird also beantragt, dass wir die Subvention um CHF 100'000 erhöhen, Basel-Landschaft erhöht um CHF 65'000 pro Jahr. Die Differenz ist damit zu erklären, das Kulturelles.BI die Geschäftsstelle für die beiden Kantone führt. Die Liberaldemokraten stimmen dem Ratschlag zu.

*Joël Thüring (SVP):* Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, die vorliegende Subvention für Tanz- und Theaterprojekte der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft auf CHF 465'000 pro Jahr festzulegen, was einer Gesamtsumme von CHF 1'860'000 für die Subventionsperiode 2013-2016 entspricht. Sie haben den entsprechenden Antrag auch auf Ihren Tischen liegen.

Vorab möchte ich erwähnen, dass es für uns ausserordentlich positiv ist, dass im vorliegenden Fall der Kanton Basel-Landschaft sich einerseits angemessen an den Kosten beteiligt und andererseits hier sogar für einmal einen etwas höheren Betrag als der Kanton Basel-Stadt bezahlt. Es geht also doch, und das macht im Hinblick auf künftige Subventionsbehandlungen in anderen Bereichen dann doch auch Hoffnung. Man ist fast versucht, diese beiden Zahlen, die im Bericht abgebildet sind, auszuschneiden und mit den beiden Kantonswappen sich über das Bett zu hängen.

Dennoch ist es aber leider nicht so, dass man die beiden gesprochenen Beträge miteinander vergleichen kann. Es werden hierfür zwei unterschiedliche Töpfe berührt. Beim Beitrag aus dem Kanton Basel-Landschaft handelt es sich keineswegs um einen aus der Legitimation durch den Landrat gesprochenen Betrag, sondern um eine Ausgabe, welche der Kanton Basel-Landschaft resp. der Regierungsrat Basel-Landschaft über eine Swisslos-Vorpauschale finanziert. Hier stellt sich für mich die Frage, ob dieser nun auch im Bericht erwähnte höhere Beitrag von CHF 100'000 pro Jahr nicht auch aus dem Swisslosfonds des Kantons Basel-Stadt hätte gesprochen werden können.

Schliesslich erschliesst sich für mich auch die Begründung für diese Subventionserhöhung nicht. Wenn Sie die Tätigkeiten des Fachausschusses auf Seite 4 des Berichtes in den letzten Jahren verfolgen, so werden Sie feststellen, dass die Anzahl Gesuche markant rückläufig sind. Im Jahre 2011 wurden gar noch 16 Gesuche bewilligt, wohingegen 20 abgelehnt wurden. Ob die durch diesen Fachausschuss bewilligten Gesuche nun unterstützungswürdig sind oder nicht, kann und will ich nicht beurteilen, ich gehe davon aus, dass der Fachausschuss über das entsprechende Knowhow verfügt. Natürlich ist es wichtig, auch für die SVP-Fraktion, dass die Alternativkultur und die freie Szene kulturell nicht benachteiligt wird und finanziell nicht untergeht. Dennoch kann man sich die Frage stellen, ob es nicht für diese Form der Alternativkultur eine Alternativfinanzierung beispielsweise durch ein privates Sponsoring geben kann resp. inwiefern hier auch aktiv der Wille besteht durch die einzelnen Antragsteller, sich um private Sponsoren zu bemühen.

Der SVP-Fraktion ist es daher wichtig, dass wir beim Betrag der laufenden Subventionsperiode über CHF 465'000 pro Jahr bleiben. Es ist keine Kürzung, die wir hier beantragen, es geht lediglich darum, den Status quo der Subventionen beizubehalten. Wir müssen auch berücksichtigen, dass die Subvention bereits in der letzten Subventionsperiode um CHF 100'000 pro Jahr erhöht wurde. Wenn man diese beiden Subventionsperioden zusammenfasst, hat man in acht Jahren den Betrag um nicht ganz unerhebliche CHF 800'000 erhöht. Das wäre aus unserer Sicht auch aufgrund der allgemein sehr hohen Kulturausgaben, die wir zu leisten haben, nicht zu rechtfertigen, insbesondere auch deshalb nicht, weil andere Kulturinstitutionen auch immer wieder Ansprüche stellen, die auch von Seiten des Präsidialdepartements wahrscheinlich auch zu Recht teilweise abgelehnt werden.

Ich bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen und die vorliegende Subventionserhöhung nicht vorzunehmen, sondern die beantragten CHF 465'000 pro Jahr anzunehmen.

*Martin Lüchinger (SP):* Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Regierungsrats in der beantragten Höhe zu. Wir begrüssen explizit die jährliche Erhöhung um CHF 100'000, weil wir überzeugt sind, dass diese Mittel direkt der Kulturförderung dienen. Heute reichen die Mittel bei Weitem nicht aus, rund die Hälfte der Gesuche kann nicht befriedigt werden, obwohl sie den qualitativen Kriterien des Fachausschusses genügen. Im Anhang des Ratschlags wird ersichtlich, welche Projekte eingegeben worden sind und welche nicht zum Handkuss kamen.

Mit dem Gefäss des Fachausschusses haben wir beste Voraussetzungen, auf innovative, neue Projekte zu reagieren, unbürokratisch und relativ schnell Möglichkeiten zu schaffen, wenn Leute ein Projekt umsetzen wollen. Dies finde ich neben der geförderten Hochkultur unbedingt notwendig. Auch gilt zu erwähnen, dass diese Mittel sehr direkt den Kulturschaffenden zukommt und nicht über Institutionen eingespiessen werden müssen.

Joël Thüring, ohne Sponsorensuche geht es gar nicht, alle Projekte sind, soweit mir bekannt, immer mit Drittmitteln finanziert. Es gibt also kein Projekt, das alleine vom Kanton über diesen Fachausschuss finanziert werden kann. Oft sind es mehr als die Hälfte der Mittel, die von Dritten eingeschossen werden müssen.

Ich bitte Sie, den Antrag der SVP abzulehnen und dem Antrag der BKK zu folgen und die Subvention wie beantragt zu gewähren.

*Heidi Mück (GB):* Die Fraktion des Grünen Bündnisses stimmt dem Subventionsantrag für Tanz- und Theaterprojekte für die Jahre 2013-2016 zu. Wir begrüssen die aus unserer Sicht moderate Erhöhung dieses Kredits und lehnen dementsprechend den Kürzungsantrag ab.

Die freie Tanz- und Theaterszene in der Region Basel ist eine lebendige, innovative und florierende Szene. In den letzten Jahren wurden jeweils zwischen 36 und 55 Gesuche für Beiträge an verschiedenste Produktionen gestellt. Bewilligt wurden zwischen 14 und 35 Gesuche jährlich, und abgelehnt wurden zwischen 12 und 24 Gesuche. Die Anzahl der Gesuche ist gesunken, der Grund für die schwankende Zahl liegt in den hohen Hürden, die für solche Beitragsgesuche bestehen. Eine Amateurtruppe kann nicht für irgendein Projekt Geld abholen kommen, sondern es braucht eine ausführliche Projektbeschreibung, ein detailliertes Budget samt Finanzplanung und auch die Bemühung um privates Sponsoring. Das Controlling ist sehr streng. Doch in den letzten Jahren mussten immer wieder hochkarätige Gesuche abgelehnt werden, nicht weil sie die erforderlichen Unterlagen nicht liefern konnten oder den qualitativen Vorgaben nicht genügt haben, sondern weil es schlicht und einfach nicht genug Geld im Fördertopf gab.

Die vorgeschlagene Erhöhung von CHF 100'000 entspricht also einem dringendem Bedürfnis der freien Szene. Es

handelt sich hierbei um künstlerisch hoch stehende Produktionen, die sich aber nicht einfach über die Eintrittspreise finanzieren lassen. Das Präsidialdepartement ist grundsätzlich sehr zurückhaltend mit der Aufstockung von Kulturausgaben, für unseren Geschmack manchmal sogar zu zurückhaltend. Wir sind deshalb überzeugt, dass der Bedarf sehr gut geprüft wurde und dass die Erhöhung des Kredits wirklich nötig ist. Ausserdem müssen wir uns im Klaren sein, dass dieser Betrag im Vergleich mit der institutionellen Kulturförderung im Promille-Bereich liegt.

Die Förderung der Tanz- und Theaterprojekte wird von Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemeinsam finanziert. Basel-Landschaft bezahlt sogar ein wenig mehr als Basel-Stadt und hat im letzten Jahr seinen Anteil ebenfalls aufgestockt trotz prekärer Finanzsituation. Das will etwas heissen.

Aus all diesen Gründen stimmt die Fraktion des Grünen Bündnisses dem vorliegenden Ratschlag zu und lehnt den Kürzungsantrag ab, und wir bitten Sie, das ebenfalls zu tun.

*Elias Schäfer (FDP):* Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen, dem Änderungsantrag der SVP-Fraktion zuzustimmen, nicht etwa, weil die FDP die freie Tanz- und Theaterszene gering schätzt, nein, die Begründung für eine Subventionserhöhung um rund 20% ist schlicht dürftig und der Ratschlag fehlerhaft. Die Zahlen zur Anzahl der bewilligten und abgelehnten Gesuche stimmen nicht mit den Zahlen in den Geschäftsberichten des Fachausschusses zur Förderung von Tanz und Theater in der Region Basel überein.

Dies mag ein Detail sein, das nur für Pedanten Grund sein kann, zusätzliche Gelder für eine lebendige und erfolgreiche freie Tanz- und Theaterszene zu bewilligen. Kombiniert mit der äusserst dünnen Begründung für die Subventionserhöhung - die Mittel reichten leider immer noch nicht, und mit der Subventionserhöhung werde das vorhandene Ungleichgewicht zwischen den Fördergeldern für Institutionen und den Beiträgen an die freien Produktionen minim verschoben - ergeben sich für die FDP-Fraktion doch erhebliche Bedenken, dieser Subventionserhöhung zuzustimmen. Einerseits ist die Tatsache, dass die Mittel nicht ausreichen, keine hinreichende Begründung für eine Subventionserhöhung. Es gibt zahlreiche Bereiche, in denen es an Mitteln fehlt, doch werden diese nicht quasi automatisch mit zusätzlichen Mitteln bedacht. Es bedarf stets einer zusätzlichen Begründung. Diese fehlt der FDP-Fraktion im vorliegenden Ratschlag.

Die erwähnte minime Verschiebung des Ungleichgewichts der Mittelverteilung zugunsten der freien Szene findet erstens nur dann statt, wenn die Gelder für die Institution nicht beinahe gleichzeitig ebenfalls erhöht werden, wie es in der letzten Sitzung bei der Kaserne der Fall war. Zweitens sollte die grundsätzliche Frage, welches Gewicht wir in der Kulturförderung der freien Szene beimessen wollen, nicht am Rande in einer Subventionserhöhung abgehandelt werden. Über stetige Subventionserhöhungen in beiden Bereichen kann diese Frage nicht nachhaltig beantwortet werden.

Die FDP-Fraktion ist gerne bereit, diese Frage in Zukunft hier abzuhandeln. Bei der vorliegenden Vorlage werden wir aber den Antrag der SVP-Fraktion unterstützen, die Subvention für Tanz- und Theaterprojekte auf dem heutigen Niveau fortzuführen, und wir empfehlen Ihnen, dies ebenso zu tun.

### Schlussvoten

*Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD):* Ich danke Ihnen für die grundsätzlich gute Aufnahme unseres Antrags zur Förderung des Tanzes und des Theaterschaffens im Bereich der freien Kulturszene. Mit den Fachausschüssen und der Projektförderung unterstützen wir ja die Experimentierfreudigkeit und die Risikobereitschaft von meistens jungen Kunst- und Kulturschaffenden. Im Vergleich zu den grossen Institutionen und der so genannten etablierten Kultur investieren wir ja etwa 3 bis 4% in die Projektförderung in den Fachausschüssen. Auch die Kultur und die Kunst brauchen Nachwuchs, nicht nur der FCB.

Christine Wirz, es ist sehr wichtig, dass wir bei der Kulturförderung auch an den Nachwuchs denken. Jede etablierte und anerkannte Kunst und Kultur war einmal innovativ und neu. Wir müssen uns wirklich für den Nachwuchs einsetzen und wir machen das über diese Fachausschüsse. Die Nachfrage ist extrem gross, und wir sind auch ein bisschen Opfer unseres Erfolges. Denken Sie an die heute eröffneten schweizerischen zeitgenössischen Tanztage, die in der Kaserne stattfinden werden, an den Erfolg der Kaserne. Wir sind zu einem Ausstrahlungszentrum im Bereich Tanz und Theater geworden. Wir müssen diesem Erfolg auch Sorge tragen und müssen deshalb auch in die Innovation und die Risikofreudigkeit der jungen Künstlerinnen und Künstler investieren.

Ich bitte Sie darum, unserem Antrag zu folgen.

*Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission:* In der Bildungs- und Kulturkommission wurde von keiner Fraktion ein Kürzungsantrag gestellt, er wurde auch nicht diskutiert, und dementsprechend kann ich nicht von Kommissionsseite für oder gegen einen solchen Antrag sprechen. Ich möchte Sie bitten, der Bildungs- und Kulturkommission zu folgen und diesen Antrag zu unterstützen.

Eine Bemerkung zum Votum von Joël Thüring: Im Bezug auf die Unterstützung des basellandschaftlichen Beitrags an den Fachausschuss durch den Swisslosfonds muss bemerkt werden, dass die Philosophie des Swisslos in Basel-Stadt etwas anders ist als in Basel-Landschaft. In Basel-Stadt werden durch Swisslos vor allem volksnahe und breitenwirksame

Produktionen unterstützt. Dieser Fachausschuss geht eher Richtung künstlerische Szene mit professionellen künstlerischen Produktionen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziges Absatz

**Antrag**

Die die SVP Fraktion **beantragt**, den Gesamtbetrag der Subvention auf CHF 1'860'000 (jährlich CHF 465'000) zu reduzieren.

Der Regierungsrat und die Kommission beantragen CHF 2'260'000 (jährlich CHF 565'000)

**Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Kürzungsantrag der SVP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags.

**Ergebnis der Abstimmung**

**30 Ja, 65 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 21, 06.02.13 16:32:24]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Antrag der Fraktion SVP **abzulehnen**.

**Detailberatung**

Publikations- und Referendums Klausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

**Ergebnis der Abstimmung**

**76 Ja, 17 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 22, 06.02.13 16:33:23]

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die Subventionen für Tanz- und Theaterprojekte der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft werden vom Kanton Basel-Stadt für die Jahre 2013 bis 2016 in der Höhe von CHF 2'260'000 (jährlich CHF 565'000), nicht indexiert, bewilligt.

Kostenstelle: 3708221; statistischer Auftrag: 370822100001; Kostenart: 363600

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

## 16. Wahl der Petitionskommission, Fortsetzung

[06.02.13 16:33:40]

### Wahlergebnis

Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	94
Eingegangene Wahlzettel	94
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	94
Absolutes Mehr	48

### Gewählt sind:

<b>Oswald Inglin</b> , mit	92 Stimmen
<b>Franziska Roth</b> , mit	92 Stimmen
<b>Dieter Werthemann</b> , mit	92 Stimmen
<b>Jürg Meyer</b> , mit	91 Stimmen
<b>Roland Vöggtli</b> , mit	90 Stimmen
<b>Seyit Erdogan</b> , mit	89 Stimmen
<b>Lorenz Nägelin</b> , mit	89 Stimmen
<b>André Auderset</b> , mit	88 Stimmen
<b>Brigitta Gerber</b> , mit	85 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Eric Weber	2
Leere Stimmen	36

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Als Präsidentin der Petitionskommission vorgeschlagen wird: **Brigitta Gerber** (GB).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**83 Ja, 1 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 23, 06.02.13 16:35:33]

### Der Grosse Rat wählt

**Brigitta Gerber** als Präsidentin der Petitionskommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 17. Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder)

[06.02.13 16:35:45, WAK]

Als Mitglieder der Begnadigungskommission vorgeschlagen sind seitens der Fraktionen:

Elisabeth Ackermann, Sibel Arslan, Peter Bochsler, Andrea Bollinger, Seyit Erdogan, Ursula Metzger, Thomas Müry, André Weissen, Samuel Wyss.

Weiter hat sich als Kandidat Eric Weber (fraktionslos) gemeldet.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl nicht mehr gegeben. Die Wahl findet daher geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben und eingesammelt.

[Wahlergebnis siehe Seite 47]

## 25. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ausgabenbericht Nr. 12.0623.01 betreffend Ausgabenbewilligung für Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz für die Jahre 2013 bis 2016

[06.02.13 16:40:58, BKK, PD, 12.0623.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.0623.02 einzutreten und der Stiftung Sportmuseum Schweiz Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 450'000 zu bewilligen.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Sie haben der dringlichen Behandlung dieses Geschäftes zu Beginn dieser Sitzung zugestimmt.

*Martina Bernasconi, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission:* Es sind noch keine zwei Jahre her, als wir hier im Grossen Rat die Subventionen für das Schweizerische Sportmuseum bewilligten für die Jahre 2010 bis 2012. Einige von Ihnen werden sich erinnern, es war kein einfaches Geschäft. Im Gegenteil, Hintergrund der kantonalen Subvention war eine prekäre, 2009 akut gewordene Unterfinanzierung. Die kantonalen Gelder gewährten wir letztendlich als Rettungsmassnahme.

Bereits damals beschäftigte sich die BKK intensiv mit dem Sportmuseum. Wir verfassten zwei Kommissionsberichte, erst der zweite beantragte, der Subvention zuzustimmen. Heute stehen wir wieder vor einer ähnlichen Situation. Viele in der BKK meinten gar, es sei das schwierigste Geschäft, das wir je behandelten. Einstimmig anerkennen wir das grosse Engagement und die Leistung, die das Sportmuseum in den letzten zwei Jahren an den Tag gelegt hatte. Sie holten Swiss Olympic, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, den Bund wie die EBM mit an Bord. Sie konnten das Sportmuseum national bekannt machen, nahmen das Begehlager auf dem Dreispitzareal in Betrieb und vieles mehr.

Und trotzdem bleibt das Sportmuseum ein Sanierungsfall mit zu geringer Liquidität. Ich zitiere aus dem Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2011: "Ohne unsere Prüfungsaussage einzuschränken machen wir, Finanzkontrolle Basel-Stadt, darauf aufmerksam, wonach eine Unsicherheit in der Bewertung des Ausstellungsgutes besteht. Desweiteren weisen wir darauf hin, dass die Fortführung der Stiftung wegen drohender Liquiditätsschwierigkeiten gefährdet sein kann. Der Stiftungsrat muss Massnahmen einleiten, welche die Stiftung in den kommenden Jahren wieder zu ausreichender Liquidität verhelfen. Sollten die Sanierungsmassnahmen nicht den gewünschten Erfolg bringen, sind die Vorschriften von Artikel 84a ZGB, Massnahmen bei Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit, zu beachten."

Wird bei einer Privatfirma Artikel 84a ZGB angewendet, bedeutet das, so wurde mir gesagt, Bilanzen deponieren, Insolvenz. Die Finanzkontrolle wies mehrmals darauf hin, wie prekär die Situation des Sportmuseums ist. Die BKK entschied sich letztendlich einstimmig, der Subvention doch zuzustimmen, jedoch die Subventionslaufzeit um ein Jahr zu kürzen und an sieben Bedingungen zu knüpfen. Wir wollen dem Sportmuseum die Chance geben, den Betrieb mit endlich allen fünf Geldgebenden gleichzeitig zu führen. Das ist 2013 zum ersten Mal der Fall. Eine unserer Bedingungen ist, dass der Kanton Basel-Landschaft einen jährlichen Beitrag in mindestens gleicher Höhe leistet.

Liquidität und Schuldenabbau: Die Liquidität muss dringlich im Auge behalten werden. Es bestehen auch bei der Umwandlung normaler Verbindlichkeiten in Darlehensforderungen beträchtliche Risiken. Seit der Subventionierung im Jahr 2010 hat die Verschuldung eher zugenommen. Die BKK findet es fragwürdig, den Wert der Sammlung buchhalterisch zu erhöhen, um finanziell auf dem Papier besser dazustehen. Müsste die Sammlung im schlimmsten Fall

veräussert werden, ist alles andere als gesichert, dadurch den buchhalterischen Wert zu erzielen. Die BKK fordert eine verbindliche Sanierungsvereinbarung.

Trennung Sammlungspflege und Begehlager: Für unerlässlich hält die BKK die eindeutige und vor allem in den Rechnungen und Bilanzen transparente Trennung von Begehlager und mobilem Museum. Wir verlangen, dass sämtliche Leistungen von Angestellten für den Basisbetrieb über Löhne und nicht als Leistung Dritter abzurechnen sind. Die BKK diskutierte auch die Form, wie dem Grossen Rat ein Beschlussantrag vorgelegt werden könnte, der ihre Bedenken aufnimmt. Sie hielt es für das Beste, diesen selbst zu unterbreiten und orientierte sich dabei an dem Vorgehen, das 2009 für den Subventionsbeschluss zugunsten der Kaserne Basel Anwendung fand. Damals wurden ebenfalls angesichts einer schwierigen Finanzsituation Gelder unter Auflagen gesprochen, die durch den Bericht der BKK Eingang in die Beschlussvorlage des regierungsrätlichen Ratschlags fanden. Wichtig ist der BKK dabei die vorzeitige Ausstiegsklausel, falls die Auflagen nicht erfüllt werden.

In diesem Sinne bitte ich im Namen der BKK, die Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz für die Jahre 2013 bis 2015 unter den erläuterten Bedingungen gutzuheissen.

*Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD):* Sie behandeln heute ein Geschäft, das eine längere, teilweise unruhige, aber auf jeden Fall lebendige Vorgeschichte hat. Im Dezember 2009 hatte der Grosse Rat entgegen der Empfehlung des Regierungsrats beschlossen, mit dem vorgezogenen Budgetpostulat Tino Krattiger und Konsorten eine Subvention an das Sportmuseum Basel in Höhe von CHF 150'000 pro Jahr zu realisieren. Martina Bernasconi hat Ihnen die längere Geschichte dargelegt.

Das Sportmuseum ist gleichzeitig eine alte, seit 2005 unter der neuen Leitung aber auch eine junge und experimentierfreudige Institution. Es versucht, mit neuen Vermittlungskonzepten neue Publika zu erreichen. Das Sportmuseum betreibt das systematische Sammeln von Sportkultur und deren Vermittlung und hat zum Ziel, die kulturelle Bedeutung des Sport erleb- und greifbar zu machen. Das Sportmuseum arbeitet nicht wie andere Museen mit Dauer- und Sonderausstellungen, sondern betreibt einerseits neu ein Begehlager auf dem Dreispitzareal mit festen Öffnungszeiten, andererseits mit dem so genannten mobilen Museum projektbezogene externe Vermittlung an sportkulturellen Anlässen.

Der Beitrag des Kantons Basel-Stadt ist explizit an die Pflege und Inventarisierung der Sammlung gebunden. Der Regierungsrat ist grundsätzlich bereit, auch innovative oder unkonventionelle Strukturen und Vermittlungsmodelle zu prüfen. Da sich das Sportmuseum als gleichwertiger Partner auf Augenhöhe mit der Museumslandschaft Basel versteht, erwarten wir jedoch auch die möglichst grosse Annäherung an die entsprechenden Strukturen was Personalpolitik, Öffnungszeiten und Transparenz angeht. Es müssen solide Finanzen und Strukturen vorliegen oder zumindest die realistische Aussicht auf solche vorhanden sein, um in eine Institution zu investieren.

Der Regierungsrat hat die Entwicklung des Sportmuseums in der laufenden Subventionsperiode 2010-2012 aufmerksam verfolgt und beurteilt die grundsätzliche Entwicklung positiv. Die konzeptuellen Ziele konnten umgesetzt werden, die Sanierung weitergeführt, das Begehlager 2011 realisiert und eine neue Trägerschaft um die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Bund, Swiss Olympics und EBM bis Ende 2012 aufgebaut werden. Die Sanierung ist allerdings noch nicht abgeschlossen, und die Nachhaltigkeit der finanziellen Standbeine ist zum Teil ungewiss, insbesondere die Fortführung der Subvention aus dem Kanton Basel-Landschaft.

Die Bildungs- und Kulturkommission kommt in ihrem Bericht ebenfalls zum Schluss, die Subvention an das Sportmuseum fortzuführen, übte jedoch teilweise deutliche Kritik an der Finanzierungsstruktur und verbindet damit klare Auflagen für die Weiterführung der Subvention. Wir nehmen die Kritik, Bedenken und Auflagen der BKK ernst und wir werden alle diese Auflagen in den Subventionsvertrag einfliessen lassen. So verstehen wir Ihren Beschlussantrag. So können wir etwa die Verkürzung der Laufzeit um ein Jahr bis 2015 analog dem Beitrag des Bundes gut nachvollziehen.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass mit dem Sportmuseum ein interessanter Akteur die Basler Museumslandschaft belebt, und deshalb bitten wir Sie, den Anträgen der BKK zu folgen.

### Fraktionsvoten

*Christine Wirz (LDP):* Die Stiftung Sportmuseum Schweiz hat die BKK vor etliche Probleme gestellt, die einerseits die Darstellung des Budgets und der Rechnung sowie der Bilanzen, andererseits die Staffelungen der Laufzeiten der Subventionen von Bund und Kantonen betroffen haben. Martina Bernasconi hat das eingehend geschildert. Das Sportmuseum, bei dem es sich um ein eigentliches Begehlager handelt mit ca. 4'000 Besuchenden pro Jahr befindet sich in einem finanziellen Engpass und kann Löhne in der Grössenordnung von CHF 200'000 nicht ausrichten.

Wir sind uns aber bewusst, dass es das Aus für das Sportmuseum bedeutet, wenn wir die Subvention jetzt nicht so sprechen, wie sie vorgeschlagen wird. Der Kanton Basel-Landschaft hat seinen Beitrag aus dem Lotteriefonds - es wurde als einmaliger Beitrag deklariert - nur für 2012 und 2013 gesprochen, der Bundesbeitrag läuft 2015 ab und deshalb unterstützen wir selbstverständlich die Kürzung um ein Jahr, damit wir wenigstens 2015 mit dem Bund gleichziehen können. In der Zwischenzeit muss die Stiftung Sportmuseum Schweiz die Sanierung der Finanzen vorantreiben, denn die Liquidität ist in Frage gestellt. Für eine transparentere Rechnungslegung muss überdies auch gesorgt werden. Was uns in der BKK anfangs präsentiert wurde, kann so nicht mehr ein weiteres Mal präsentiert werden. Wir sind überzeugt, dass hier eine Änderung stattfinden wird.

Wir erwarten aber auch ein Museumskonzept durch das Präsidiatdepartement, welches auf 2013 angekündigt worden ist. Dann wird es sich zeigen, ob das Sportmuseum die Bedingungen erfüllt, um weiterhin staatlich unterstützt werden zu können. Hier muss auch eine Übereinstimmung sein. Weiterhin ist die Frage berechtigt, ob das Sportmuseum nicht ausschliesslich von Swiss Olympic und ähnlichen Organisationen unterstützt werden sollte. Ich weiss, das ist enorm schwierig, dies wurde auch schon versucht, aber es ist nicht unbedingt nötig, dass der Staat das Sportmuseum unterstützt. Je nachdem, wie das Museumskonzept ausfällt, werden wir sehen, wie dies zu beurteilen ist.

Trotz all dieser Kritik ist festzuhalten, dass sich die Stiftung mit sehr grossem Engagement bemüht, dass das Sportmuseum weiterhin national bekannt ist. Die Forderungen, die im Beschluss festgehalten sind, werden sie bestimmt zu ihrem eigenen Guten befolgen. Die Kaserne hat hierfür ein Beispiel geliefert, sie musste ähnliche Bedingungen auch erfüllen. Dies hat ihr geholfen, dass sie heute auf besseren und sichereren finanziellen Beinen steht. Die Auflagen sind also keine Schikane, sondern eine Hilfe.

Die Liberaldemokraten stimmen dem Beschluss in allen sieben Punkten zu, mit einer Laufzeit bis 2015.

*Emmanuel Ullmann (GLP):* Wir haben vom Ausgabenbericht des Regierungsrats und von der sehr kritischen BKK-Berichterstattung Kenntnis genommen. Die Grünliberalen beantragen Ihnen dennoch, den Grossratsbeschluss zur Subvention von CHF 150'000 pro Jahr für die Stiftung Sportmuseum Schweiz abzulehnen. Sowohl der vorliegende Ausgabenbericht als auch der Bericht der BKK haben uns nicht überzeugt, warum wir die Subvention sprechen sollten. Im Gegenteil! Liest man die Bilanz und die Erfolgsrechnung der Stiftung, so sieht man, in welcher prekärer Situation sich das Sportmuseum befindet.

Auf der Einnahmeseite schwinden mehr und mehr private Fundraisingerträge zugunsten von staatlichen Subventionen. Zudem gibt es zu wenig Einnahmen aus dem Ticketverkauf, was bei freiwilligen Eintrittspreisen auch nicht weiter erstaunt, und allgemein zu wenig Eintritte mit knapp 4'000 im Jahr 2011 oder etwa 16 Eintritten täglich. Dass nach Ansicht des Regierungsrats dennoch angemessene Eigenleistungen und eine Nutzung der Ertragsmöglichkeiten durch den Subventionsempfänger bestehen sollen, was gemäss Subventionsgesetz eine Voraussetzung sein muss, darf aus unserer Sicht zumindest kritisch hinterfragt werden.

Auf der Ausgabenseite stechen die hohen Arbeitsleistungen Dritter in die Augen, die zum Teil durch den Direktoren erbracht wurden und teilweise passiviert wurden, um eine Überschuldung und Illiquidität zu verhindern. Auch die markante erfolgswirksame Aufwertung der Sammlung dient der Verhinderung der Überschuldung und wurde im Jahr 2011 von der Finanzkontrolle hinsichtlich der Bewertung kritisch hinterfragt. Die BKK-Sprecherin hat das erwähnt. Weiter ist aus der Zwischenbilanz per 31.7.2012 ersichtlich, dass Sammlungsverkäufe im Wert von CHF 15'930 getätigt wurden, ohne die per Stichtag ein Verlust resultieren würde.

Schliesslich ist aus der Medienberichterstattung zu entnehmen, dass das positive Budget 2013 sich bisher nicht bewahrheiten konnte. Unserer Meinung nach kann es nicht Aufgabe des Staates sein, private Einnahmeausfälle aus Fundraising zu ersetzen. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass es sich beim Sportmuseum primär um ein nationales und nicht um ein kantonales Museum handelt. Entsprechend verlangt der Bund für seine Subvention auch einen Aufbau der Präsenz in der Romandie sowie weitere Kooperationen und Abklärungen, die vermutlich ohne Personalaufstockung kaum zu bewältigen sein werden. Ob dies jedoch alleine mit den CHF 150'000 Bundessubventionen jährlich zu bewerkstelligen ist, steht in den Sternen geschrieben.

Wir teilen die Ansicht der BKK, dass der Stiftungsrat seine Rolle besser und aktiver wahrnehmen sollte. Man sollte nicht vergessen, dass der Stiftungsrat unter bestimmten Bedingungen auch haftbar gemacht werden kann. Erstaunt sind wir jedoch von der Schlussfolgerung der BKK, die Subvention dennoch unter Aufzählung von sieben Vorbehalten zu gewähren. Würden Sie, meine Damen und Herren, aus Ihrem Privatvermögen jemandem Geld geben, wenn er dafür sieben Bedingungen innert kürzester Zeit erfüllen müsste? Wohl kaum! Wir bitten Sie, von einem Gnadenakt abzusehen und die Subvention abzulehnen.

*Martin Lüchinger (SP):* Alle haben ein offenes Herz für den Sport, lassen sich begeistern von den Leistungen der Sportlerinnen und Sportler. Geniessen wir nicht alle die Erfolge des FCB oder von Roger Federer? Begeisterung allein reicht aber nicht aus, um ein Museum professionell betreiben zu können. Mir scheint, dass dies in der Vergangenheit von den Verantwortlichen des Sportmuseums zu wenig beachtet wurde, denn sonst ständen wir heute nicht vor der Frage, warum die in Aussicht gestellte Sanierung des Betriebes abgeschlossen ist oder nicht, und warum mit der Neubewertung der Bestände eine ausgeglichene Erfolgsrechnung herbeigezaubert wurde.

Meine Kritik richtet sich also nicht an die fehlende Begeisterung, sondern an die risikoreiche Art, wie das Museum geführt wird. Für mich gibt der sehr knapp gehaltene Bericht des Regierungsrats eindeutig zu wenig Antworten auf dringende Fragen. Mir ist es heute immer noch schleierhaft, weshalb die Strategie des Museums nicht klarer definiert worden ist und warum eine Verbesserung der Situation seit der letzten Subventionierung nicht herbeigeführt werden konnte, oder auch, warum in keinem Satz erwähnt wird, weshalb, wie die BKK in ihrem Bericht darstellt, die Finanzierung zu grossen Teilen vom Goodwill der Drittleister abhängt.

Nach den Ursachen der hohen Kreditsumme wird auch nicht gefragt. Dazu wird im Bericht nichts weiter ausgeführt. Erst auf Nachfrage hin bekamen wir die notwendigen Antworten. Sicher, vieles wird erledigt sein am neuen Standort. Aber

vielleicht zu viel. Niemand scheint es wirklich zu interessieren oder zu kümmern, wie das alles zu finanzieren ist. Da wäre der Stiftungsrat ganz eindeutig aufgefordert, zu hinterfragen, wie gewirtschaftet wird und die Schulden anwachsen.

Mit dem inhaltlichen Konzept des Museums wird zugegebenermassen ein innovative Idee verfolgt. Aber darüber hinaus darf nicht vergessen werden, was und wie die Sammlung museologisch erfasst und positioniert werden kann. Ob deshalb zu einem nicht allzu transparenten System von internen und externen Leistungen gegriffen wird, muss bezweifelt werden. Ein System, wo sich der Museumsleiter selbst die Aufträge erteilt und er als Dritter Leistungen erbringen muss, muss hinterfragt werden. Ich warte darauf, vom Stiftungsrat eine klare und unmissverständliche Antwort zu diesem Handeln, damit in Zukunft transparent und klar wird, wie die Kompetenzen neu geregelt werden können. Wir können einer Fortsetzung der Subvention nur zustimmen, wenn diese an ganz klare Bedingungen geknüpft werden, wie es die BKK in ihrem Bericht formuliert hat.

Das Sportmuseum muss nun den Nachweis erbringen, wie die Finanzen saniert werden können und wie die fehlende Strategie erbracht werden kann. Für uns ist ganz zentral und unabdingbar, dass sich der Kanton Basel-Landschaft in gleichem Mass an der Finanzierung beteiligt. Die Zusage ist leider nicht gesichert. Wir haben im Anhang des Berichts lesen können, dass dies nur für zwei Jahre gesichert ist, ab 2014 ist die Finanzierung von dieser Seite offen. Deshalb haben wir ja auch die Verkürzung der Subventionsperiode verlangt, weil bis 2015 auch die Unterstützung durch das BAK läuft.

Noch eine Einschätzung zur Sammlung: Da wurden über Jahre mehr oder weniger zufällig Objekte zusammengetragen, die vor allem einen Wert hinsichtlich des Bezugs zu den Sportlerinnen haben, also einen emotionalen Wert besitzen. Der kulturhistorische Wert ist dadurch aber nicht per se gegeben. Es sind nur Fragmente einer Sammlung. Einzelne Trouvaillen sind sicher darunter, aber dies allein genügt nicht. Der Aufwand, dies nach den Kriterien eines Museums aufzuarbeiten, stellt das Sportmuseum vor eine schier unlösbare Herausforderung, die eine Menge Geld kosten wird. Das allein ergibt aber noch keine Sammlungsstrategie. Hier müssen in absehbarer Zeit die notwendigen Entscheidungen vom Stiftungsrat und der Geschäftsleitung gefällt werden.

Sie fragen sich nun wohl, warum wir uns trotzdem für die Subvention aussprechen. Ein Nein heute würde das sichere Ende des Sportmuseums bedeuten. Das ist unsere Einschätzung. Das wollen wir nicht, aber wir wollen eine geordnete Fortführung. Das Sportmuseum soll noch einmal eine Chance erhalten. Kann diese Chance von den Verantwortlichen nicht genutzt werden, dann muss der Regierungsrat ermächtigt sein, die Subventionsgelder nicht auszuzahlen und die Konsequenzen zu ziehen. Ich bitte Sie in diesem Sinne, dem Antrag der BKK zu folgen und die Subvention unter den ausgeführten Bedingungen zu gewähren.

### Zwischenfrage

*Markus Lehmann (CVP/EVP):* Warum hat die BKK weder bei der ersten Subventionierung noch jetzt den Direktor des Sportmuseums eingeladen und ihm diese Fragen gestellt?

*Martin Lüchinger (SP):* Weil wir in der Regel keine Hearings mit Subventionsempfängern durchführen. Das haben wir nur bei ganz grossen Subventionsempfängern, etwa beim Theater oder beim Sinfonieorchester, gemacht.

*Eduard Rutschmann (SVP):* Wenn man den Bericht liest, gibt es nur eine Antwort: E Faadegnusch im Näihkäschtli. Dieses lässt sich nicht so leicht auflösen, wenn überhaupt. Die Fraktion der SVP glaubt nicht daran, dass die speziellen Auflagen Früchte tragen werden. Das Sportmuseum ist und war leider nie auf dem richtigen Weg, damit je etwas Richtiges daraus werden konnte. Fast unvorstellbar ist, dass die Führung dieses Museums nicht bezahlte Löhne aus Darlehen verbucht, und Lagerbestände von CHF 1 auf CHF 400'000 bewertet. Der Grosse Rat muss jetzt mutig sein und Nein sagen zu dieser Subventionierung. Die SVP-Fraktion lehnt den Grossratsbeschluss ab.

*Heidi Mück (GB):* Die jüngste Geschichte der Diskussionen über die Finanzierung des Sportmuseums ist keine Erfolgsgeschichte. Nachdem es schon 2011 zwei Anläufe in der BKK brauchte, musste auch dieses Mal das Geschäft vorerst ausgestellt werden, weil der Ausgabenbericht, den die BKK zu beraten hatte, nicht alle nötigen Informationen enthielt oder weil wichtige Informationen nur in den Anhängen auftauchten und im Ratschlag selber nicht kommentiert wurden. Es stellt sich für uns schon die Frage, wie es dazu kommen konnte, dass ein Bericht mit solch gravierenden Mängeln an den Grossen Rat abgegeben wurde.

Das Grüne Bündnis hat aber kein Interesse an Schuldzuweisungen, wir möchten vorwärts schauen. Die BKK hat auf die unsichere finanzielle Situation und die untransparente Berichterstattung des Sportmuseums richtig reagiert. Einerseits soll die Subventionsperiode um ein Jahr verkürzt werden, damit eine zeitliche Koordination mit der Finanzierung durch den Bund erreicht wird, andererseits beantragt die BKK, dass die Subvention für das Sportmuseum unter Vorbehalt bewilligt wird. Insgesamt hat die BKK sieben Vorbehalte aufgelistet, das haben wir bereits gehört. Es handelt sich dabei um ein äusserst enges Korsett, das dem Sportmuseum geschnürt wird. Wenn diese Auflagen nicht erfüllt werden, soll der Regierungsrat ermächtigt werden, das Subventionsverhältnis vorzeitig zu kündigen.

Das wäre dann voraussichtlich das Ende des Sportmuseums. Trotz allen Ärgers, den wir in der letzten Zeit mit dem Sportmuseum hatten, wäre dies nach Meinung der Fraktion des Grünen Bündnisses eine bedauerliche Entwicklung. Abgesehen von der Finanzierung ist das Sportmuseum eine höchst originelle Einrichtung. Das Begehlager ist mehr als ein Besuch wert, die Führungen, die dort geboten werden, sind ein Erlebnis, die Projekte, die das Museum startet, sind innovativ. All dies entspricht neuen Ansätzen in der Museumskultur und in der Kulturvermittlung, neue Ansätze, die auch vom Kulturleitbild propagiert und explizit gefordert werden. Das Sportmuseum passt also sehr gut in unsere zukünftige Museumslandschaft und verdient deshalb eine weitere Chance. Voraussichtlich ist es die letzte Chance.

Das Sportmuseum muss jetzt dringend einen Weg finden, wie ein richtiges, kantonally subventioniertes Museum zu funktionieren, und es muss die damit verbundenen Auflagen erfüllen, ohne Wenn und Aber. Bis jetzt ging das Selbstverständnis des Sportmuseums eher in Richtung "Hurra, wir sind ein Projekt!". Das muss sich jetzt ändern. Wir erwarten, dass man das Sportmuseum kein weiteres Mal ins Messer laufen lässt. Wir fordern die zuständigen Personen im Präsidialdepartement auf, die zukünftige Begleitung des Museums sehr eng aber gleichzeitig auch konstruktiv zu gestalten. Das ist keine einfache Aufgabe, aber sie ist lösbar. In diesem Sinne möchten wir die Zustimmung zum vorliegenden Ausgabenbericht beantragen und bitten Sie, dem Sportmuseum diese letzte Chance zu geben.

*David Jenny (FDP):* Die FDP-Fraktion beantragt, die Subvention abzulehnen. Der bisherige Debattenverlauf war eine Auseinandersetzung über pädagogische Rezepte. Niemand war begeistert von der Situation, vor der wir stehen. Der Bericht der BKK, der sehr sorgfältig ist, mündet in einen Beschlussantrag, der unter sieben Vorbehalten steht. Grundregel ist aber, dass man entweder Ja oder Nein sagt, aber ein Ja mit sieben Aber zeigt schon, dass das Misstrauen gross ist. Wenn das so ist, sollte man Nein sagen.

Schon der rektifizierte Bericht aus dem Jahre 2011 zählt eine Vielzahl von Bedenken auf. Schon die letzte Subvention wurde nur mit schlechtem Gewissen bewilligt. Das Sportmuseum hat damals noch eine Chance erhalten. Das sollte die letzte Chance gewesen sein, sie wurde nicht genutzt. Das Sportmuseum ist keine junge Institution, es wurde 1964 im Handelsregister eingetragen. Ihr Stiftungsrat ist sehr prominent besetzt und er steht in der Verantwortung.

Wir müssen bald wesentliche Fragen zur Museumslandschaft behandeln und grosse Beträge sprechen. Wir sollten uns nicht verzetteln und nur Museen fördern, die Leuchttürme sind und transparent. Und dazu gehört das Sportmuseum nicht. Wir ersuchen Sie daher, den Antrag abzulehnen.

### Einzelvoten

*Sibylle Benz (SP):* Das Sportmuseum befindet sich in einer finanziellen Schieflage, das hören wir im Moment sehr ausgiebig. Es stimmt auch. Sponsoren steigen aus, die Sponsoren zögern. Ich möchte mich hier klar zugunsten dieser Institution aussprechen und das Gewicht ein wenig auf die andere Seite legen. Am neuen Ort befindet sich das Museum in einer Aufbruchstimmung. Es ist modern und innovativ. Im Grunde genommen ist es eine Perle. Es ist ein Kompetenzzentrum für Sportkultur, und zwar auf zwei Ebenen: Als mobiles Museum, das sich örtlich bewegt und mit Projekten zu den Menschen hingeht und als begehbares Objektlager im Begehlager. Beides folgt modernster Museumsdidaktik und erfordert viel Arbeit und Knowhow, die zurzeit von einem motivierten Team mit viel Herzblut und Überzeugung geleistet wird.

Die Abteilung Kultur und das Präsidialdepartement müssen ein Interesse daran haben, eine solche Institution in Basel zu haben. Die Institution wagt es auch, nicht mehr funktionierende Konzepte über Bord zu werfen und in der Vermittlung ungewohnte Wege zu gehen. Solche Innovationen werden im Kulturleitbild und in Interviews immer wieder gefordert, wer es dann aber wagt, neue Ansätze zu verfolgen, wird bestraft. Besucherzahlen, Öffnungszeiten und Eintritte, welche nicht in gängige Kategorien eingeordnet werden können, zählen nicht.

Meiner Meinung nach hat das Sportmuseum eine nachgewiesene, über Basel hinaus weisende Bedeutung. Es werden hier nicht einfach ein paar alte Skis ausgestellt, sondern es geht um Sportgeschichte, und Sportgeschichte ist auch Sozialgeschichte, und sie kann in der hier praktizierten Form gerade auch ein museumsungewohntes Publikum erreichen. Diese Institution braucht jetzt vor allem eine Atempause, um sich zu entwickeln. Es ist auch vorstellbar, sich dafür einzusetzen, dass das Sportmuseum ein Bestandteil des Landesmuseums wird. In der Zwischenzeit aber können wir uns dieses moderne und spannende Museum leisten.

*Urs Müller (GB):* Ich bekenne mich, ich bin ein flammender Befürworter des Sportmuseums, weil es eines der wenigen Museen ist, wo ich mich auch wohl fühle und wovon ich etwas zu verstehen meine. Das Museum wurde vor ein paar Jahren auf völlig neue Beine gestellt, und mit dem Museum, das wir seit 1964 kennen, als die Schlitten ziemlich verstaubt irgendwo an der Missionsstrasse herumstanden, hat es nichts mehr zu tun. Im Rahmen der Euro08 haben wir vom Internetmuseum erfahren. Von dem wurde heute gar nicht geredet, und dieses kann man auch nicht mit Besucherzahlen beziffern, es ist bei den Eintritten nicht berücksichtigt. Aber das Museum hat viele Ansätze. Es hat zum Beispiel einen Wimpel des ehemaligen Grossratskollegen Ruedi Vogel, der 1972 als Boxer im Fliegengewicht die Schweiz an der Olympiade in München vertreten hat. Es macht wirklich eine Verbindung zu unserer Region, und das Museum ist hier entstanden.

Sie haben wahrscheinlich in den vergangenen Jahren gemerkt, dass die Führung des Museums nicht ganz den Normen

entspricht, mit denen Museen üblicherweise geführt werden. Deshalb sind auch die finanziellen Probleme entstanden. Wir müssen aber weitermachen und die Subventionen bewilligen. Wenn wir sie heute nicht bewilligen, dann bedeutet das sehr schnell das Aus.

Ich will auch transparent machen, dass meine Tochter Mitglied des Stiftungsrats ist. Ein anderer Stiftungsrat ist vorher mindestens durch eine Zwischenfrage aufgefallen. Vielleicht sagt er selbst noch etwas zum Museum und zu seinen Schwierigkeiten, das wäre vielleicht sinnvoll. Aber ich möchte Sie wirklich bitten, diese Subvention jetzt zu sprechen. Dann soll das Präsidialdepartement, das dem Sport vielleicht nicht ganz so nahe ist, über seinen Schatten springen und eine schlaue Lösung finden, mit oder ohne den Kanton Basel-Landschaft. Auf jeden Fall soll das Sportmuseum in unserer Region erhalten bleiben.

*Eric Weber (fraktionslos):* Das Sportmuseum ist sehr wichtig. Wenn man unterwegs ist, wird man immer gefragt "Where are you coming from?". Wenn man dann sagt von Basel, heisst es "Oh, FC Basel!". Ich hoffe, dass wir die Fussball Europameisterschaft 2020 wieder in Basel haben. Ich finde, das Sportmuseum muss bleiben. Für die Kultur wird alles Geld ausgegeben, und ich sehe nicht ein, warum man beim Sportmuseum sparen soll. Der FCB ist sehr wichtig für Basel.

Ich bitte darum, dass die Fussball Europameisterschaft wieder nach Basel kommt. Ich erinnere Sie an das Spiel, als Russland in Basel gegen Holland gewonnen hat. Meine Freunde in Russland haben alle das Spiel geschaut. Russland hat in Basel das beste Spiel gespielt. Das Sportmuseum ist für mich wie Fussball, und wenn man wieder kandidieren will, ist es wichtig, dass das Sportmuseum gut ausgerüstet ist. In diesem Sinne bitte ich, das Geld dem Sportmuseum zu geben. Basel hat immer noch genügend Geld.

### Schlussvoten

*Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD):* Wie ich es in meinem Eingangsvotum dargelegt habe, werden wir, wenn Sie den Anträgen der BKK zustimmen, alle sieben Auflagen in den Subventionsvertrag einfliessen lassen. Damit wird das Sportmuseum relativ sportliche Auflagen erfüllen müssen und hohe Hürden überspringen müssen. Eine erste Hürde wird Ende Juni 2013 zu schaffen sein. Viele der Auflagen sind auf dieses Datum terminiert. Die zweite Hürde wird sein, dass der Kanton Basel-Landschaft für das Jahr 2014 und folgende ebenso den gleichen Betrag bewilligt. Ich werde zur Überprüfung dieser Auflagen die Finanzkontrolle damit beauftragen, mir Ende Juni einen Bericht zu schreiben. Ich kann Ihnen garantieren, dass wir die Erfüllung der Auflagen engmaschig kontrollieren werden.

*Martina Bernasconi, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission:* Ich bitte Sie im Namen der BKK, diese überarbeitete Version, die wir in unserem Bericht dargelegt haben, zu genehmigen und den Subventionen des Sportmuseums zustimmen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

### Detailberatung

Titel und Ingress

Absatz 1, Ausgabenbewilligung

Absatz 2, Vorbehalte 1 - 7

Absatz 3, Kündigungsvorbehalt

Publikationsklausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

**Ergebnis der Abstimmung**

**62 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 24, 06.02.13 17:24:46]

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz für die Jahre 2013 bis 2015 werden Ausgaben von CHF 450'000 (jährlich CHF 150'000), nicht indexiert, bewilligt.

Der Beschluss steht unter folgenden Vorbehalten:

1. Der Kanton Basel-Landschaft leistet einen jährlichen Beitrag in mindestens gleicher Höhe.
2. Es wird je eine transparente Budgetierung und Rechnungslegung für das Begehlager (Sammlung) und für das Mobile Museum vorgelegt.
3. Ein Strategie- und Businessplan inkl. einer realistischen und aussagekräftigen Finanzplanung und konkreten Controllingmassnahmen 2013 bis 2017 mit dem Ziel einer finanziellen Konsolidierung wird erstellt und bis spätestens am 30. Juni 2013 vorgelegt.
4. Löhne und Drittleistungen werden in der Erfolgsrechnung separat aufgeführt und dem Begehlager bzw. dem Mobilien Museum zugeordnet.
5. Sämtliche Leistungen von Angestellten für den Basisbetrieb des Sportmuseums sind über Löhne (Lohnbuchhaltung) und nicht als Leistung Dritter abzurechnen.
6. Es wird bis spätestens 30. Juni 2013 ein Sanierungsplan über die Rückzahlung ausstehender Leistungen Dritter vorgelegt.
7. Es findet weiterhin ein regelmässiges Reporting (quartalsweise) an die Abteilung Kultur des Präsidialdepartementes statt.

Zeichnet sich bis Ende Juni 2013 ab, dass diese Auflagen nicht erfüllt werden, wird der Regierungsrat ermächtigt, das Subventionsverhältnis gemäss Absprache mit dem Fachdepartement vorzeitig zu kündigen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 17. Wahl der Begnadigungskommission, Fortsetzung

[06.02.13 17:25:00]

### Wahlergebnis

#### Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	98
Eingegangene Wahlzettel	97
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	97
Absolutes Mehr	49

#### Gewählt sind:

<b>Elisabeth Ackermann (GB)</b> , mit	96 Stimmen
<b>Peter Bochsler (FDP)</b> , mit	96 Stimmen
<b>Thomas Müry (LDP)</b> , mit	95 Stimmen
<b>André Weissen (CVP/EVP)</b> , mit	94 Stimmen
<b>Samuel Wyss (SVP)</b> , mit	94 Stimmen
<b>Ursula Metzger (SP)</b> , mit	93 Stimmen
<b>Andrea Bollinger (SP)</b> , mit	91 Stimmen
<b>Seyit Erdogan (SP)</b> , mit	91 Stimmen
<b>Sibel Arslan (GB)</b> , mit	88 Stimmen

#### Stimmen haben erhalten:

Eric Weber	3
Martin Gschwind	1
Leere Stimmen	31

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Als Präsidentin der Begnadigungskommission vorgeschlagen wird: **Ursula Metzger (SP)**.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

#### Ergebnis der Abstimmung

**86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 25, 06.02.13 17:27:05]

#### Der Grosse Rat wählt

**Ursula Metzger Junco** als Präsidentin der Begnadigungskommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 18. Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder)

[06.02.13 17:27:22, WAK]

Als Mitglieder der Disziplinarkommission vorgeschlagen sind seitens der Fraktionen:

Andrea Bollinger, Sebastian Frehner, Christoph Holenstein, Stephan Luethi-Brüderlin, Urs Müller-Walz, Ernst Mutschler, Sabine Suter, Andreas Ungricht, Heiner Vischer.

Weiter hat sich als Kandidat Eric Weber (fraktionslos) gemeldet.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl nicht mehr gegeben. Die Wahl findet daher geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben und eingesammelt.

[Wahlergebnis siehe Seite 52]

## 26. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 12.1870.01 betreffend Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums. Partnerschaftliches Geschäft

[06.02.13 17:32:19, BKK, BVD, 12.1870.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.1870.02 einzutreten und der Universität Basel ein Darlehen in der Höhe von insgesamt CHF 158'200'000 zuzüglich der erwarteten Finanzierungskosten zu bewilligen.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Wie bereits im letzten Geschäft haben Sie der dringlichen Behandlung dieses Geschäftes zu Beginn dieser Sitzung zugestimmt.

*Oskar Herzig, Referent der Bildungs- und Kulturkommission:* Vor Ihnen liegt ein Ratschlag des Baudepartements. Wegen der eminent hochschulpolitischen Bedeutung, ist der Ratschlag jedoch der Bildungs- und Kulturkommission überwiesen worden. Die Bau- und Raumplanungskommission hat sich kurz davor ebenfalls mit dem Thema beschäftigt, als es um den Bebauungsplan für das Areal Schällemätteli ging, auf dem der Neubau für das Biozentrum zu stehen kommt. Die Kolleginnen und Kollegen der BRK haben das Geschäft einstimmig genehmigt, der Grosse Rat hat in der letzten Januarsitzung den Bebauungsplan ohne Gegenstimme verabschiedet. Dieser breiten Zustimmung können Sie die enorme Bedeutung des Geschäftes für unseren Wissens- und Wirtschaftsstandort entnehmen. Auch die Bildungs- und Kulturkommission beantragt zum jetzt vorliegenden Ratschlag einstimmig die Genehmigung des regierungsrätlichen Antrags, der ein Darlehen von CHF 158'000'000 für das Laborgebäude vorsieht. Ein gleich grosses Darlehen soll vom Landrat des Partnerkantons gesprochen werden. Gesamthaft wird das Gebäude CHF 320'000'000 kosten.

Aus verschiedenen Gründen wurde die etwas komplizierte Lösung gewählt, dass die beiden Kantone der Universität ein Darlehen gewähren, damit sie in der Lage sind, das Gebäude zu errichten und anschliessend zu amortisieren. Der Hauptgrund ist, dass sich damit die Eigentumsverhältnisse einfacher gestalten lassen. Ich will aber nicht weiter auf die Feinheiten der Finanzierung eingehen, wesentlich ist, dass der Ratschlag gleich sorgfältig erarbeitet wurde wie ein Investitionsratschlag. Die beiden Kantonsparlamente werden umfassend informiert und können das Darlehen auf solider Entscheidungsgrundlage sprechen.

Viel wesentlicher ist die hochschulpolitische und damit die in unserer Region auch wirtschaftspolitische Bedeutung des Vorhabens. Ich gehe weniger auf die bautechnischen Ausführungen des Ratschlages ein, dafür haben wir unseren Baudirektor. Der Neubau des Bürozentums ist die erste Etappe für die Neugestaltung des Schällemätteli-Areals, das dem zentralen Forschungsbereich der Universität den Life Sciences zur Verfügung stehen soll. Die Strategie der Universität wird im Ratschlag unter Kapitel 2 erläutert. Sobald der Neubau bezogen ist, soll das bisherige Gebäude des Biozentrums für das Departement Biomedizin entweder totalsaniert oder durch einen Neubau ersetzt werden. Das Departement Biomedizin bildet das Bindeglied zwischen der Grundlagenforschung des Biozentrums und der klinischen Forschung im Universitätsspital, das gerade nebenan liegt. Noch vor dem Bauprojekt für die Biomedizin wird der Neubau des Departements Biosysteme der ETH in Angriff genommen, das unmittelbar daneben zu stehen kommt, wo jetzt noch das alte Frauenspital steht. Der hochattraktive Kompetenzcluster ist auch ein wesentlicher Motivator für die ETH Zürich, ihr Basler Departement weiter auszubauen.

Mit diesen Grossvorhaben knüpfen wir nach längerer Pause wieder an die Pionierzeiten des Biozentrums an. Die Region, insbesondere die beiden Trägerkantone der Universität Basel, machen hier einen ganz grossen Schritt nach vorne. Ich bin überzeugt, dass er weltweit Beachtung bringen wird und der Universität einen weiteren grossen Entwicklungsschritt erlauben wird.

Die anstehenden Grossinvestitionen sind logische Folgen der konsequenten Vorwärtentwicklung der Universität der letzten 15 Jahre. Seit ihrer Autonomie hat die Universität sich organisatorisch und auch inhaltlich grundlegend erneuert und weiterentwickelt. Seit der gemeinsamen Trägerschaft 2006 haben beide Kantone kontinuierlich in die Universität investiert. Bei allen Störgeräuschen im partnerschaftlichen Dialog zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gilt es festzuhalten, dass auf der Ebene der realen Handlung der Staatsvertrag immer eingehalten und die Universität kontinuierlich mit mehr Mitteln versehen wurde. Das ist im manchmal gereizten Schlagabtausch der letzten Zeit etwas untergegangen, und ich will der Regierung wie dem Landrat des Partnerkantons dafür meine Anerkennung aussprechen und für diese gelebte Partnerschaft danken.

Der Erfolg hat freilich auch seinen Preis. Die steigenden Mittel konnten das grosse Wachstum der Anzahl Studierenden und den verschärften internationalen Wettbewerb auffangen. Die Universität hat die Investition der Kantone auch mit steigenden Drittmittelträgen und einer Erhöhung ihrer Eigenfinanzierung honoriert. Auf jeden Franken, den wir der Universität gewähren, wird ein zusätzlicher Franken von aussen generiert. Jeder Franken, den wir nicht gewähren, heisst auch ein Verzicht auf die entsprechenden externen Einnahmen. Ich rufe das hier in Erinnerung, weil es für die Sicherung der Zukunft unseres Wissenschaftsstandorts mit dem neuen Gebäude allein nicht getan ist. In der Hardware muss auch die Software stimmen.

Die Universität hat Ende 2012 den Regierungen ihren Antrag für den Globalbeitrag 2014-2017 vorgelegt. Wir werden darüber in der zweiten Jahreshälfte zu befinden haben. Die beiden Regierungen sind jetzt am Verhandeln, und es ist zu hoffen, dass sie den Parlamenten einen Ratschlag vorlegen, der auch die weitere dynamische Entwicklung der Universität ermöglicht. Denn was nutzt der Neubau, wenn der Universität die Betriebsmittel fehlen, um ihre Strategie umzusetzen?

Sie sehen, dass unser heutiger Entscheid in einem grösseren Zusammenhang steht. Wenn ich aufgrund des einstimmigen Antrags der BKK auch Ihnen die Annahme der Vorlage ans Herz lege, empfehle ich beiden Kantonen einen herzhaften Schritt nach vorne. Investieren wir in unsere Universität, um sie international vorne zu halten. Machen wir diesen Schritt für unsere Universität, für unsere Region und insbesondere für die kommenden Generationen. Auch im Sinne eines Zeichens an unseren Nachbarkanton bitte ich Sie, einstimmig der Beschlussvorlage betreffend Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums zuzustimmen.

### Fraktionsvoten

*Heiner Vischer (LDP):* Es wurde schon einiges Richtiges gesagt, und wir scheinen uns richtig zu verhalten, wenn man die Kreuztabelle ansieht. Das ist wichtig, denn dieses Projekt ist nicht nur von der Grösse her sehr bedeutend, sondern auch vom Inhalt her und für die Zukunft der Universität und die Qualität des Forschungsplatzes Basel.

Ich möchte als jemand, der selber lange Zeit in der Forschung war und am Biozentrum gearbeitet hat, fünf Punkte erwähnen, die weiter dafür sprechen, dass der Neubau realisiert wird. Es sind Punkte, die im Ratschlag nicht so deutlich aufgeführt sind. Das eine ist die Tierhaltung. Die Tierhaltung im jetzigen Biozentrum wurde vor 40 Jahren gegründet. Sie ist zwar legal, sie wird natürlich auch kontrolliert, sie ist aber sicher sehr verbesserungswürdig. Ein zweiter Punkt ist, dass die Tierhaltung heute nicht nur am Biozentrum ist, sondern auch dezentral an verschiedenen Standorten ausgegliedert ist. In einem neuen Biozentrum kann die gesamte Tierhaltung an einem Ort konzentriert werden, was viele Vorteile mit sich bringt. Es wird nicht nur einfacher zu handhaben, sondern auch die Qualität der Tierhaltung kann wesentlich verbessert werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Hörsäle. Diese sind heute sehr klein und auf keinem guten technischen Stand. Neben dem Biozentrum gibt es noch einen Hörsaal im Pharmazentrum, aber dieser reicht bei Weitem nicht aus, um die vielen Studierenden unterzubringen. Am neuen Biozentrum würde sich die Hörsaalsituation wesentlich verbessern, es gäbe wesentlich mehr Kapazitäten. Das wäre eine sehr wichtige Erneuerung.

Ausserdem ist die moderne Forschung zu erwähnen. Die moderne Forschung hat sich auf der ganzen Anlage in den letzten 40 Jahren sehr verändert. Heute gibt es eine viel grössere Transparenz, die Laboratorien werden miteinander verbunden, der Austausch unter den Forschern wird wesentlich gefördert, und das bringt eine grosse Produktivität mit sich. Auch dies ist ein sehr wichtiger Punkt hinsichtlich eines neuen Gebäudes.

Die Anforderung der Gebäude für die Unterbringung von Forschungsinstrumenten ist heute ganz anders als vor 40 Jahren. Heute werden auch in den Labors selber MRI aufgestellt und andere Feinmessmethoden, die im heutigen Biozentrum gar nicht mehr in den Labors eingeführt werden können, weil die Rahmenbedingungen dafür nicht stimmen. Auch hier muss dringend etwas Neues geschaffen werden.

Als letzten ganz wichtigen Punkt schliesslich ist zu sagen, dass eine Universität letztendlich nur so gut ist wie ihre Forscherinnen und Forscher. Gute Forschung und gute Forscherinnen und Forscher erhält man nur, wenn man die besten Rahmenbedingungen offerieren kann. Das ist entscheidend für die Qualität der Forschung.

Es gibt also einige sehr wichtige Punkte. Wenn wir heute dem Darlehen zustimmen, senden wir damit ein wichtiges Signal an Basel-Landschaft, das bitte das Gleiche tun soll wie wir. Ich beantrage Ihnen Zustimmung.

*Martina Bernasconi (GLP):* Ich kann es kurz machen. Es freut mich sehr, Ihnen im Namen der grünliberalen Partei die Zustimmung zum Darlehen an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums zu geben. Ich möchte daran erinnern, dass wir hier sehr viel Geld sprechen. Das wird ziemlich problemlos über die Bühne gehen, aber ich finde, wir können nicht jedes Mal so viel Geld sprechen, ohne dass wirklich auch darüber gesprochen wurde.

Mit dem Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft Basel-Landschaft und Basel-Stadt von 2006 verpflichteten wir uns zur Bereitstellung einer modernen leistungsfähigen Infrastruktur. Der Bereich Life Sciences bildet einen gewichtigen Schwerpunkt sowohl unserer Universität wie auch innerhalb der Wirtschaft unserer Region. Wir können stolz sein auf unser Biozentrum und möchten, dass es sich so weiterentwickeln kann, wie es sich wünscht. Ich könnte noch Vieles dazu sagen, auch durchaus Kritisches. Ich vertraue aber der Kreuztabelle und stimme zu im Namen der grünliberalen Fraktion.

*Ernst Mutschler (FDP):* Aufgrund der schriftlichen Unterlagen und der ausführlichen Eintretens- und Vorrednervoten fasse ich mich kurz. Auch die Fraktion der FDP befürwortet die Gewährung des Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums, dies selbstverständlich unter Berücksichtigung der Bedeutung und der internationalen Ausstrahlung des Bereichs Life Science unserer Universität. Darum danke ich Ihnen im Namen der FDP für Ihre Zustimmung.

*Sibylle Benz (SP):* Wenn man den Schwerpunkt Life Science ernst nimmt und weiterhin hochkarätige Leute in Basel forschen sehen will, dann ist der vorgeschlagene Neubau zwingend, auch für die SP-Fraktion. Die Life Sciences können uns als Politiker dieser Region nicht egal sein, sie sind ein wichtiges Bein des Wissenschafts- und Werkplatzes Basel. Wir sind aber auch permanent gefordert, den Dialog über die Forschungs- und Technikfolgenabschätzung zu führen, und es ist keine Kleinigkeit, das Darlehen an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums in der Höhe von CHF 158'000'000 zu sprechen.

Es ist keine Kleinigkeit, aber auch die SP unterstützt den Antrag der BKK aus voller Überzeugung und auch im Vertrauen darauf, dass in diesem partnerschaftlichen Geschäft auch der Partnerkanton Basel-Landschaft zu gleichen Stücken mitziehen wird und somit das Biozentrum in seinem Neubau eine Erfolgsgeschichte werden kann und weiterhin sein wird, so wie es das bisherige Biozentrum war.

### Schlussvoten

*RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD):* Der Kommissionssprecher hat die herausragende Bedeutung, die der Neubau für das Biozentrum und für den Wissens- und Forschungsstandort Basel haben wird, sehr schön herausgestrichen. Neben den wissenschaftlichen Aspekten ist dieser Bau insofern bemerkenswert, als dass es das höchste Hochbauvorhaben ist, das die öffentliche Hand je realisiert hat in unserem Kanton, wenn wir vom Bau des Basler Münsters absehen.

In finanzieller Hinsicht liegt die Dimension des ganzen Vorhabens etwa bei einer Drittel Milliarde und wir sind sehr froh, dass wir diesen doch sehr stattlichen Betrag nicht alleine als Kanton Basel-Stadt aufbringen müssen, sondern auf die tatkräftige Mithilfe unseres Partnerkantons Basel-Landschaft zählen dürfen. Dieser wird sich zu gleichen Teilen an diesem wichtigen Bau beteiligen. Natürlich freuen wir uns auch auf die Bundeshilfe.

Insgesamt umfasst das Gebäude an sich ein Volumen von rund einem Viertel Milliarde, hinzu kommen die Ausstattung, der Umzug, Baurechtszinsen usw. Diese einhellige Zustimmung im Grossen Rat ist auch ein starkes, positives Signal an unseren Partnerkanton, wo ich ebenfalls auf eine breite Zustimmung dieses wegweisenden Projektes hoffe. Ich freue mich heute schon, Sie in nicht allzu weiter Ferne zur Grundsteinlegung des neuen Biozentrums einzuladen.

*Oskar Herzig, Referent der Bildungs- und Kulturkommission:* Ich möchte mich bei den Votanten bedanken für die ergänzenden Hinweise. Zusammenfassend möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, dass die Rahmenbedingungen stimmen müssen, für die Studierenden, für die Forscher. Daraus resultieren für die Region zukunftsweisende optimale Voraussetzungen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Ziffer 1, Ausgabenbewilligung

Ziffer 2, betriebliche und finanzielle Folgekosten

Ziffer 3, Lohn- und Materialpreisänderungen

Ziffer 4, Partnerschaftsvorbehalt

Publikations- und Referendumsklausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

**Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** *[Abstimmung # 26, 06.02.13 17:53:16]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Regierungsrat wird ermächtigt, der Universität Basel für den Neubau des Biozentrums ein verzinsliches und rückzahlbares Bruttodarlehen aus dem Verwaltungsvermögen in der Höhe von CHF 158'200'000 (Preisbasis Baukostenindex Hochbau Nordwestschweiz = 119.7 Punkte per Oktober 2011) zu gewähren, abzüglich der erwarteten Bundessubventionen (Prognose: CHF 34'300'000) und zuzüglich der erwarteten Finanzierungskosten während der Projektphase (Prognose: CHF 5'600'000).
2. Die betrieblichen und finanziellen Folgekosten des Neubaus Biozentrum ab Betriebsbeginn im 2017 sind im Globalbeitrag der Universität Basel ab 2017 zu berücksichtigen.
3. Lohn- und Materialpreisänderungen gegenüber der Preisbasis vom Oktober 2011 des Kredites unter Ziffer 1 werden mitbewilligt und sind in den Abrechnungen nachzuweisen. Zur Anwendung kommt der Baupreisindex Hochbau Region Nordwestschweiz.
4. Diese Beschlüsse erfolgen unter dem Vorbehalt der gleichlautenden Zustimmung durch den Landrat des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

## 18. Wahl der Disziplinarkommission, Fortsetzung

[06.02.13 17:53:32]

### Wahlergebnis

Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	92
Eingegangene Wahlzettel	92
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	92
Absolutes Mehr	47

### Gewählt sind:

<b>Christoph Holenstein</b> , mit	91 Stimmen
<b>Ernst Mutschler</b> , mit	91 Stimmen
<b>Heiner Vischer</b> , mit	91 Stimmen
<b>Sabine Suter</b> , mit	90 Stimmen
<b>Andreas Ungricht</b> , mit	89 Stimmen
<b>Sebastian Frehner</b> , mit	88 Stimmen
<b>Stephan Luethi-Brüderlin</b> , mit	88 Stimmen
<b>Andrea Bollinger</b> , mit	87 Stimmen
<b>Urs Müller-Walz</b> , mit	86 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Eric Weber	1
Vereinzelte	3
Leere Stimmen	23

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Als Präsident der Disziplinarkommission vorgeschlagen wird: **Sebastian Frehner** (SVP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**81 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 27, 06.02.13 17:55:25]

### Der Grosse Rat wählt

**Sebastian Frehner** als Präsidenten der Disziplinarkommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**Sitzungsunterbruch**

17:55 Uhr

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Damit sind wir bereits am Ende des offiziellen Teils unseres ersten Sitzungstages. Es ist kurz vor sechs und es würde nicht mehr reichen, ein weiteres Traktandum zu behandeln. Ich lade Sie alle herzlich ein in die Landgemeinde Riehen an einen Empfang.

**Schluss der 2. Sitzung**

17:57 Uhr

---

**Beginn der 3. Sitzung**

Donnerstag, 7. Februar 2013, 09:00 Uhr

**19. Wahl der Wahlvorbereitungskommission (7 Mitglieder)**

[07.02.13 09:01:42, WAK]

Die Kandidaturen von Eric Weber für die Wahl der Kommissionen in Trakt. 19-22 wurden zurückgezogen.

Als Mitglieder der Wahlvorbereitungskommission vorgeschlagen sind: Patrizia Bernasconi, Lukas Engelberger, Martin Lüchinger, Andreas Sturm, Andreas Ungricht, Patricia von Falkenstein, Andreas Zappalà.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

**Abstimmung**

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

**82 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 28, 07.02.13 09:03:30]

**Der Grosse Rat wählt**

als **Mitglieder** der Wahlvorbereitungskommission:

**Patrizia Bernasconi** (GB)  
**Lukas Engelberger** (CVP/EVP)  
**Martin Lüchinger** (SP)  
**Andreas Sturm** (GLP)  
**Andreas Ungricht** (SVP)  
**Patricia von Falkenstein** (LDP)  
**Andreas Zappalà** (FDP)

Als Präsident der Wahlvorbereitungskommission vorgeschlagen wird: **Andreas Zappalà** (FDP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

**Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

**83 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 29, 07.02.13 09:04:24]

**Der Grosse Rat wählt**

**Andreas Zappalà** als Präsidenten der Wahlvorbereitungskommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 20. Wahl der Kommission für Denkmalsubventionen (9 Mitglieder)

[07.02.13 09:04:59, WAK]

Als Mitglieder der Kommission für Denkmalsubventionen vorgeschlagen sind:

Beatrice Alder, Stefan Bringolf, Michael Koechlin, Roland Lindner, Clemens Merkle, Francisca Schiess, Roland Vöggtli, Esther Weber und Christoph Wydler.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**87 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 30, 07.02.13 09:06:24]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Kommission für Denkmalsubventionen:

**Beatrice Alder** (GB)  
**Stefan Bringolf** (SP)  
**Michael Koechlin** (LDP)  
**Roland Lindner** (SVP)  
**Clemens Merkle** (GLP)  
**Francisca Schiess** (SP)  
**Roland Vöggtli** (FDP)  
**Esther Weber** (SP)  
**Christoph Wydler**(CVP/EVP)

Als Präsident der Kommission für Denkmalsubventionen vorgeschlagen wird: **Stefan Bringolf** (SP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**88 Ja, 2 Nein.** [Abstimmung # 31, 07.02.13 09:07:12]

### Der Grosse Rat wählt

**Stefan Bringolf** als Präsidenten der Kommission für Denkmalsubventionen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 21. Wahl von acht Mitgliedern des Erziehungsrates

[07.02.13 09:07:29, WAK]

Als Mitglieder des Erziehungsrates vorgeschlagen sind:

Roland Engeler-Ohnemus, Beatrice Haller, Oskar Herzig-Jonasch, Danielle Kaufmann, Silva Keberle, Beatrice Messerli, Silvia Rietschi Jenny, Harald Schmid.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 32, 07.02.13 09:08:34]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder des Erziehungsrates:

**Roland Engeler-Ohnemus** (SP)

**Beatrice Haller** (FDP)

**Oskar Herzig-Jonasch** (SVP)

**Danielle Kaufmann** (SP)

**Silva Keberle** (LDP)

**Beatrice Messerli** (GB)

**Silvia Rietschi Jenny** (CVP/EVP)

**Harald Schmid** (GLP)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Präsident des Erziehungsrates ist von Amtes wegen der Vorsteher des Erziehungsdepartements.

## 22. Wahl des Bankrates der Basler Kantonalbank (13 Mitglieder)

[07.02.13 09:09:07, WAK]

Als Mitglieder des Bankrates der Basler Kantonalbank vorgeschlagen sind:

Andreas C. Albrecht, Sebastian Frehner, Jan Goepfert, Helmut Hersberger, Christine Keller, Markus Lehmann, Ralph Lewin, Ernst Mutschler, Hans Ulrich Scheidegger, Karl Schweizer, Jürg Stöcklin, Andreas Sturm, Karoline Sutter.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**82 Ja, 2 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 33, 07.02.13 09:10:22]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder des Bankrates der Basler Kantonalbank:

**Andreas C. Albrecht** (LDP)  
**Sebastian Frehner** (SVP)  
**Jan Goepfert** (SP)  
**Helmut Hersberger** (FDP)  
**Christine Keller** (SP)  
**Markus Lehmann** (CVP/EVP)  
**Ralph Lewin** (SP)  
**Ernst Mutschler** (FDP)  
**Hans Ulrich Scheidegger** (GB)  
**Karl Schweizer** (SVP)  
**Jürg Stöcklin** (GB)  
**Andreas Sturm** (GLP)  
**Karoline Sutter** (SP)

Als Präsident des Bankrates der Basler Kantonalbank vorgeschlagen wird: **Andreas C. Albrecht** (LDP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**77 Ja, 2 Nein, 12 Enthaltungen.** [Abstimmung # 34, 07.02.13 09:11:18]

### Der Grosse Rat wählt

**Andreas C. Albrecht** als Präsidenten des Bankrates der Basler Kantonalbank.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 27. Ratschlag Staatsbeiträge an die Stiftung Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel (VHS BB) für die Jahre 2013 bis 2016

[07.02.13 09:12:01, BKK, ED, 12.1720.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.1720.01 einzutreten und der Stiftung Volkshochschule und Seniorenuniversität Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 2'765'524 zu bewilligen.

*Annemarie Pfeifer, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission:* Die Volkshochschule und die Seniorenuniversität bieten wichtige Angebote im Bildungsbereich an. Die BKK hat sich an einer Sitzung intensiv mit deren Angeboten und Zielsetzungen auseinandergesetzt. Die Vorlage zeigt auf, dass die beiden Institutionen stark in der Bevölkerung verankert sind und einen wichtigen Mosaikstein in der vielfältigen Palette der Bildungsangebote bilden. Sie bieten auch Nischenangebote an, welche nicht von privaten Anbietern vermittelt werden.

Auf folgende Themen wurde bei der Beratung besonderes Gewicht gelegt:

1) Eine leichte Erhöhung des Globalbeitrags: Die Subvention von rund CHF 1'300'000 jährlich wird leicht erhöht um CHF 113'000. Dieser Betrag wird von Basel-Stadt und Basel-Landschaft je zur Hälfte getragen. Die Erhöhung resultiert aus der angenommenen zukünftigen Teuerung und aus einer strategischen Weiterentwicklung. Eine Überprüfung des Angebots und der didaktischen Hilfsmittel ist notwendig. Gerade Sprachkurse werden heute vermehrt mit den Möglichkeiten, welche die moderne Technik bietet, unterstützt.

2) Ein bedarfsorientiertes Angebot: Die Kommission hat sich einige Gedanken zum Angebot gemacht. Als wichtig erachtet wurden die Alphabetisierungskurse. Der Analphabetismus ist heute noch immer ein grosses gesellschaftliches Problem. Es gibt eine nicht geringe Anzahl Erwachsener, die in der Schule die notwendigen Grundkenntnisse nicht gelernt oder wieder verloren haben. Für das Bestehen in der Arbeitswelt ist das eine enorme Herausforderung. Die Volkshochschule muss in diesem Bereich ihre Anstrengungen noch verstärken, damit die richtigen Personen vom Angebot erfahren. Der Leistungsausbau berücksichtigt die gewachsene Sprachenvielfalt. Die Sprachkurse sollen noch besser organisiert werden. Die Kommission empfiehlt, die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet zu analysieren, damit kein Überangebot geschaffen wird. Eine Subventionierung und damit ein Eingriff in den Markt ist dann gerechtfertigt, wenn die richtigen Bevölkerungsgruppen angesprochen werden. Das Bildungsangebot soll niederschwellig bleiben und ein breites Angebot beinhalten. Somit sollen Kurse subventioniert werden, welche bei privaten Anbietern nicht kostendeckend angeboten werden können. Die VHS-Kurse haben eine starke soziale Komponente. Hier trifft sich eine Gemeinschaft, die immer wieder etwas gemeinsam unternimmt.

3) Angemessene Löhne ausrichten: Laut Angaben der Verwaltung sind die Festangestellten jetzt dank dem Teuerungsausgleich wieder adäquat bezahlt, aber der Lohn ist noch etwas niedriger als beim Staat. Die Kommission ist auch der Meinung, dass Angestellte der Universität ihre Vorlesungen im Rahmen ihrer bezahlten Dozententätigkeit ausüben sollen.

4) Die Kommission ist erfreut, dass auf diesem kleinen Gebiet die Zusammenarbeit mit Basel-Landschaft komplikationslos verläuft. Das Angebot soll weiterhin der ganzen Region offen stehen.

Die Kommission beschloss einstimmig Zustimmung zur Vorlage.

*Patrizia Bernasconi (GB):* Das Geschäft ist unbestritten. Ich erlaube mir trotzdem, im Namen des Grünen Bündnisses ein paar Bemerkungen zu diesem Ratschlag zu machen.

Wir stimmen diesem Antrag zu und möchten damit auch unsere Wertschätzung für die Arbeit der Volkshochschule äussern. Die Volkshochschule hat in den letzten Jahren recht viele Anstrengungen unternommen, um ihre finanzielle Situation bzw. ihre Reserven zu verbessern. Dies ist ihr gelungen, in erster Linie durch eine restriktive Lohnpolitik. Wir stimmen also dem erhöhten Staatsbeitrag zu, er ist notwendig. Endlich werden die Löhne der Teuerung angepasst. Hier besteht ein langjähriger Nachholbedarf. Dieser erhöhte Staatsbeitrag ist auch nötig, damit die Volkshochschule wichtige strategische Entwicklungen vornehmen kann.

Wir freuen uns, dass die Volkshochschule mit neuem Elan ihre Aufgaben und Ziele in den nächsten vier Jahren erfüllen kann.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich finde es schade, dass man hinter dem Rednerpult nicht mehr sitzen kann und dass man stehen muss. Ich stehe nicht gerne, deswegen werde ich auch nicht so oft hier sprechen.

Volkshochschulen sind auch in Deutschland sehr beliebt. Die Volksaktion ist aber gegen diesen Ratschlag. Mich stört das Thema Integration. Bei Punkt 5.2 steht: "Wenn möglich bietet die Stiftung entweder selber Zertifikats- oder Diplomprüfungen an oder bereitet die Teilnehmenden auf entsprechende externe Prüfungen vor. Im Bereich Deutsch als

Fremdsprache fördern die Kurse die sprachliche Integration unter anderem für den Zugang zur Universität.”

Wenn wir von der Volksaktion das Wort Integration hören, klingeln bei uns die Alarmglocken. Ich möchte in diesem Zusammenhang kurz erklären, wie ich Integration sehe. Ich habe selber zwei Töchter. Die grössere der beiden ist 15 Jahre alt und hat einen türkischen Freund. Meine kleine Tochter ist 6 Jahre alt, ihre beste Freundin ist eine Türkin. Zu uns kommen auch türkische Kinder zum Spielen, und das ist alles okay. Persönliche Freundschaften sind aber etwas anderes als Politik. Ich bin mit türkischen Grossratskollegen per Du, ich bin traurig, dass mein Kollege Mehmet Turan nicht mehr im Grossen Rat ist.

Aber ich möchte das Problem Integration auf den Punkt bringen und sagen, warum wir der VHS kein Geld geben möchten. Ich habe in der türkischen Zeitung “Merhaba” zum Thema Integration Folgendes geschrieben: “Das ist das Problem zwischen Ausländern und Schweizern. Grossfirmen wie Novartis, UBS, Swiss oder Clariant profitieren von den billigen Ausländern. Sie machen den Gewinn.” Das Problem ist, dass diese Firmen die Folgekosten nicht kosten. Ich habe in der Basler Zeitung im September 1983 geschrieben, dass es nicht in Ordnung ist, dass wir Schweizer die Folgekosten tragen müssen. Und darum sagt die Volksaktion gegen zu viele Ausländer, dass wir keinen Beitrag geben wollen an Integration. Mein Wähler verlangt das von mir. Auch diese Woche bin ich jeden Tag bei Leuten zu Hause zum Mittagessen eingeladen. Diese Leuten sagen mir, ich solle über das Kleinbasel reden. Sie haben bestimmt auch das Interview mit Felix Eymann gesehen über Kleinbasel. Sicherlich hat der Recht. Aber man müsste auch im Parlament darüber reden und nicht nur in der Zeitung Interviews geben.

Wir wollen kein Geld für Integration ausgeben. Viele Schweizer kommen zu mir und sagen, sie wüssten nicht mehr, wie sie die Krankenkasse oder die Steuern bezahlen sollen. Deswegen wollen wir kein Geld ausgeben für Sprachkurse für Ausländer zur Integration. Die Firmen, die die Leute einstellen, sollen die Folgekosten zahlen, und nicht die Steuerzahler. Das ist es, was viele Leute wütend macht.

Deswegen bin ich mit diesem Ratschlag nicht einverstanden, und ich werde dagegen stimmen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

#### **Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel (wird formell angepasst)

#### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**82 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 35, 07.02.13 09:25:09]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Staatsbeiträge an die Stiftung Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel (VHS BB) werden für die Jahre 2013 bis 2016 Ausgaben von CHF 2'765'524 (jährlich CHF 691'381), nicht indexiert, bewilligt.

Kostenstelle 2718410 / Kostenart 363420 / Auftrag 271841000001.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

## 29. Vorgezogene Budgetpostulate 2014 1 - 5

[07.02.13 09:25:29]

### 1. Vorgezogenes Budgetpostulat Lorenz Nägelin betreffend Dienststelle Nr. 520 / Staatsanwaltschaft / Personalaufwand / JSD

[07.02.13 09:25:29, 12.5275.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 12.5275 entgegenzunehmen.

*Christian von Wartburg (SP):* Wir haben das Thema schon am Ende der letzten Legislatur beraten und damals das Budgetpostulat von Lukas Engelberger überwiesen. Damit haben wir im Sinne einer ersten Etappe Hand geboten, zusätzlich sechs Stellen für Kriminalisten zu schaffen resp. dies zu prüfen, da an dieser Stelle ein konkreter Engpass ausgemacht wurde. Es ist uns von der SP Fraktion wichtig, dass Strafverfahren beförderlich behandelt werden und innert nützlicher Frist abgeschlossen werden können. Das ist ein Aspekt der Prävention. Alles Weitere werden wir sehen nach einer sorgfältigen Analyse der Kriminalstatistik im Frühling und nach Vorliegen des Berichts, der an der Universität Bern in Auftrag gegeben wurde und der noch ein wenig auf sich warten lassen wird. Aber im Moment ist kein Anlass gegeben, ein weiteres Budgetpostulat in dieser Richtung zu überweisen. Die SP-Fraktion bittet Sie deshalb, das vorgezogene Budgetpostulat nicht zu überweisen.

*André Auderset (LDP):* Die Fraktion der liberaldemokratischen Partei tut sich naturgemäss eher schwer damit, einer Vermehrung der Ausgaben zuzustimmen. Sie tut es eigentlich auch hier nicht wirklich, da wir im Moment nur darüber abstimmen, ob der Regierungsrat einen Bericht zu diesem Anliegen verfassen soll. Wir meinen, dass er das soll, und zwar auch deswegen, weil wir im Januar bereits im Sinne einer Notübung einer Anhebung des Ausgabenplafonds für die Staatsanwaltschaft zugestimmt haben, damit zusätzliche Personen zur Beförderung der Strafverfahren eingestellt werden können.

Hier geht es darum, eine Bestätigung dieser Notübung zu erreichen. Wir haben das gegen den Willen des damals zuständigen Departementsvorstehers getan. Nun ist ein neuer Departementsvorsteher da, und er soll die Möglichkeit haben, sich hierzu zu äussern. Ich finde es falsch, auf einen Bericht zu warten, der vom früheren Departementsvorsteher auf den Sankt Nimmerleinstag angekündigt wurde. Da wir nur eine gewisse Anzahl von Personen bei der Staatsanwaltschaft neu einstellen können, sollte man hier etwas vorausschauend handeln.

Deshalb ist die Fraktion der liberaldemokratischen Partei dafür, dieses vorgezogene Budgetpostulat zu überweisen, in der Meinung, dass der neue Departementsvorsteher somit auch die Möglichkeit hat, sich und seine Ideen zu erklären und wir dann in besserer Kenntnis der Tatsachen entscheiden können. Ich bitte Sie deshalb im Namen der LDP, das Budgetpostulat zu überweisen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich spreche nur zu Angelegenheiten, die mich persönlich betreffen und bei denen ich mich auskenne. Die Volksaktion möchte das Budgetpostulat nicht überweisen, weil die Staatsanwaltschaft nicht mein Freund ist. Seit dem Fall der Visumpflicht für Bürger Bulgariens und Rumäniens nutzt vor allem eine ethnische mobile Minderheit aus dem Balkan diese Rechtslage aus, um auf Dauer oder zumindest in regelmässigen Intervallen Basel heimzusuchen. Deshalb ist die Staatsanwaltschaft wichtig. Manchmal sind Lösungen von Problemen gar nicht schwierig. Aufgrund der rasant gestiegenen Einbruchsdelikte in Basel, die überwiegend von osteuropäischen Banden oder auch von Einzeltätern begangen werden, könnte Basel zwischendurch wieder Grenzkontrollen einführen und so die Flucht dieser Kriminellen erschweren. Bedenkt man, dass Frankreich unter Staatspräsident Nicolas Sarkozy sogar massenhaft Zigeuner in ihre Heimat abschob, dann sieht man, dass es möglich ist, etwas gegen politische Missstände zu tun, wenn nur der Wille der Herrschenden vorhanden ist.

In Basel - und das ist nun vor allem an die rot-grüne Regierung gerichtet - fehlt es weniger an der gesetzlichen Handhabe als vielmehr am politischen Willen. Einen guten Kommentar hat Raphael Suter vor zwei Tagen in der Basler Zeitung gebracht im Zusammenhang mit der Villa Rosenau, die abgebrannt wurde. Die Staatsanwaltschaft beklagt sich, sie hätte zu wenig Leute. Rot-grün findet Multikulti chic. Wir leben ja alle davon: die Anwälte, die Sozialarbeiter, die Banken, aber die arme Basler Bevölkerung muss deswegen bluten. Und so geht es nicht. Wir sind hier, um endlich aufzuräumen. So will es mein Wähler, so spricht der einzige Wahlsieger 2012.

*Urs Müller (GB):* Die Fraktion des Grünen Bündnisses hat sich in den vergangenen Wochen eingehend mit der personellen Situation beim Kriminalkommissariat und bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt. Wir haben im Rahmen der Budgetdebatte sechs zusätzliche Stellen bewilligt, demnächst wird die entsprechende Vorlage in den Grossen Rat kommen. Das ist es auch, was die Staatsanwaltschaft aus unserer Sicht aufnehmen kann. Da die meisten Leute im Kriminalkommissariat ehemalige Polizisten sind, wird so nicht gleich an einem anderen Ort eine Lücke geschaffen, sondern es kann eine kontinuierliche Entwicklung stattfinden.

Desweiteren gilt es seit längerer Zeit, eine Studie vorzulegen, welche Auswirkungen die verschiedenen Veränderungen in der Strafprozessordnung, die Zunahme der Delikte etc. für die Staatsanwaltschaft und für die Gerichte bedeutet. In diesem Sinne sind die sechs zusätzlichen Stellen, die wir im Dezember beschlossen haben, eine sinnvolle Ergänzung zu dem, was sich aktuell an Mehraufwand ergibt. Auch hinsichtlich der Qualität der Arbeit, die geleistet werden muss, ist das so machbar. Mehr liegt ganz offensichtlich nicht drin. In diesem Sinne ist es besser, den pragmatischen Weg zu gehen.

Das vorgezogene Budgetpostulat steht quer in der Landschaft, wir sollten die Ergebnisse der Studie abwarten. Deshalb sagen wir jetzt Nein und möchten Nägel mit Köpfen machen, wenn das Budgetpostulat definitiv kommt. Dann wird die Mehrheit der Fraktion dem Antrag zustimmen, denn dies ist etwas, das die Staatsanwaltschaft leisten kann und das der Gesamtsicherheit im Kanton nützt. Ähnlich wie bei der Bewilligung von mehr Stellen bei der Polizei machen wir auch hier keine Hauruck-Übung, indem wir 30 neue Stellen beim Kriminalkommissariat und bei der Staatsanwaltschaft schaffen und dabei eine grosse Lücke bei der Polizei aufmachen. Das ist nicht sinnvoll, deswegen sind wir gegen das vorgezogene Budgetpostulat.

*RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD):* Der Grossratspräsident hat gesagt, dass der Regierungsrat im Januar entschieden hat, dieses vorgezogene Budgetpostulat nicht entgegenzunehmen. Er hätte aber auch im Februar nicht anders entschieden. Ich bin mit sehr vielem einverstanden, was André Auderset gesagt hat, komme aber zu einem anderen Schluss. Er hat ausgeführt, dass er heute nicht abschliessend sagen möchte, dass es dieses Geld braucht, er wünscht sich vielmehr eine Auslegeordnung, wohin sich die Staatsanwaltschaft entwickeln soll oder kann. Wir gehen mit ihm einig, dass es diese Auslegeordnung braucht, und es war von einem Bericht die Rede, den sich der Grosse Rat wünscht.

Es gibt tatsächlich drei Berichte, die im Raum stehen. Der eine betrifft die Geschäftslastanalyse, die ab Frühjahr 2013 laufen wird und Ende 2014 vorliegen dürfte. Einen anderen Bericht würden Sie erhalten, wenn Sie dieses vorgezogene Budgetpostulat heute überweisen. Es wird aber ohnehin einen Bericht geben, nämlich zum Budgetpostulat von Lukas Engelberger. Sie haben dieses überwiesen, und der Regierungsrat muss hierzu nun berichten, ob das Anliegen ins Budget eingestellt werden soll. Das Budgetpostulat von Lukas Engelberger ist also noch nicht umgesetzt. Genau in diesem Zusammenhang werden wir ausführen, wie die Situation aussieht, und dann können Sie im April aufgrund dieses Berichts definitiv entscheiden, ob Sie die Mehrausgaben, die Lukas Engelberger für 2012 anregt und damit auch für die Folgejahre, ins Budget einstellen wollen. Einen Bericht werden Sie also aufgrund Ihres Entscheids im Januar ohnehin erhalten, hierfür braucht es dieses vorgezogene Budgetpostulat für das Jahr 2013 nicht.

Man kann auch sagen, dass das Budgetpostulat Lukas Engelberger ohnehin eher prospektiv für das Jahr 2013 gelten würde. In diesem Sinne scheint es uns doppelt gemoppelt, wenn Sie dieses vorgezogene Budgetpostulat überweisen würden, auch wenn die Beträge etwas anders sind. Wir stellen klar in Aussicht, zum Budgetpostulat Lukas Engelberger ausführlich zu berichten, und dann können Sie gestützt auf unsere Empfehlung definitiv entscheiden, was kurzfristig personell zu unternehmen wäre. In diesem Sinne beantragt Ihnen der Regierungsrat, dieses vorgezogene Budgetpostulat nicht zu überweisen.

*Lorenz Nägelin (SVP):* An der letzten Grossratssitzung wurde das Budget JSD zugunsten der Staatsanwaltschaft gegen den Willen des Regierungsrats aufgestockt. Gerade dies ist der grosse Unterschied zum vorgezogenen Budgetpostulat, welches bereits im Herbst eingereicht wurde. Deshalb bin ich nicht der Meinung, dass es quer in der Landschaft steht, vielleicht war es auch Vorbereiter für die beiden anderen Budgetpostulate der CVP und der GLP.

Das vorgezogene Budgetpostulat bezieht den Regierungsrat mit ein. Das ist das Entscheidende. Wir als Grossrätinnen und Grossräte werden schriftlich informiert, was die Regierung zukünftig in Bezug auf die Staatsanwaltschaft zu tun beabsichtigt und welches ihre Ziele sind. Das Budget 2013 haben wir an der letzten Sitzung verschlechtert. Dieses Postulat betrifft aber das Budget 2014.

Mehrfach hat der erste Staatsanwalt die chronische Überbelastung der Strafverfolgungsbehörde erwähnt. Es werden 30 Stellen gefordert. Die geringe Aufstockung durch den Regierungsrat bewirkt lediglich, dass bereits begangene Straftaten nicht verjähren. Zahlen belegen eindeutig, dass die Staatsanwaltschaft dringend mehr Personal braucht. Bis im Herbst waren 60% mehr Einbruchsdelikte als in derselben Periode vor einem Jahr registriert worden. Die Zahl der hängigen Verfahren wegen Einbruchs, bei denen Täter noch nicht ermittelt werden konnten, ist dramatisch angestiegen. Ende Juli 2012 waren es bereits 42% mehr als Ende 2011.

Im vorgezogenen Budgetpostulat werden CHF 4'200'000 für 30 Stellen gefordert. In der Zwischenzeit hat sich mit der Budgeterhöhung für rund sechs bis acht Stellen etwas getan, was mich sehr erfreut. Es ist mir auch klar geworden, dass die Staatsanwaltschaft nicht mehr als rund sechs Personen jährlich ausbilden kann. Dies bedeutet aber nicht, dass dieses Budgetpostulat obsolet geworden ist. Im Gegenteil, die personelle Zukunft muss im Auge behalten werden und ein Bericht über dieses Anliegen würde eine richtige Entscheidungsgrundlage bieten, sodass nicht an der nächsten Budgetsitzung ohne Informationen mehr Geld gefordert werden muss. Alle Fraktionen in der alten Zusammensetzung haben die Problematik erkannt und der Aufstockung zugestimmt. Auch Christian von Wartburg hat erwähnt, dass dies nur die erste Etappe war, und ich bitte Sie nun, die zweite Etappe anzugehen und das vorgezogene Budgetpostulat zu überweisen.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**25 Ja, 59 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 36, 07.02.13 09:43:15]

### Der Grosse Rat beschliesst

das Vorgezogene Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Vorgezogene Budgetpostulat 12.5275 ist **erledigt**.

## 2. Vorgezogenes Budgetpostulat Dominique König-Lüdin betreffend Dienststelle Nr. 220 / Leitung Bildung / Personalaufwand / ED

[07.02.13 09:43:30, 12.5371.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 12.5371 entgegenzunehmen.

*Michael Koechlin (LDP):* Ich spreche als Fraktions- und nicht als Einzelsprecher. Die Fraktion der liberaldemokratischen Partei ist gegen die Überweisung dieses Budgetpostulats. Sie ist aber nicht gegen die Schulsozialarbeit, das ist ein ganz entscheidender Punkt. Es geht uns um den Ablauf und um das Verfahren. Schulsozialarbeit auf der Stufe der Primarschule ist unbestritten, sie ist auch vom Departement her unbestritten. Problematisch erscheint uns, für eine Sache, die in einem hoch komplexen Feld angesiedelt ist, auf der Überholspur des Budgetpostulats Mittel zu bewilligen, für die es noch kein konkretes Konzept gibt.

Es gibt seit 1. Januar 2013 ein neues Kinder- und Erwachsenenschutzgesetz. Dieses wird umgesetzt. Die Schulsozialarbeit bewegt sich in einem Feld mit anderen wichtigen Partnerinnen und Partnern, und wir sind der Überzeugung, dass es eine grosse Unterstützung für eine sinnvolle und sorgfältig geplante Schulsozialarbeit auf der Stufe Primarschule geben wird, wenn denn der entsprechende Bericht ins Parlament kommt.

Aus Gründen des Vorgehens und nicht aus Ablehnung der Sache bittet die liberaldemokratische Fraktion, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* hält fest, dass bei der Überweisung von Vorstössen nicht zwischen Fraktions- und Einzelvoten unterschieden wird, da die Redezeit einheitlich fünf Minuten beträgt.

*Franziska Reinhard (SP):* Mit der Schulsozialarbeit etabliert sich seit Beginn der 1990-er Jahren ein neues Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe. Das Besondere an diesem Handlungsfeld ist, dass Fachkräfte der sozialen Arbeit ihr Büro direkt im Schulhaus haben und dort Beratung und Krisenintervention anbieten. Sie führen Projekte mit Gruppen und in Klassen durch, beteiligen sich an sozialen und pädagogischen Fragen der Schulentwicklung und bieten Eltern eine Kontaktmöglichkeit zu erzieherischen Fragen an. Zu ihrem Aufgabenfeld gehört weiter, dass sie die Schule im sozialen Raum vernetzen.

Es konnten in der Schulsozialarbeit sehr wertvolle Erfahrungen gesammelt werden, indem sie direkt vor Ort ist. Die Schulsozialarbeiter und -arbeiterinnen sind im Geschehen und bekommen die Themen mit, die anstehen, und so können sie sofort reagieren. Die Wichtigkeit dieser Arbeit ist also unbestritten, wie mein Vorredner schon gesagt hat und wie im Budgetpostulat beschrieben ist. Der Departementsvorsteher ist bereit, die Umsetzung der Schulsozialarbeit nicht nur an Sekundarstandorten anzubieten, sondern auch auf die Primarstufe auszudehnen. Damit dies auch zügig realisiert werden kann, muss die Finanzierung sichergestellt werden. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, dieses Budgetpostulat zu überweisen.

*Heidi Mück (GB):* Die Fraktion des Grünen Bündnisses stimmt dem vorgezogenen Budgetpostulat von Dominique König zu. Über den Nutzen der Schulsozialarbeit möchte ich mich nicht weiter äussern. Innerhalb der Fraktion gab es aber auch kritische Stimmen. Wir hatten ähnliche Bedenken, die Michael Koechlin vorher geäussert hat. Wir wissen nur zu gut, wie viel zur Zeit an den Basler Schulen insbesondere auch an den Primarschulen läuft. Die Umstellung auf sechs Jahre Primarschule, die zum Teil völlig neue Zusammensetzung der Schulteams - das sind viele Unsicherheitsfaktoren, die sehr

belastend sind. Wir waren uns deshalb nicht sicher, ob wir mit diesem Postulat das Fuder nicht überladen.

Andererseits wissen wir auch, dass der Auslöser für dieses Budgetpostulat eine Resolution der Schulsynode war. Die Einrichtung von Schulsozialarbeit entspricht also offenbar einem Bedürfnis der Lehrerschaft, auch auf der Primarstufe. Die Schulsozialarbeit wirkt wirklich beruhigend auf den Schulalltag und bedeutet damit eine Entlastung der Lehrpersonen. Ausserdem geht es bei diesem Budgetpostulat ja darum, dass Geld für die Planung bereitgestellt wird, denn die Schulsozialarbeit soll und kann nicht planlos und sofort eingeführt werden.

Als letztes Argument gegen die Angst, das Fuder zu überladen, kann angeführt werden, dass die Primarschulen ja einen begründeten Antrag stellen müssen, wenn sie die Schulsozialarbeit an ihrem Standort einführen wollen. Kommen keine Anträge, wird auch nichts geplant. Das ist ganz einfach und für uns ein wichtiges Detail, das dazu führt, dass wir auch die Zweifler an diesem Budgetpostulat bitten, diesem zuzustimmen. Wir unterstützen dieses Anliegen und hoffen, dass Sie das auch tun.

*Eduard Rutschmann (SVP):* Die SVP-Fraktion ist sich sicher, dass der Regierungsrat dieses Geschäft termingerecht bearbeiten wird. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion das Budgetpostulat ab.

*RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED):* Ich bitte Sie im Namen des Regierungsrats, dieses vorgezogene Budgetpostulat nicht zu überweisen. Die Stossrichtung ist erkannt und wird verfolgt. Wir brauchen nicht für die Planung Geld. Wir haben bereits Leute, zu deren Kernaufgabe die Planung gehört. Es geht hier ja um die Lohnkosten. Sie rennen weit offene Türen ein, und wir möchten Ihnen auf der Basis eines gesamten Konzeptes für dieses dreistufige Vorgehen alle Unterlagen bringen, die es normalerweise braucht, um Geld zu sprechen. Diese Umgehungslösung ist nicht nötig, so gut sie auch gemeint ist. Wir werden die Zielsetzung auf dem ganz ordentlichen Weg erreichen.

*Dominique König (SP):* In diesem vorgezogenen Budgetpostulat geht es im Gegensatz zu meinem vorjährigen Budgetpostulat zu der Schulsozialarbeit nicht um die Forderung nach einem weiteren Ausbau. Es geht vielmehr darum, den Entscheid des Regierungsrats mit finanziellen Mitteln zu sichern.

Der Vorsteher des Erziehungsdepartements hat nämlich Ende 2012 beschlossen, dass die Schulsozialarbeit ab 2014 auf Primarstufe etappenweise auszubauen ist. Natürlich bin ich hoch erfreut über diese Zusage, und ich darf gegenüber dem ED auch einmal lobende Worte verlieren. Meine jährlichen Budgetpostulate und die SP-Vorstösse haben endlich Früchte getragen. Ausschlaggebend aber ist die Resolution, die von der kantonalen Schulsynode eingereicht wurde.

Das klingt alles ganz gut. Aber wie mein Vorredner von der LDP gesagt hat, ist das Vorgehen ein Problem. Die Finanzierung ist noch nicht gesichert, das heisst, erst wenn der Grosse Rat voraussichtlich Ende 2013 einem entsprechenden Ratschlag zustimmen wird, wird auch die Finanzierung gesprochen werden. Das ist zu spät, denn das Budget für das Jahr 2014 wird ja jetzt erarbeitet und im Juni dem Grossen Rat vorgelegt. Dann müssen auch die Investitionen klar sein. Soll die Schulsozialarbeit aber bereits ab 2014 etappenweise ausgebaut werden, auch wenn es nur auf Antrag einzelner Schulhäuser ist, muss das Parlament heute schon die Mittel sprechen und nicht erst Ende 2013. Es müssen nämlich neue Schulsozialarbeiter eingearbeitet werden und dieser Ausbau an den Schulstandorten muss auch vorbereitet werden.

Deshalb möchte ich Sie dringend bitten, dieses Budgetpostulat an den Regierungsrat zu überweisen, damit er dem Grossen Rat einen konkreten Plan über die Verwendung der gesprochenen Gelder vorlegen kann und wir dem zustimmen können.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**53 Ja, 37 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 37, 07.02.13 09:55:16]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf das Vorgezogene Budgetpostulat 12.5371 einzutreten und es dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**3. Vorgezogenes Budgetpostulat Markus Lehmann betreffend Dienststelle Nr. 4220 / Finanzen Liegenschaften / FD**

[07.02.13 09:55:29, 13.5007.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 13.5007 entgegenzunehmen.

*Patrizia Bernasconi (GB):* Die Mitglieder der Fraktion des Grünen Bündnisses haben sich an der letzten Fraktionssitzung als leidenschaftliche Schwimmerinnen und Schwimmer resp. als überzeugte Befürworter einer grossen Schwimmhalle entpuppt. Wir halten allerdings ein vorgezogenes Budgetpostulat für das falsche Instrument für die Realisierung einer solchen Schwimmhalle. Damit werden viel zu viele Fragen ausgeschlossen, zum Beispiel die Frage des Standortes. Diese kann man nicht einfach so in einem Nebensatz erwähnen. Die Frage der Mitfinanzierung von Basel-Landschaft wird auch nicht gestellt. Auch die Frage des Zeitplans wird nicht aufgeworfen. Es ist für uns nicht realistisch, dass man CHF 16'000'000 für ein solches Projekt einfach so budgetiert. Wir finden dieses vorgezogene Budgetpostulat sogar kontraproduktiv für dieses Projekt, deshalb werden wir gegen die Überweisung stimmen.

*Helmut Hersberger (FDP):* Der Regierungspräsident würde jetzt sagen: "Das Thema Schwimmhalle hat eine unruhige Vorgeschichte." Ich habe ein bisschen in der Vergangenheit gekramt. Es ist ganz interessant. Das Thema wurde von Hansjörg Wirz aufgenommen im Jahre 1999, es wurde weitergezogen von Oskar Battagay im Jahr 2001. Der Regierungsrat hat diese Anzüge abschreiben wollen, allerdings hat der Grosse Rat dann entschieden, die JSSK damit zu beschäftigen. Die JSSK hat eine eigene Subkommission gebildet und dieses Thema sehr genau angeschaut. Sie ist einstimmig zur Überzeugung gelangt, dass zur Zeit eine Realisierung nicht möglich wäre.

Patrizia Bernasconi, eines der Probleme, die nicht erwähnt wurden, ist, dass man mit CHF 16'000'000 die Schwimmhalle mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht realisieren können.

Weil Einzelne nicht einverstanden waren, kam es zum Planungsantrag von Dieter Stohrer, der wiederum von der Regierung abgelehnt wurde. Ganz zum Schluss hat es André Weissen noch einmal im Namen einer parlamentarischen Sportgruppe versucht, diese Schwimmbeckenidee wieder aufzubringen.

Warum ist das Projekt gescheitert? Es geht um drei Elemente, die immer wieder Probleme gemacht haben. Erstens die Investitionskosten, diese liegen sicher über CHF 35'000'000, eher näher bei CHF 50'000'000. Zweitens die Betriebskosten, die man nicht unterschätzen darf. Der Regierungsrat hat diese grob auf 20% der Investitionskosten geschätzt. Drittens geht es um die Frage, ob wir ein Wettkampfschwimmbecken wollen oder ob wir die Öffentlichkeit an dieser Schwimmhalle teilhaben lassen wollen, was einerseits sehr schwierig ist und andererseits die Betriebskosten automatisch massiv erhöht.

Das Ganze ist entstanden, als man gehofft hat auf CHF 8'000'000 Sukkurs von Bern, CHF 6'000'000 direkt und CHF 2'000'000 von Swiss Olympic. Diese CHF 8'000'000 wurden allerdings bereits im Jahr 2002 verbaut, die Bundessubventionen waren damit weg. Man hat dann einmal von der JSSK eine Billiglösung geprüft mit einer Überdachung des Sportbades St. Jakob, allerdings hat man dort vor den hohen Betriebskosten und der fehlenden öffentlichen Nutzung kapituliert. Die Versuche, Basel-Landschaft zu einer Kostenbeteiligung zu bringen sind allesamt bis heute gescheitert.

Aber jetzt kommt ja die vermeintliche Rettung. Markus Lehmann will das Ganze für CHF 16'000'000. Ich bitte Sie, dieses vorgezogene Budgetpostulat nicht zu überweisen.

*Salome Hofer (SP):* Auch die SP bittet Sie, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen. Vielleicht können wir kurz einen Blick in die Schweiz werfen. Wie viele 50-Meter-Becken gibt es in der Schweiz? Es sind genau zwei, eines im Grossraum Zürich, eines im Raum Lausanne/Genf sowie zwei Becken, die mit einem so genannten Ballon im Winter überdeckt werden können. Unseres Erachtens dient ein 50-Meter-Schwimmbecken vor allem dem Spitzensport. Wir finden aber, dass man vor allem den Breitensport und die Hallenbäder, die der Allgemeinheit zugute kommen, fördern sollte. Dafür sind 25-Meter-Becken durchaus ausreichend.

In Luzern hat man sich kürzlich auch mit dieser Frage beschäftigt und man hat sich ebenfalls für ein 25-Meter-Schwimmbecken entschieden, unter anderem auch aus der Überlegung heraus, dass dies für den Breitensport und die Allgemeinheit durchaus genügend ist.

Wir finden, dass Basel nicht unbedingt der Schweiz und dem gesamten Mittelland ein 50-Meter-Becken spenden oder zur Verfügung stellen muss, und wir bitten Sie, dieses vorgezogene Budgetpostulat nicht zu überweisen.

*RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED):* Ich bitte Sie im Namen des Regierungsrats, dieses vorgezogene Budgetpostulat nicht zu überweisen. Der Bedarf nach einer 50-Meter-Schwimmhalle besteht im Kanton Basel-Stadt nicht, er besteht allenfalls in der Region. Dabei stellt sich schon die Frage, ob der Kanton Basel-Stadt einmal

mehr eine Vorleistung in beträchtlicher Höhe garantieren soll, in der Aussicht, dass es keine anderen Gemeinwesen gibt, die mitfinanzieren wollen. In Betrachtung des erwähnten Standorts, neben der St. Jakob-Halle, gehe ich davon aus, dass es sich um eine Unterstützung des privaten Projekts handelt. Es ist erfreulich, dass es eine private Initiative gibt, aber wir haben erhebliche Zweifel, ob diese geschätzten CHF 23'000'000 ausreichend sein würden. Bis jetzt ist das der Betrag, den unsere Fachleute für ein 25-Meter-Becken ermittelt haben.

Die Gesamtkosten würden also nicht reichen, und wir können sicher nicht im nächsten Jahr CHF 16'000'000 ausgeben. Wenn man den Gepflogenheiten dieses Hauses folgt, müsste man zuerst einen Projektierungskredit sprechen. Abgesehen davon ist dieses Areal neben der St. Jakobs-Halle auch in Diskussion für andere Vorhaben, die vielleicht noch höhere Bedeutung haben.

Für die Schwimminteressierten ist noch zu sagen, dass wir ein 25-Meter-Becken im Bereich Erlenmatt prüfen und dass wir Ihnen in Bälde zusammen mit dem Ratschlag für die dringend notwendige Erneuerung der Kunsteisbahn Eglisee eine Ballonvariante bringen, die die Abwärme der Eisproduktion geschickt nutzen könnte. Sonst sind wir aus energiepolitischen Gründen gegen Ballonhallen, aber dort würde es Sinn machen, indem die Abwärme genutzt werden kann. Sie werden entscheiden können über diese im Winter zusätzlich zur Verfügung stehende 50-Meter-Anlage über dem Becken das Gartenbades Eglisee.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen.

*Markus Lehmann (CVP/EVP):* Als Erstes entschuldige ich mich für die sehr kurze Begründung in der Vorbereitung des Budgetpostulats. Es ist in der Tat eine 50-jährige Geschichte. Dass wir es nicht schaffen, im Kanton Basel-Stadt ein 50-Meter-Becken auch für die Region herzustellen, ist erstaunlich. Es wurde einiges Richtiges gesagt, einige Sachen stimmen aber überhaupt nicht. Der Anzug André Weissen ist nach wie vor pendent. Man wollte eine 50-Meter-Schwimmbahn ins Umbauprojekt einschliessen bei der Sanierung der St. Jakobs-Halle. In der Ausschreibung findet man dieses Projekt nicht mehr. Hingegen kann man in der Ausschreibung des Umbaus feststellen, dass dort eine Option Schwimmhalle erwähnt wird, genau auf diesem ominösen Parkplatz, den man offensichtlich auch noch für andere Sachen vorsieht.

Das Budgetpostulat wurde eingereicht, damit wir einen Grundsatzentscheid für den Schwimmsport und für die Gesundheit fällen können. Wir geben heute keine CHF 16'000'000 aus. Das Ganze wird von der Regierung noch einmal zurück in den Grossen Rat kommen. Zu den CHF 16'000'000 möchte ich noch Folgendes sagen: Sie haben alle das Projekt in der Basler Zeitung und in den anderen regionalen Zeitungen im letzten Herbst verfolgen können. Das Projekt kommt von privater Seite, nämlich vom Schwimmclub beider Basel. Das Projekt ist mit CHF 23'000'000 absolut abgespeckt vernünftig, und es gibt einen Businessplan, den Sie jederzeit verlangen können von Günter Hülliger, der dieses Projekt begleitet. Es ist also nicht auf der grünen Wiese irgend etwas geplant. Das möchte ich der Korrektheit halber hier noch einmal deponiert haben.

Wenn Sie dem Budgetpostulat heute zustimmen, passiert noch gar nichts. Markus Lehmann baut nicht selber, es sind andere, die das realisieren wollen. Der Breitensport profitiert, wenn wir ein 50-Meter-Becken realisieren. Dann werden nämlich die Wettkampfschwimmer nicht mehr in den anderen 25-Meter-Becken trainieren, sondern sie werden sich vermehrt auf das 50-Meter-Becken konzentrieren. So viele Spitzensportler gibt es überdies in der Region auch nicht, die Hälfte wird immer für den Breitensport und den Gesundheitssport frei bleiben.

Ich möchte eine weitere Korrektur anbringen. Es ist nicht so, dass sich Basel-Landschaft immer geweigert hat, sich finanziell zu beteiligen. Es war auch schon umgekehrt. Ich war Präsident der Subkommission Sport, und da hat der Kanton Basel-Landschaft CHF 7'500'000 zur Verfügung gestellt, aber die Regierung des Kantons Basel-Stadt bzw. das Sportamt hat damals Nein zum Projekt gesagt. Bleiben wir also bei der Wahrheit. Ich habe einfach den Eindruck, dass man prinzipiell kein 50-Meter-Becken realisieren will.

Ich finde es schade, dass sich Basel-Stadt und Basel-Landschaft immer gegenseitig die Erbsen vorzählen. Darum habe ich mir mutig erlaubt, diese CHF 16'000'000 in den Raum zu stellen. Machen wir doch einen Schritt vorwärts, gehen wir auf den Kanton Basel-Landschaft zu. Es ist ja nicht verboten, mit dem Kanton Basel-Landschaft vertieft über dieses Projekt zu diskutieren, wenn wir zum Budgetpostulat Ja sagen. Ich bin überzeugt, dass Regierungsrat Urs Wüthrich alles unternehmen wird, um finanziell etwas beizutragen. Alle 10 bis 12 Jahre ist eine Totalsanierung der Schwimmhalle nötig, und da könnte man darauf hinwirken, dass der Kanton Basel-Landschaft diese übernimmt.

Geben Sie sich einen Ruck, die Sportler werden sich über Ihre Zustimmung freuen.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**12 Ja, 69 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 38, 07.02.13 10:10:41]

### Der Grosse Rat beschliesst

das Vorgezogene Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Vorgezogene Budgetpostulat 13.5007 ist **erledigt**.

### 4. Vorgezogenes Budgetpostulat Martin Lüchinger betreffend Dienststelle Nr. 370 / Abteilung Kultur / PD

[07.02.13 10:10:53, 13.5008.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 13.5008 entgegenzunehmen.

*Michael Koechlin (LDP):* Das Budgetpostulat von Martin Lüchinger ist ein wunderbares Plädoyer für die Theaterpädagogik. Theaterpädagogik ist ein wesentlicher Teil in der Bildung, in der Erziehung und in der Förderung nicht zuletzt auch von Sozialkompetenzen von jungen Menschen. So weit so gut. Die Probleme liegen in den letzten zwei Zeilen. Martin Lüchinger wünscht über dieses Budgetpostulat, dass der Stelle Vermittlung im PD CHF 50'000 gesprochen werden für die Erweiterung im Bereich Theaterpädagogik. Ich finde diese Formulierung etwas unpräzise wenn nicht gar gefährlich. Es gibt im PD keine integrierte Vermittlungsstelle, es gibt 20% Stellenprozente im Bereich der Kulturprojektförderung. Dort fließen die Mittel in allererster Linie aber in die Education Projekte, und ich habe Verständnis dafür, wenn es schwierig ist, hier zu unterscheiden. Theaterpädagogik ist nicht zwingend Education. Theaterpädagogik ist eine Aufgabe, die sich nur in einer sinnvollen Zusammenarbeit unterschiedlichster Stellen realisieren lässt. Es ist ganz sicher das Erziehungsdepartement involviert, weiter das Präsidialdepartement, Schule und Theater und Kulturelles in Schulen von Basel-Landschaft. Hinzu kommen mehrere Theater in Basel, die Theaterpädagogik aktiv und sehr kompetent betreiben, an erster Stelle das Theater Basel mit seiner theaterpädagogischen Abteilung mit Martin Frank, aber auch das Vorstadttheater, die Theaterfalle und das junge Theater.

Wenn diese CHF 50'000 in Form des vorgezogenen Budgetpostulats gesprochen werden, könnte die Illusion entstehen, das Problem sei damit gelöst. Dem ist nicht so. Es braucht ein klares Konzept, wie diese Theaterpädagogik umgesetzt werden soll. Es ist auch nicht sicher, ob die Ansiedlung dieser Stelle im PD optimal ist. Möglicherweise wäre sie beim Theater besser untergebracht. Es gibt viele Fragen zu klären, es ist bis heute leider nicht gelungen, ein gemeinsames Konzept zu definieren. Ich wünsche mir, dass das passiert, und dann sollten wir vermutlich über mehr Geld reden als über diese CHF 50'000.

Martin Lüchinger hat übrigens 2009 bewiesen, wie man Doppelbudgetpostulate erfolgreich platziert. Damals ging es um den Leseförderbus. Im Unterschied zur Theaterpädagogik lag damals aber tatsächlich ein sehr klares und überzeugendes Projekt sowie die finanzielle Mitbeteiligung der GGG vor. Das ist heute nicht der Fall. Deshalb bitten wir Sie, weiterhin aufmerksam und wohlwollend dem Thema Theaterpädagogik gegenüberzustehen, aber dieses vorgezogene Budgetpostulat aus den genannten Gründen nicht zu überweisen.

*Oswald Inglin (CVP/EVP):* Ich kann mich fast allen Äusserungen meines Vorredners anschliessen. Ich möchte lediglich präzisieren, was die Kommission Schule und Theater betrifft. Diese Kommission ist eine Milizkommission, die im ED angesiedelt ist, und sinnvollerweise müsste sich eine solche Stelle, die sich um die Vermittlung von solchen Theaterprojekten bemüht, mit dieser Stelle kurzschliessen. Insofern ist eine Ansiedlung dieser Stelle im Präsidialdepartement nicht unbedingt sinnvoll.

Ich war etwas erstaunt, dass der Präsident der Kommission Schule und Theater, der zufälligerweise mein Korektoratskollege im Büro ist, nichts von diesem Budgetpostulat wusste. Er sagt auch, dass hier sehr viele Stellen involviert sind, die man zu verbinden versuchen muss in einer Art Joint Venture. Hier spielt natürlich gerade das Theater Basel mit Martin Frank eine grosse Rolle.

Meines Erachtens ist es gut, die Situation zu klären aufgrund eines Anzuges und dann aufgrund des Resultats zu entscheiden, wo man wen mit wie viel Geld und in welcher Form unterstützen will. In diesem Sinne bitte ich Sie, das Budgetpostulat nicht zu unterstützen.

*Atila Toptas (SP):* Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, dem vorgezogenen Budgetpostulat zuzustimmen. Die Kulturprojekte in den Bereichen Theater, Literatur, Musik, Tanz und Bildende Kunst sind wichtige Bestandteile einer modernen Schule. Die Basler Schulen setzen deshalb auf allen Stufen einen Schwerpunkt mit der Förderung der Kulturprojekte sowie mit der systematischen Entwicklung der Ausdrucksfähigkeit in Sprache, Bild, Musik, Theater und Bewegung. Seit 2006 werden die Kulturprojekte unter dem Titel Education Projekte Region Basel unterstützt und durchgeführt, aber die Qualität und Quantität der Kulturprojekte an einer Schule hängen in erster Linie leider vom Engagement von Lehrpersonen und Schulleitung ab.

Michael Koechlin, ich freue mich, dass mit Ihnen nun ein engagierter Bildungspolitiker im Grossen Rat ist. Sie haben eigentlich in Allem für das Anliegen gesprochen, dennoch haben Sie sich gegen das Budgetpostulat ausgesprochen. Es fehlt eine Vermittlungsstelle, die alle Kulturprojekte strukturiert und koordiniert. Die Theaterkunst oder schauspielerische Fähigkeiten fördern die verbale und nonverbale Kommunikation, die Lesekompetenz, Sozialkompetenz und Problemlösefähigkeit der Kinder. Deshalb soll die Theaterpädagogik in den schulischen Fächerkatalog eingebunden werden. Basel-Landschaft macht es besser. Warum? Sie haben seit 1991 das Kulturvermittlungsprogramm kis.bl initiiert. In diesem Rahmen stehen jährlich CHF 170'000 zur Verfügung. Neben der Beratung und Koordination versucht die Vermittlungsstelle, die Lehrerschaft für Theaterprojekte zu animieren und die Kulturschaffende für bessere Kulturangebote zu sensibilisieren. Im Kanton Basel-Stadt fehlt eine professionelle Koordination und Förderung der Theaterprojekte. Dafür braucht man eine Vermittlungsstelle, die in den Schulen die Theaterpädagogik fördert und ausbaut. Deshalb bitte ich Sie, dem Budgetpostulat zuzustimmen.

*Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD):* Der Regierungsrat bittet Sie, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen. Die meisten Argumente haben Oswald Inglin und Michael Koechlin bereits dargelegt. Theaterpädagogik findet statt an der Schnittstelle zwischen Bildung, Schulen und der Kultur. Es gibt bereits sehr viele Angebote im Bereich des Theaters mit Martin Frank, im Jungen Theater und mit der Kommission Schule und Theater. Bevor wir mehr Verwaltungsstellen aufbauen, müssten wir wirklich ein klares Konzept erarbeiten und dies zusammen mit dem Erziehungsdepartement entwickeln. Ich bitte Sie deshalb, dieses vorgezogene Budgetpostulat nicht zu überweisen.

*Martin Lüchinger (SP):* Wie heisst es doch so schön? Theater ist die Bühne des Lebens. Theater bietet ein unmittelbares, einmaliges, authentisches Erleben, das im Film oder im Fernsehen nie geboten werden kann. Wir haben in Basel ein grosses Angebot von Theater für Kinder und Jugendliche. Es gibt ein viel versprechendes und ansprechendes Programm für Kinder und Jugendlichen, nun geht es darum, dieses auch zu nutzen. Nutzen wir die Chance und führen wir unsere Kinder und Jugendliche ins Theater, ans Theater heran.

Leider passiert das nicht automatisch. Die Lehrpersonen wissen zwar von diesem Angebot, sind aber zum Teil unsicher, wie sie vorgehen müssen, welches die Inputs sind, welche Leistungen nötig sind, damit die Kinder und Jugendlichen in einer Vorstellung sich wohl fühlen. Genau das fordere ich mit meinem Budgetpostulat: Eine Stelle, die die Vermittlung zwischen Schule und Theater bewerkstelligen kann, eine Vermittlungsstelle, die Arbeit leistet, damit verstanden wird, was Theater leisten kann im Bereich der Integration, in der Schule, im Zusammenspiel mit der Schule.

Es freut mich sehr, dass Michael Koechlin das unterstützt. Wir sind uns einig, dass Theater etwas Wichtiges ist. Ich verstehe aber nicht ganz, weswegen die Unterscheidung gemacht werden muss zwischen Education Projekten und dieser Vermittlung. Education Projekte finde ich auch ausgezeichnet, und es braucht noch viel mehr davon. Hier können die Kinder direkt ein Projekt umsetzen. Ich bin mir bewusst, dass die Auslegeordnung, welche Stellen in Basel-Stadt sich mit dem Thema befassen, gemacht werden muss. In der Kulturabteilung sitzen aber die Leute, die mit dem Theater und den Theaterschaffenden eng zusammenarbeiten. Sie wissen, was sie fördern, was sie erreichen wollen, und deshalb wäre mein Budgetpostulat ein Anstoss, dieses Anliegen aufzunehmen, es zu sortieren und uns dazulegen, wie eine solche Stelle realisiert werden könnte. In diesem Sinne bitte ich Sie, mein vorgezogenes Budgetpostulat an den Regierungsrat zu überweisen.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**42 Ja, 42 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 39, 07.02.13 10:25:24]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

mit dem Stichentscheid des Ratspräsidenten, das vorgezogene Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das vorgezogene Budgetpostulat 13.5008 ist **erledigt**.

## 5. Vorgezogenes Budgetpostulat Thomas Strahm betreffend Globalbudget Öffentlicher Verkehr / Tram und Bus

[07.02.13 10:26:10, 13.5009.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 13.5009 entgegenzunehmen.

*Stephan Luethi (SP):* Wenn an einem Mittwoch Sonntagsreden gehalten werden können, dann habe ich gestern eine Sonntagsrede im Zusammenhang mit dem Fest von Grossratspräsident Conradin Cramer gehört. Das Fest fand ja in Riehen statt, und dort wurde über die Nähe und die Distanz zwischen diesen beiden städtischen Gemeinden gesprochen, und wie diese überbrückt werden können. Man kann sie überbrücken mit Verkehrsmitteln. Als überzeugter Befürworter von öffentlichem Verkehr möchte ich alles dazu tun, dass es in gewissen Zeiten - und im vorliegenden Postulat ist die Zeit genannt, nämlich zwischen 16 und 19 Uhr - nicht an Kapazität fehlt. Deswegen bin ich ganz entschieden dafür, dass dieser Bedarf gedeckt wird. Die Grossräte und Grossrätinnen, die gestern per Zufall mit dem Tram unterwegs waren, haben am eigenen Leibe erfahren, wie eng es in diesem Gefährt wurde. Wenn wir ernst machen mit der Bevorzugung und Privilegierung des öffentlichen Verkehrs, wenn wir die Leute, die zwischen Riehen und Basel sich bewegen, unterstützen wollen, das öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, dann muss man diesem Budgetpostulat zustimmen. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP um Zustimmung.

*RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD):* Angesichts der Kreuztabelle mache ich mir keine grossen Illusionen, dass ich mit meinem Votum Erfolg haben werde, aber der guten Ordnung halber versuche ich doch noch, Ihnen nahe zu bringen, wieso Sie diesem vorgezogenen Budgetpostulat aus Sicht der Regierung nicht zustimmen sollten.

Es geht hier um die Führung der Linie 2 zwischen 16 und 19 Uhr bis Riehen Grenze. Dieses Angebot wurde damals eingestellt, als die S6 bis Basel SBB verlängert wurde. Die Wiedereinführung dieser Fahrten hat für uns derzeit keine Priorität. Der Hintergrund ist, dass auf der Linie 6 die Kurse gemäss aktuellen Messungen zwischen Badischem Bahnhof und Riehen Niederholz zwischen 16 und 19 Uhr nur durchschnittlich gut besetzt sind. Durchschnittlich gut besetzt heisst, dass in der Regel alle Sitzplätze besetzt sind und einige Stehplätze. Das heisst aber nicht, dass das Tram überfüllt ist. Es kann vorkommen, dass Kurse in Einzelfällen sehr stark ausgelastet sind, das heisst über den Grenzwerten liegen, zum Beispiel wenn ein Apéro für den neu gewählten Grossratspräsidenten in Riehen stattfindet und zahlreiche Mitglieder des Grossen Rates gleichzeitig dasselbe Tram besteigen.

Im Übrigen muss man sich vor Augen halten, dass die Linie 6 beispielsweise zwischen der Schiffflände und Badischem Bahnhof wesentlich stärker ausgelastet ist als zwischen Badischem Bahnhof und Riehen, auch zu den genannten Zeiten. Zudem wurden die Umsteigebeziehungen zwischen den Linien 2 und 6 fahrplantechnisch optimiert.

Aus diesen Gründen möchten wir Sie bitten, auch in Anbetracht der knappen Staatsfinanzen, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen. Die geforderte Führung der Linie 2 zwischen 16 und 19 Uhr bis Riehen Grenze wäre aus unserer Sicht und insbesondere im Vergleich mit anderen Strecken, die stärker ausgelastet sind, ein Überangebot.

*Thomas Strahm (LDP):* Ich danke Ihnen für die Unterstützung zur Entlastung der Linie 6. Es geht aber nicht nur um die Linie 6, sondern auch um die S6. Es ist eine Entlastung des Kleinbasels, des Hirzbrunnenquartiers und der Gemeinde Riehen, indem die Linie 2 unterstützend während der Abendspitze bis zur Grenze Lörrach weitergeführt werden soll. Es geht nicht nur um eine Entlastung einer Linie, es geht auch zusätzlich um die Erschliessung des arbeitsplatzintensiven Aeschentquartiers für die Pendler aus dem nordöstlichen Einzugsgebiet.

Gestatten Sie mir ergänzend zu den Bemerkungen in der Vorlage auch eine Replik auf das Votum seitens der Regierung. Sie müssen mir nicht sagen, wie man eine Statistik macht, wenn man das Ziel kennt. Man kann 350 Tage im Jahr Messungen durchführen, man kann sie aber auch in den Dezembermonaten oder in den Wintermonaten durchführen. Es ist mir bewusst, dass das Resultat dann je nachdem anders ist. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**69 Ja, 9 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 40, 07.02.13 10:33:26]

### Der Grosse Rat beschliesst

auf das Vorgezogene Budgetpostulat 13.5009 einzutreten und es dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### 30. Motionen 1 - 4

[07.02.13 10:33:43]

#### 1. Motion Patrizia Bernasconi und Andreas Zappalà zur zeitgemässen paritätischen Vertretung in der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten

[07.02.13 10:33:43, 12.5374.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 12.5374 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Heinrich Ueberwasser (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Das ist eine interessante Motion, aber sie macht aus der Schlichtungsstelle etwas anderes als ich sie erlebe. Für mich ist die Schlichtungsstelle eine Instanz, in der ich selten erkenne, dass Vertreter der Mieter- und Vermieterseite parteiisch auftreten würden. Das behaupten sie sicher auch nicht. Sie kommen mit ihrem Fachwissen in diese Schlichtungsstelle und hören die Anliegen bzw. die Anträge der beiden Seiten an und versuchen, eine Lösung vorzuschlagen, die bekannterweise abgelehnt werden kann.

Für mich und für die SVP, die Sie bittet, die Motion nicht zu überweisen, ist es eine gerichtsähnliche Behörde erster Instanz. Jetzt fragt sich, wie wir diese Behörde besetzen wollen. Ist es wichtig, dass die Mitglieder der Schlichtungsstelle Wohnsitz haben, stimmberechtigt sind oder ist es nicht wichtig? Es gibt selbstverständlich im Rechtswesen oft die Situation, dass Sie vor einen Richter oder eine Richterin resp. vor eine Behörde treten müssen, bei der die Mitglieder nicht von dem Ort kommen, wo Sie als Kläger wohnberechtigt sind resp. wo sich das Objekt des Streites befindet. Aber wo wenn nicht im Mietwesen ist es essentiell, dass diese örtliche Verbundenheit und die Kenntnis vorhanden ist?

Deshalb bitten wir Sie, beim bewährten System zu bleiben, indem die Vertreter beider Seiten, Vermieter und Mieter, wertvolle Arbeit leisten, und nicht ein neues System einzuführen.

*Jürg Meyer (SP):* Namens der SP-Fraktion beantrage ich, die Motion für eine zeitgemässe paritätische Vertretung in der staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten dem Regierungsrat zu überweisen. Es handelt sich um ein Beispiel von Sozialpartnerschaft im Mietwesen, denn massgebliche Vertretungspersonen von Hauseigentümerverband und Mieterinnen- und Mieterverband fanden sich zusammen, um diesen Vorstoss zu lancieren.

Das Mietrecht, das in der Schlichtungsstelle zur Anwendung kommt, ist keineswegs einfach. Man muss sich in diese Materie einarbeiten, unter anderem im Rahmen von Rechtsberatung. Die Zahl der Menschen, welche das Mietwesen beherrschen, ist relativ beschränkt. Da ist es stossend, wenn geeignete Leute als Ersatzmitglieder nicht gewählt werden können, nur weil sie nicht im engräumigen Stadtkanton wohnen oder weil sie das schweizerische Bürgerrecht noch nicht erlangt haben. Es kann auch sein, dass ein Mitglied der Schlichtungsstelle beispielsweise wegen umfassender Sanierung die Kündigung der Wohnung erhält. Bei der gegenwärtigen angespannten Wohnungsmarktlage kann die betroffene Person nicht unbedingt damit rechnen, im Stadtkanton eine neue Wohnung zu finden. Muss diese nach Birsfelden, Binningen, Allschwil oder Münchenstein ziehen, ist es ein Verlust, wenn deswegen auch das Mandat bei der Schlichtungsstelle preisgegeben werden muss.

Glücklicherweise legt die eidgenössische Zivilprozessordnung grosses Gewicht auf Schlichten, Vermitteln und Mediation. Denn leider ist es so, dass die Prozessführung oft Zerwürfnisse auf zwischenmenschlicher Ebene auslöst oder verschärft. Dies ist vor allem bei Dauerverhältnissen wie Wohnungsmiete oder Arbeitsanstellung belastend. Dies kann sehr zur Verunsicherung der Lebensgrundlagen führen. Kompetente Rechtspflege in Verbindung mit Vermitteln ist dabei sehr anspruchsvoll. Darum dürfen wir nicht leichtfertig Schlichtungspersonen mindestens als Ersatzmitglieder preisgeben, nur weil sie die Wohnsitz- oder Bürgerrechtsvoraussetzungen nicht voll erfüllen.

#### Zwischenfrage

*Eric Weber (fraktionslos):* Wir sind Redaktionskollegen bei der Integrationszeitung "Merhaba". Ich kenne Sie seit vielen Jahren als Journalist der Basler Zeitung. Ich finde es spannend, Sie setzen sich seit vielen Jahren für soziale Anliegen ein. Wie kommt es, dass Sie sich seit 40 Jahren als einziger Basler für solche sozialen Anliegen einsetzen? Sie sind eine Institution. Ich habe seit Jahren gewartet, dass ich diese Frage im Parlament stellen kann.

*Jürg Meyer (SP):* Ich bin kein Einzelner, es gibt viele, die im gleichen Sinn wie ich arbeiten.

*Andreas Zappalà (FDP):* Ich bitte Sie, die Motion zu überweisen. Ich habe diese Motion zusammen mit Patrizia Bernasconi nicht aus grundsätzlichen Überlegungen zur Wohnsitzpflicht formuliert, sondern aus rein praktischen

Erfahrungen heraus. Wie der Mieterverband hat auch der Hauseigentümergebieterverband das Vorschlagsrecht. Ausschlaggebend dabei sind Kenntnisse im Mietrecht und im Mietwesen sowie Erfahrungen in der örtlichen Situation, also in der Wohnsituation des Kantons Basel-Stadt. Für beide Voraussetzungen ist die Wohnsitzpflicht nicht ausschlaggebend. Das zeigt auch schon die Tatsache, dass viele Kantone hier keine Wohnsitzpflicht vorschreiben für die Einsitznahme in der Schlichtungsstelle.

In den letzten Jahren mussten drei Vermietervertreter, welche über grosse Erfahrung und Kompetenz verfügten, ersetzt werden, weil sie nach Basel-Landschaft gezogen waren. An ihrer Kompetenz im Zusammenhang mit der Erfahrung der örtlichen Situation in Basel hat dieser Umzug nichts geändert. Die Vermietervertreter rekrutieren wir aus selbständig Erwerbenden oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Immobilien-treuhandunternehmen. Wichtig ist die praktische Erfahrung. Viele kompetente Leute kommen alleine wegen ihres auswärtigen Wohnsitzes nicht in Frage. Aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit in Basel verfügen sie aber über die Kompetenz, die nötig ist, um in der Schlichtungsstelle Einsitz zu nehmen. Wir sollten auf diese Kompetenzen allein wegen der fehlenden Wohnsitznahme nicht verzichten. Aus diesem Grund ist auch der Hauseigentümergebieterverband der Meinung, dass auch Personen mit auswärtigem Wohnsitz in der Schlichtungsstelle Einsitz nehmen können sollten. Dies ist der Grund, weshalb wir diese Motion mittragen.

*Patrizia Bernasconi (GB):* Es ist wichtig zu verstehen, wie die Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten zusammengesetzt wird. Die Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten ist eine paritätische Kommission. Die Schlichtungsstelle setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen, den Vorsitz der Kommission führt ein Mitglied, das Gewähr für eine unabhängige Behandlung der Verfahren bietet, die beiden anderen Vertreter vertreten je die Mieter- oder die Vermieterschaft.

Die Mitglieder werden vom Regierungsrat oder vom Volk gewählt, dies auf Vorschlag der Verbände. Diese sind der Mieterverband Basel für die Mieterseite, der Hauseigentümergebieterverband Basel, der SVIT beider Basel und die Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz auf der anderen Seite. Die Basler Schlichtungsstelle besteht nicht nur aus ordentlichen Mitgliedern, sondern auch aus Ersatzmitgliedern. Und um diese Ersatzmitglieder geht es bei dieser Motion.

Die Motion soll gerade bei Wohnangelegenheiten die Tatsache abbilden, dass wir in einer Agglomeration wohnen, die keinen Halt vor der Kantonsgrenzen macht. Das ist vielleicht auch der Grund, wieso in der Schlichtungsstelle Basel-Landschaft Schlichterinnen und Schlichter sitzen, die in Basel wohnen oder Mitglieder gesessen sind, die sowohl in Basel gewohnt haben und darüber hinaus kein Bürgerrecht innehatten. Ich möchte auch daran erinnern, dass das Arbeitsgericht keine Vorgaben macht in Bezug auf die Bürgerschaft. Das heisst, es dürfen Ausländerinnen und Ausländer, die in Basel wohnhaft sind, von der Arbeitgeber- oder der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

Für mich ist es unbestritten, dass Mitglieder der Schlichtungsstelle einen Bezug zum Stadtkanton haben sollen. Das ist meistens aber auch der Fall bei den Personen, die in unserem Umfeld arbeiten. Ich möchte hier Beispiele nennen, die die Gegenseite, also die Vermieterseite, betreffen. Ein Liegenschaftsverwalter betreut mehrere Liegenschaften in Basel, wohnt aber in Birsfelden. Die jetzigen Kriterien für die Wählbarkeit sind nicht erfüllt, obwohl er ein geeigneter Kandidat für die Schlichtungsstelle wäre. Das Gleiche könnte für die Mieterseite geschehen. Eine Juristin, die für den Verband tätig ist, in Basel geboren und aufgewachsen ist, jedoch im Nachbarkanton wohnt oder dahin umzieht, wäre ebenfalls eine sehr gute Kandidatin. Vielleicht ist sie Mitglied der Schlichtungsstelle und würde mit dem Wegzug in den Kanton Basel-Landschaft für eine neue Wahlperiode jedoch die Voraussetzung für die Wählbarkeit verlieren.

Ganz wichtig für die Ausübung einer Tätigkeit des Schlichters oder der Schlichterin sind die Kompetenzen im Mietrecht oder Mietangelegenheiten und dass sie die jeweilige Partei vertreten. Ich kann Ihnen versichern, dass sowohl die Vermieterseite wie auch die Mieterseite ein dringendes Interesse haben, dem Regierungsrat gute Kandidaten und Kandidatinnen vorzuschlagen.

Diese Motion wurde von mir und Andreas Zappalà unterschrieben. Wir sind beide ordentliche Mitglieder der Schlichtungsstelle. Wir vertreten ganz klar und überzeugt verschiedene Interessen. Wir haben es dennoch geschafft, eine paritätische Motion einzureichen, und ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**62 Ja, 19 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 41, 07.02.13 10:48:12]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf die Motion 12.5374 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

## 2. Motion Dominique König-Lüdin und Konsorten zum Beschaffungsgesetz: Einschränkung der Weitergabe an Subunternehmen

[07.02.13 10:48:24, 12.5375.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 12.5375 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Thomas Strahm (LDP): beantragt Nichtüberweisung.*

Namens der LDP und der CVP bitte ich um Nichtüberweisung. Es geht um die Weiterleitung von Aufträgen. Der Zusatz, die Einschränkung für Subunternehmen ist gut gemeint. In der Tat ist vor allem bei Grossbaustellen keine Kontrolle letztlich möglich, welche Ausführenden zu welchen Bedingungen was genau machen. Aus diesem Grund hat sich auch die GPK, aus deren Kreis dieser Vorstoss kommt, damit beschäftigt.

Es ist gut gemeint. Trotzdem, der Ansatz muss überdenkt werden. Stellen wir uns kurzfristig personelle Schwankungen in einem KMU-Betrieb vor, so ist heute Usanz, dass man einen befreundeten Betrieb fragt, ob er den Auftrag übernehmen kann, und diesen dann weitergibt. Dagegen sollte eigentlich nichts sprechen. Wenn wir das aber unterbinden, so kann ein kleiner oder mittlerer Betrieb keine Grossaufträge mehr annehmen, weil er sich nicht verpflichten kann, diese auch wirklich selbst auszuführen. Der Vorstoss zielt daneben und trifft die Falschen, er ist KMU-feindlich. Ich bitte Sie daher um Ablehnung dieses Vorstosses und um Nichtüberweisung.

*Mustafa Atici (SP):* Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie um die Überweisung der Motion Dominique König. Die Personenfreizügigkeit hat für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Basel viel zur positiven Entwicklung beigetragen. Deshalb unterstützen wir auch die entsprechenden bilateralen Abkommen. Aber die in der letzten Zeit an die Öffentlichkeit gelangten Beispiele zeigen, dass die Umsetzung der flankierenden Massnahmen nicht wirklich funktioniert. Vor allem die Lohndumpingfälle in Basel-Stadt belegen die grossen Probleme mit den Subunternehmen. In diesen Fällen waren öfter zweite oder dritte Subunternehmen involviert. Die neue Lösung mit der Solidarhaftung der Generalunternehmen geht sicher in eine gute Richtung, aber das wird die Lohndumpingprobleme nicht lösen. Die meisten zweiten oder dritten Subunternehmen, die für den gleichen Auftrag eine günstige Offerte anbieten, sind überhaupt nicht in der Lage, die verlangten Vorschriften zu erfüllen. Das belegen auch die Beispiele aus dem Messebau.

Mit der jetzigen Bundeslösung ist es in der Praxis sehr schwierig, die Subunternehmen zur Einhaltung der Arbeitsbedingungen zu zwingen. Diese Lösung behebt die Strukturen, die zu Lohndumping führen, nicht, stattdessen verursacht sie für die Justiz erhebliche Mehrarbeit. Hier braucht es griffigere Massnahmen und dafür brauchen wir neue Instrumente. Sonst werden wir noch viel zu tun haben mit jenen Subunternehmen aus dem EU-Raum, welche die gute Arbeitsqualität, die von unserem Gewerbe angeboten wird sowie die arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsbedingungen durch ein kostengünstigeres Angebot untergraben.

Im Interesse unserer Arbeitenden und der KMU dürfen und können wir diese Situation nicht tolerieren. Das Votum Thomas Strahm zeigt wieder einmal, dass die KMU-Politik oft zugunsten der mittleren und grossen Unternehmungen aber leider nicht zugunsten der kleineren Unternehmungen gemacht wird. Mit dieser Motion können wir weiteren Missbrauch verhindern. Damit werden die flankierenden Massnahmen noch konsequenter eingesetzt werden. Durch diese Motion werden auch die lokale Wirtschaft und die Arbeitskräfte profitieren, wenn in unserem Kanon investiert wird. Daher bitte ich Sie um die Unterstützung der Motion Dominique König.

*Heidi Mück (GB):* Das Grüne Bündnis unterstützt die vorliegende Motion zur Einschränkung der Weitergabe an Subunternehmen. Blenden wir kurz zurück. Diese Motion wie auch die darauf folgende wurden im letzten Dezember eingereicht, als die Messebaustelle einmal mehr in die negativen Schlagzeilen geriet. Mehrere Lohndumpingfälle wurden aufgedeckt. Das Ganze ist ja noch nicht abgeschlossen, der letzte Skandal ist erst vor einigen Tagen bekannt geworden. Immer wieder hörten wir die Beteuerungen der beteiligten Firmen, dass sie nichts dafür können, dass sie den Auftrag an ein Subunternehmen weitergegeben hätten, dieses habe es dann wieder an ein Subunternehmen weitergegeben usw. Es waren zum Teil ganze Subunternehmensketten, jede Firma bot sich billiger an als die andere, einen Überblick über das Ganze hatte offenbar niemand, aber jedes Mal waren die Arbeitnehmenden auf der Baustelle die Leidtragenden. Es waren meist ausländische Bauarbeiter, die ihre Löhne nicht oder nur zum Teil bekommen haben. So geht das nicht!

Hier setzt die Motion von Dominique König an. Es sollen klare Regelungen aufgestellt werden, die die Arbeitgebenden in die Pflicht nehmen. Die ersten Firmen in der Kette sollen die Verantwortung übernehmen, dass jede weitere Firma, die von ihnen eingesetzt wird, sich an die geltenden arbeitsrechtlichen Vereinbarungen hält. Die Anbietenden sollen ihre Aufträge nur direkt an Subunternehmen weitergeben können, die dann dazu verpflichtet sind, die Aufträge selbst auszuführen. Damit können wir in Zukunft weitere Skandale wie Lohndumping und weitere Verstösse gegen das Arbeitsgesetz verhindern oder zumindest erschweren. Es darf nicht sein, dass die Verantwortung von einer Station an die nächste abgegeben wird.

Es gilt bei dieser Motion wie auch bei der nächsten, dass wir neben der rechtlichen Verantwortung auch eine moralische

Verantwortung haben. Wer gegen Lohndumping auf den Baustellen ist, soll diese Motion wie auch die nächste unterstützen, das Grüne Bündnis bittet Sie, Hand zu bieten, dass die Situation verbessert werden kann, zumindest auf Baustellen mit staatlicher Beteiligung. Mit der Überweisung dieser Motion gehen wir in die richtige Richtung.

#### Zwischenfrage

*Thomas Strahm (LDP):* Finden Sie es korrekt, aufgrund einer zugegebenermassen Extrembaustelle flächendeckend das KMU-Gewerbe einzuschränken?

*Heidi Mück (GB):* Zugegebenermassen ist die Messebaustelle die Spitze des Eisbergs, wir wissen aber ganz genau, wie es im Baugewerbe zugeht, und dort müssen wir die Schrauben anziehen. Mustafa Atici hat gesagt, dass das KMU-Gewerbe in der Schweiz profitieren wird, wenn wir nicht zulassen, dass die Subunternehmenketten immer länger werden.

*Karl Schweizer (SVP):* Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass es sich bei dieser Motion um eine sehr wirtschaftsunfreundliche und auch unliberale Aktion handelt. Wir sind der Überzeugung, dass hier das Kind mit dem Bad ausgeschüttet wird, wenn wir im Prinzip einschränken, dass auch kleinere Gewerbebetriebe, die als Subunternehmen in einem Auftrag mitwirken, damit von der Gewerbemöglichkeit ausgeschlossen werden. Das dürfen wir nicht zulassen.

Wir sind der Meinung, dass sich diese Motion natürlich an den auch aus unserer Sicht sehr bedauerlichen Vorfällen auf der Messebaustelle orientiert, sind aber gleichzeitig der Ansicht, dass man vertragliche Regelungen finden kann, wenn man Subunternehmer in die ganzen Arbeitsabläufe einschliesst, die Missbräuche vermeiden. Das Ganze kann privatrechtlich geregelt werden und wenn wir hier dazu übergehen, dass kleinere und mittlere Unternehmen nicht mehr am Gewerbetmarkt teilnehmen können, gefährden wir Arbeitsplätze, wir gefährden die Möglichkeit, dass diese Gewerbebetriebe ihre Mitarbeitenden weiterhin beschäftigen können, weil sie schlicht und einfach nicht mehr bei Aufträgen zugelassen werden. Das dürfen wir nicht zulassen.

Im Übrigen hat der Bund eine Regelung getroffen, zumindest auf der Ebene der Solidarhaftung, die soeben verabschiedet wurde. In diesem Sinne beantragen wir Ihnen die Nichtüberweisung der Motion.

#### Zwischenfrage

*Dominique König (SP):* Können Sie mir zwei Namen von kleinen KMU aus der Region nennen, die auf der Messebaustelle Aufträge ausgeführt haben?

*Karl Schweizer (SVP):* Es tut mir leid, die einzelnen Betriebe sind mir nicht bekannt.

*Christophe Haller (FDP):* Ich erlaube mir sowohl zur Motion Dominique König als auch zur Motion Heidi Mück zu sprechen. Auslöser für beide Motionen sind die Umstände rund um die Messebaustelle, wo tatsächlich gesamtarbeitsvertragliche Vereinbarungen nicht eingehalten wurden. Dies passierte aber wegen des enormen Zeitdruckes, unter dem der Messeneubau zu erstellen ist. Dass die Angelegenheit bekannt wurde, zeigt, dass die Kontrollmechanismen funktionieren.

Mit den beiden Motionen wird das Kind aber mit dem Bade ausgeschüttet. Eine generelle Beschränkung der Anzahl Subunternehmer würde kleineren Unternehmen verunmöglichen, sich für entsprechende Aufträge zu bewerben. Kleinere Unternehmen sind auf Subunternehmen angewiesen, wenn sie Aufträge erfüllen wollen. Die vorgeschlagene Änderung beim Beschaffungsgesetz hätten die Umstände beim Messeneubau auch nicht verändert. Eine Unterstellung von sich mehrheitlich in Privatbesitz befindenden Unternehmen unter das Beschaffungsgesetz ist nicht zielführend und die Ausdehnung auf Objekte und Leistungen, die der Staat zu mindestens 25% subventioniert, würde wiederum die kleineren Unternehmen benachteiligen. Unsere Fraktion, die FDP, empfiehlt Ihnen im Interesse unserer KMU, beide Motionen abzulehnen.

*Urs Schweizer (FDP):* Ich staune, mit welchen Argumenten gegen die Motion votiert wird. Die Motion fordert ja lediglich, dass der Anbietende sich im Klaren ist, was er anbietet, und falls er selber nicht leistungsfähig ist, weiss er schon, wen er allenfalls als Subunternehmer oder als Arbeitsgemeinschaft in die Ausführungsmannschaft mit einbezieht. Es kann nicht sein, dass Angebote gemacht werden von Firmen, die die Leistungsfähigkeit eigentlich nicht haben. Aber sie finden in gewissen Branchen immer jemanden, der das dann zu einem sehr viel tieferen Preis macht, und das finde ich nicht gut.

Ich bin der Auffassung - und ich bin seit bald 40 Jahren in einem Gewerbe im Kanton Basel-Stadt tätig - dass man sich eben auch der Verantwortung bewusst sein muss und sich klar sein muss, mit welchen Kriterien man das Angebot

weitergibt. Man muss also wissen, was man tut. Ich bin dagegen, wenn man einfach Angebote abgibt im Wissen, dass die eigene Leistungsfähigkeit möglicherweise fraglich ist, und man die Möglichkeit wahrnimmt, das Angebot in einer Kette von Subunternehmen weiterzugeben.

Ich bitte Sie, diese Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

*RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD):* Auch der Regierungsrat steht dem Inhalt dieser Motion durchaus kritisch gegenüber. Dennoch sind wir bereit, diese Motion zum Bericht entgegenzunehmen, erstens weil es sich um ein wichtiges Thema handelt, und zweitens weil das Thema ziemlich komplex ist, und wir würden es deshalb begrüssen, wenn wir Gelegenheit bekommen würden, Ihnen unsere Position differenziert darzulegen.

Auf einen Punkt möchte ich noch hinweisen. Hier geht es um eine Änderung des Submissionsgesetzes. In diesem Zusammenhang liegt mir sehr viel daran, festzustellen, dass auf Baustellen der öffentlichen Hand im Kanton Basel-Stadt bisher noch nie, noch kein einziges Mal, ein Fall von Lohndumping festgestellt worden ist. In diesem Sinne gehe ich davon aus, dass das Submissionsgesetz in Basel, wie wir es handhaben, absolut genügend ist. Probleme gibt es auf privaten Baustellen wie der Messebaustelle. Dort ist aber das Submissionsgesetz vollkommen wirkungslos und in einem gewissen Sinn ist diese Motion daher eine Augenwischerei.

*Dominique König (SP):* Die Meldungen in den Medien über Gesetzesverstösse gegen das Arbeits- und Lohngesetz auf der Messebaustelle dauern nun schon seit längerem an und nehmen nicht ab. Erst in den vergangenen Tagen konnte man wieder vernehmen, dass Elektriker eines tschechischen Subunternehmens seit Dezember 2012 auf die Löhne warten müssen.

Wie allgemein bekannt ist, muss die Messe Schweiz einen sehr engen Zeitplan einhalten, damit der Neubau für die bevorstehende Basel World fertig wird. Zu wichtig ist diese Messe für die Messe Schweiz und für den Kanton, als dass sie ausfallen dürfte. Also wird alles daran gesetzt, den Bau im Turbotempo voranzutreiben. Tag und Nacht wird fast ununterbrochen in mehreren Schichten gearbeitet. Der enge Zeitplan kann nur so und unter einem massiven Aufgebot von Arbeitskräften eingehalten werden.

Üblicherweise bekommt ein Generalunternehmen den Zuschlag für den Auftrag und vergibt die Arbeitsaufträge an mehrere Subunternehmen. Und hier genau liegt das Problem. Es bleibt nicht bei einzelnen Subunternehmen, die die Arbeiten direkt ausführen, nein, es werden ganze Ketten von Subunternehmen gebildet, sogar Zwischensubunternehmen bieten sich an, die die Arbeiten selber gar nicht ausführen wollen, sondern nur an ein weiteres Subunternehmen vergeben. Oftmals geht es den Einzelunternehmen nur um den hohen Eigenverdienst und um gar nichts anderes, es ist also eine Reinkultur von Kapitalismus.

Natürlich werden die Arbeitspreise gedrückt und unterboten. Das geht soweit, bis die letzten Glieder in der Kette kaum mehr etwas verdienen und zu Stundenlöhnen von CHF 14 arbeiten müssen. Dumm läuft es, wenn die Zahlung von oben her stockt und der Dominoeffekt voll durchgreift und die Arbeiter ihre Löhne nicht ausbezahlt bekommen, weil kein Geld vorhanden ist. Andere Grosse haben eben schon abkassiert.

Ich frage Sie, wer übernimmt die Verantwortung für die Einhaltung der Arbeits- und Lohngesetze? Wer fühlt sich verantwortlich, wer hat noch einen Überblick in diesem Dschungel von Verträgen? Wer ist haftbar bei Arbeitsunfällen? Der Beantwortung meiner Interpellation, die wir nachher auch noch besprechen, kann ich entnehmen, dass sich der Kanton mit seinen zwei Verwaltungsräten in der Messe gut eingesetzt hat, dass der Einhaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen bei den Ausführungen dieses ambitionierten Bauprojektes eine hohe Priorität eingeräumt werde. Weiter wird festgehalten, dass das Totalunternehmen HRS Real Estate sich gegenüber der Messe verpflichtet habe, die geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen einzuhalten und einzufordern und nur Personal mit gültigen Arbeitsbewilligungen zu beschäftigen. HRS Real Estate habe sich darüber hinaus verpflichtet, die gleichen Bedingungen gegenüber ihren Subunternehmen durchzusetzen, aber eben nur gegenüber ihren direkten Subunternehmen. Was aber in der Kette zwischen den einzelnen Gliedern weitergegeben wurde, untersteht anscheinend nicht dem Verantwortungsbereich der Generalunternehmen.

Sie sehen also, die gesetzlichen Grundlagen genügen nicht! Es bestehen Gesetzeslücken, die es erschweren, bei Verstössen gegen Arbeits- und Lohnrecht einzugreifen. Und hier setzt meine Motion an. Wir fordern, dass das öffentliche Beschaffungswesen abgeändert wird resp. ergänzt wird, damit Ketten von Subunternehmen in Zukunft unterbunden werden. Anbieter sollen dazu verpflichtet werden, Aufträge nur direkt an Subunternehmen weiterzugeben, diese müssen vertraglich verpflichtet werden, die Aufträge selbst auszuführen und nicht weiterzugeben.

Dies muss für alle Anbietenden nach § 4 des Beschaffungsgesetzes gelten und zusätzlich dort, wo die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist oder als Subventionsgeber auftritt. Darüber werden wir ja anlässlich der nächsten Motion noch sprechen. Ich habe dieses Beispiel Messe Schweiz genommen im Bewusstsein, dass das nicht bei der öffentlichen Hand liegt, doch dies soll über den anderen Zusatz geregelt werden, den die Motion Heidi Mück fordern wird.

Meine Vorredner haben die KMU verteidigt. Ich glaube, gerade das Gegenteil ist der Fall, die Aufträge werden nämlich in der Region, im Land bleiben, und müssen nicht an Billiglöhstaaten abgegeben werden. Ich bitte Sie also, diese Motion zu überweisen.

**Zwischenfrage**

*Patrick Hafner (SVP):* Haben Sie Ihrem Regierungsrat zugehört?

*Dominique König (SP):* Ich habe meinem Regierungsrat zugehört, aber ich muss ihm nicht immer alles glauben.

**Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**50 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 42, 07.02.13 11:12:18]

**Der Grosse Rat beschliesst**

auf die Motion 12.5375 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

**3. Motion Heidi Mück und Konsorten zur Änderung des Beschaffungsgesetzes: Senkung des Anteils der öffentlichen Hand für die Unterstellung unter das Gesetz**

[07.02.13 11:12:39, 12.5376.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 12.5376 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Michel Rusterholtz (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Die Motionäre wollen die Unterstellung unter das Beschaffungsgesetz ausweiten auf kantonale Minderheitsbeteiligungen bzw. Minderheitsengagements zwischen 49 und 25%. Dies ist auf der einen Seite gar nicht nötig, da auf der eidgenössischen Ebene die Solidaritätshaftung der Generalunternehmen für seine Subunternehmen kürzlich eingeführt wurde. Dies stellt ein sehr effektives Mittel zur Bekämpfung von Lohndumping und Schwarzarbeit dar. Auf der anderen Seite würden einige beträchtliche Nachteile entstehen. Der Standort Basel-Stadt würde höhere Hürden für potentielle Investoren schaffen und dies bei einer blossen Minderheitsbeteiligung des Kantons. Dies ist nicht nur unverhältnismässig, sondern birgt auch das Risiko, solche Investoren abzuschrecken. Diese weichen dann in der Folge auf andere Standorte aus.

Bietende KMU würden mit administrativem Mehraufwand und somit mehr Kosten belastet. Dies ist bei einer jetzt schon sehr hohen Belastung durch die Behörden nicht mehr zumutbar. Auch die Behörden würden durch eine Flut von neuen Projekten belastet, was auch wieder höhere Kosten bewirken würde. Aufgrund der unerfreulichen Vorkommnisse auf der Messebaustelle ist der Regierungsrat sensibilisiert und wird mit Sicherheit ein stärkeres Augenmerk auf alle Projekte mit Staatsbeteiligung haben. Die Herabsetzung des im Gesetz festgelegten Anteils auf 25% ist nicht notwendig. Deshalb stellt die Fraktion der SVP den Antrag, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

*Andreas Albrecht (LDP):* Die Fraktionen der LDP und der CVP machen Ihnen beliebt, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen, und zwar aus den folgenden Gründen:

Erstens scheint offensichtlich, dass die Überweisung dieser Motion an den Regierungsrat das anvisierte Problem nur dann zu lösen vermag, wenn im Sinne der Motion, die wir soeben behandelt haben, das kantonale Beschaffungsgesetz dahingehend geändert wird, dass Vergabe an Subakkordanten generell verboten wird. Solange diese Änderung nicht umgesetzt wird, kann diese Motion, die wir jetzt behandeln, das anvisierte Problem ja nicht lösen, denn auch im jetzt geltenden öffentlichen Beschaffungsgesetz ist die Vergabe an Subakkordanten ja nicht verboten. Insofern scheint es uns folgerichtig, nachdem wir schon bei der letzten Motion die Meinung vertreten haben, dass diese Änderung des kantonalen Gesetzes nicht richtig ist, dass die Ausdehnung der Anwendung dieses kantonalen Gesetzes auf die Projekte mit kantonaler Minderheitsbeteiligung nicht zielführend ist, auch wenn man die Methode der Zielerreichung als sinnvoll erachten würde.

Zweitens würde mit der jetzt zu behandelnden Motion noch etwas ganz anderes bewirkt als nur die Frage der

Dumpinglöhne zu regeln. Es würde bewirkt, dass auch für solche Projekte mit einer blossen Minderheitsbeteiligung des Kantons das umfangreiche öffentlich-rechtliche Submissionsverfahren durchgeführt werden müsste. Etwas, das mit dem hier zur Diskussion stehenden Problem eigentlich überhaupt nichts zu tun hat. Das scheint uns nun wirklich eine in keiner Art und Weise gerechtfertigte Regelung zu sein. Bei Projekten, bei denen nicht die öffentliche Hand die Mehrheit entweder auf Seiten des Auftraggebers oder im Bereich der Finanzierung vertritt, ist es nicht richtig und nicht sachgerecht, dass das aufwendige und umfangreiche kantonale Submissionsrecht bei der Vergabe der Aufträge zur Anwendung kommt. Aus diesem Grund wird mit dieser Motion eine Überregelung angestrebt, die auch mit dem anvisierten Problem überhaupt nicht im Zusammenhang steht. Davon möchten wir abraten.

Schliesslich muss man auch ganz generell zur Problematik sagen, dass es sehr viele gute Gründe gibt, weshalb bei einem übernommenen Auftrag eine Vergabe an einen Subakkordanten erfolgen kann, insbesondere die Frage der Auslastungsallokation, und es ist nicht sinnvoll, mit einem derartig rigiden Regelungswildwuchs zu reagieren, auch wenn hier zugegebenermassen Probleme bestehen. Das ist völlig übertrieben. Wir haben es hier nicht mit dem Problem einer Gesetzeslücke zu tun, sondern mit einem Vollzugsproblem. Wir brauchen nicht neue, bessere und griffigere Verbote und staatliche Interventionen, sondern wir müssen den Vollzug verbessern.

Möglicherweise ist tatsächlich die Regelung mit der Solidarhaftung hier ein gangbarer Weg, immerhin habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass es offenbar schon mit der heutigen Rechtslage möglich ist, wenn der Bauherr sich entsprechend engagiert, solche Missbräuche im Lohnbereich zu verhindern. Das ist interessant, weil in der Zukunft mit der Regelung der Solidarhaftung auch die privaten Bauherrschaften alles Interesse haben werden, solche Missbräuche zu verhindern. Da das offenbar möglich ist, bin ich sehr zuversichtlich, dass wir das Problem damit vielleicht nicht zu 100% in den Griff bekommen, aber doch einschränken können, und dass es deshalb diese rigide Regelung, die jetzt hier vorgeschlagen wird mit den nicht im Sachzusammenhang stehenden Nebenwirkungen, nicht braucht. Ich bitte Sie daher, die Motion nicht zu überweisen.

*Dominique König (SP):* Logischerweise empfehle ich Ihnen auch diese Motion zu überweisen, weil sie mit meiner vorher überwiesenen Motion zusammenhängt. Ich bin überhaupt nicht der Meinung von Andreas Albrecht, denn der Hase liegt genau dort begraben, dass der Staat mehr Eingriffsmöglichkeiten hat, auch bei privaten Aufträgen und bei privaten Bauvorhaben einzugreifen und das Beschaffungswesen geltend zu machen. Das ist eine politische Haltung, in der wir uns unterscheiden.

In § 4 des Submissionsgesetzes wird der Geltungsbereich des Beschaffungswesens geregelt, und man müsste meinen, dass selbstverständlich auch die Messebaustelle darunter fällt, da die öffentliche Hand eine hohe Beteiligung hat und eine grosse Investitionssumme übernommen hat. Doch der Anteil an öffentlichen Geldern beträgt "nur" 33,5% und liegt somit unter dem festgelegten Grenzwert von 50% und fällt de facto nicht unter das Beschaffungsgesetz. Wie ich vorher ausgeführt habe, erschwert es die konsequente Einhaltung und Einforderung der geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen durch die kantonalen Gremien.

Bei einer zwar hohen Beteiligung kann der Kanton durchaus die Vertragsbedingungen mitgestalten, was bei der Messe ja auch getan worden ist, doch letztlich sind ihm die Hände gebunden und es ist abhängig von der jeweiligen Kantonsvertretung in den Verwaltungsräten der privaten Bauträger, wie stark diese auf die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einwirken.

Damit das Beschaffungswesen also auch bei tieferen finanziellen Beteiligungen durch die öffentliche Hand angewendet werden kann und die geltenden arbeitsrechtlichen Bedingungen gesetzlich eingefordert werden können, muss der Anteil, den die öffentliche Hand an ein Bauprojekt zahlt, verringert werden. Die Motionäre laden deshalb den Regierungsrat ein, eine Gesetzesanpassung vorzunehmen, das Beschaffungswesen soll auch auf Organisationen und Unternehmen angewendet werden können, wo Gemeinwesen mit 25% und mehr beteiligt sind resp. dort, wo die Subventionen 25% und mehr der Gesamtkosten betragen.

Ich bitte Sie also um Überweisung der Motion an den Regierungsrat.

*Eric Weber (fraktionslos):* Im Namen der Volksaktion möchte ich folgende Stellungnahme abgeben: Ich habe Ihnen gestern erzählt, dass ich ein politisches Urgestein sei. Wir können diese Motion nicht überweisen. Ich nenne die rechtlichen Gründe, es ist nicht erlaubt. Ich danke der BZ, sie hat auch heute geschrieben, dass ich es schaffe, den durch ein fein ziseliertes Paragrafenkorsett festgelegten Ratsbetrieb zu beschäftigen. Ich habe zum Thema Motion und Anzug ein Gespräch mit dem Parlamentsdienst geführt. Wir sind in diesem Haus nicht alle gleich, es gibt Grossräte erster Klasse und Grossräte zweiter Klasse. Ich habe keine Motion und keinen Anzug für den Monat Februar einreichen dürfen. Ich kann zwar eine Motion oder einen Anzug eingeben, aber diese werden erst im März oder April behandelt.

Inhaltlich darf diese Motion nicht auf die Tagesordnung, wie alle anderen Anzüge, denn die neuen Grossräte hatten für den Februar keine Möglichkeit, Eingaben zu machen. Nur die alten Grossräte durften dies.

*Heidi Mück (GB):* Die vorliegende Motion ist wie die Motion von Dominique König Teil eines Pakets, welches das Grüne Bündnis zusammen mit der SP erarbeitet hat, weil wir die Vorkommnisse auf der Messebaustelle beschämend finden und etwas unternehmen wollen, damit sich hier in Zukunft etwas verbessert. Die Messebaustelle hat uns vor Augen geführt,

dass Lohndumping auf Baustellen offenbar gang und gäbe ist, und es sind nicht nur die grossen prestigeträchtigen Bauprojekte, die von Skandalen erschüttert werden, auch auf kleinen Baustellen werden die orts- und branchenüblichen Arbeits- und Lohnbedingungen nicht immer eingehalten. Der generelle Kosten- und Termindruck in der Baubranche führt dazu, dass elementare Regelungen wie das Arbeitsgesetz, die Ruhezeiten und sonstige gesetzlich geregelte Arbeits- und Schutzbedingungen nicht eingehalten werden, was für die betroffenen Arbeitnehmer sehr schwerwiegende Folgen haben kann.

Das Problem lässt sich nicht schönreden und die Messebaustelle ist die Spitze des Eisbergs. Es sind nun auch schon einige Bestrebungen im Gang, die zu einer Verbesserung der Situation führen könnten, wie zum Beispiel die Verbesserung der Kontrollen, die Klärung der Zuständigkeiten und die klare Zuweisung der Verantwortung. In Basel-Stadt gibt es das Gesetz über öffentliche Beschaffungen, welches das Verfahren und die Bedingungen für öffentliche Vergaben regelt. In unserem Beschaffungsgesetz sind schon recht gute Schutzmassnahmen verankert. So werden zum Beispiel ausländische Anbietende verpflichtet, für die Arbeiten vor Ort die geltenden Gesamtarbeitsverträge oder die orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen dauernd und vollumfänglich einzuhalten. Das wäre eigentlich ein wirksamer Schutz vor Lohndumping, wenn das Gesetz wirklich streng und kompromisslos angewendet würde. Doch das ist eine andere Geschichte, ein anderer Kampf, der an anderer Stelle geführt werden muss.

Ich komme zurück zu § 4 Abs. 3 des Beschaffungsgesetzes. Es regelt den Geltungsbereich des Gesetzes. Es heisst dort unter anderem, "Kanton und Gemeinden sorgen dafür, dass das Gesetz über öffentliche Beschaffungen auch angewendet wird a) durch Organisationen und Unternehmen, an denen Gemeinwesen mehrheitlich beteiligt sind und b) auf Objekte und Leistungen, welche die Gemeinwesen mit mehr als 50% der Gesamtkosten subventionieren." Wir haben es gehört, der Kanton Basel-Stadt ist mit 33,5% an der MCH Group AG beteiligt, er ist eigentlich ein grosser Aktionär. Trotzdem fällt die Messebaustelle nicht unter das Beschaffungsgesetz. Die öffentliche Hand, also die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Zürich sowie die Stadt Zürich halten zusammen genau 49% der MCH Group. Welch ein Zufall!

Mit der vorliegenden Motion soll das Beschaffungsgesetz verändert werden, so dass es auch auf Organisationen und Unternehmen angewendet werden kann, an welchen Gemeinwesen mit 25% und mehr beteiligt sind, resp. auf Objekte und Leistungen, welche die Gemeinwesen mit 25% und mehr der Gesamtkosten subventionieren. Damit soll erreicht werden, dass das Beschaffungsgesetz schon bei einer geringeren Beteiligung der öffentlichen Hand greift.

Es ist mir bewusst, dass damit nicht alle Probleme gelöst werden können, doch möchte ich die Möglichkeiten für eine Einflussnahme des Kantons bei seinen Bauprojekten erhöhen. Es darf nicht sein, dass unsere Regierung sagen muss, wir finanzieren zwar einen namhaften Anteil eines Bauprojektes, aber wir haben keine rechtliche Handhabung, auf die Vergabebedingungen Einfluss zu nehmen. Wenn wir diese Motion überweisen, kann die Regierung immerhin einmal prüfen, ob die Senkung des Anteils der öffentlichen Hand auf 25% für die Unterstellung unter das Beschaffungsgesetz ein gangbarer Weg wäre, um den Einfluss des Kantons zu erhöhen.

Als Argument wurde vorgebracht, dass die Solidarhaftung auf nationaler Ebene eingeführt wurde. Wir warten, wie die Verordnung ausgestaltet wird, erst dann wird sich weisen, ob das wirklich ein griffiger Weg ist. Wir sind da überhaupt noch nicht sicher. Sie haben es jetzt in der Hand, mit der Überweisung dieser Motion auch ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen, dass Sie bereit sind, etwas für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Schutzes der Bauarbeiter zu unternehmen. Ich bitte Sie wirklich, dieses Zeichen zu setzen und die Motion zu überweisen.

### Zwischenfrage

*Emmanuel Ullmann (GLP):* Diese Lex Messe Schweiz beschneidet die Eigenverantwortung des Verwaltungsrats. Können Sie mir sagen, wie die Motion ausgefallen wäre, wenn das Gemeinwesen nur eine Beteiligung von 20% an der Messe Schweiz gehabt hätte?

*Heidi Mück (GB):* Wahrscheinlich hätte ich eine Forderung in Richtung 20% gestellt.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**45 Ja, 43 Nein.** [Abstimmung # 43, 07.02.13 11:31:01]

### Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 12.5376 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

**4. Motion Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Einführung der Kompetenz der Polizistinnen und Polizisten zur direkten Bussenerhebung bei Verstössen gegen das kantonale Übertretungsstrafgesetz**

[07.02.13 11:31:11, 12.5377.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 12.5377 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Lukas Engelberger (CVP/EVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Angesichts der Kreuztabelle mache ich mir nicht grosse Hoffnungen, Sie davon zu überzeugen, dass diese Motion nicht zu überweisen ist. Trotzdem möchte ich Ihnen meine Bedenken darlegen. Es geht mir vor allem darum, den Rechtsstaat und die Justizverfahren nicht zu schwächen. Verlangt wird im Grunde genommen ja nicht weniger als eine Erhöhung der Kompetenz des einzelnen Polizeibeamten. Es soll dann schneller gehen und etwas günstiger sein. Das ist eine mögliche Erwartung, man wird damit aber der Sache inhaltlich nicht gerecht. Der Punkt, der für das bisherige Verfahren mit dem Strafbefehl unter Einbezug der Staatsanwaltschaft spricht, ist eine Art Filterfunktion, eine Kontrollinstanz, ein Anwendungsfall des 4-Augen-Prinzips. Diese Bussen sollen eben nicht leichthin auf der Strasse ausgesprochen werden können, sondern den Weg durch die Staatsanwaltschaft nehmen, wo eine gewisse Prüfung möglich und durchzuführen ist. Ordnungsbussen sind ja nur dort angemessen, wo es sich um kleinere Delikte handelt, die problemlos abgehandelt werden können, weil man sich nicht über das Verschulden Gedanken machen muss oder über die Hintergründe des Beschuldigten, sondern einfach eine standardisierte Bestrafung verhängen kann.

Wir sollten nicht zu viele Übertretungen diesem Bereich überlassen sondern Raum lassen für den Filter, den wir haben im Verfahren durch die Staatsanwaltschaft. Das wäre hier nicht mehr möglich, und man kann sagen, dass mit dieser Motion der Rechtsstaat geschwächt würde. Ich gehe davon aus, dass das auch die Akzeptanz der so verhängten höheren Bussen schwächen würde, es gäbe mehr Einsprachen und unter dem Strich hätte man gar nichts gespart. Man hat mir gesagt, das Verfahren der Überweisung von Polizei an Staatsanwaltschaft sei nicht problematisch, sei kein grosser Aufwand, und insofern sehe ich keinen Anlass und kein Problem, dem man begegnen müsste. Ich möchte Sie bitten, die Motion nicht zu überweisen.

*Tanja Soland (SP):* Wir haben bereits den Pendenzenberg der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt zur Kenntnis genommen und haben ein Budgetpostulat überwiesen für eine Stellenaufstockung. Nun ist dies ein weiterer Versuch, diese Pendenzen abzubauen zu helfen. Es geht hier um die Erhöhung der Kompetenz für die Polizei beim Erteilen von Ordnungsbussen. Ich gebe Lukas Engelberger Recht, dass im Moment nicht ganz klar ist, ob man damit wirklich das erreicht, was man will, aber dies soll ja die Regierung prüfen. Natürlich geht es nicht darum, bei wirklich schwierigen und umstrittenen Fällen oder bei groben Delikten die Kompetenz zu erhöhen, sondern nur bei einfachen Delikten. Im Übertretungsstrafgesetz gibt es wahrscheinlich wirklich noch Spielraum.

Die Akzeptanz spielt sicher eine Rolle, diese spielt übrigens auch eine Rolle bei Strafbefehlen von der Staatsanwaltschaft. Da ist immer noch nicht geklärt, ob die Akzeptanz höher ist als früher beim Gericht. Wenn ein Polizist oder eine Polizistin erklärt, was falsch gemacht wurde - es geht ja um einfache Dinge -, dann wird wohl die Akzeptanz grösser sein. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass man dies angehen muss, nicht immer nur mit Stellenerhöhung und mehr Personal, sondern indem man sich auch fragt, wo das System etwas vereinfacht werden könnte. Deshalb möchten wir, dass der Regierungsrat gerade diesen Punkt näher betrachtet, und ich bitte Sie deshalb, diese Motion zu überweisen.

*André Auderset (LDP):* Ich stelle zu meinem Erstaunen fest, dass ich gleicher Meinung bin wie Tanja Soland. Schon allein das sollte Sie dazu bewegen, für Überweisen zu stimmen.

Tanja Soland hat zu Recht den Verwaltungsaspekt angesprochen, dass wir nämlich die Staatsanwälte wirklich für anderes brauchen als dafür, Strafbefehle zu schreiben. Wir brauchen vor allem auch die Polizisten für etwas anderes, nämlich auf der Strasse präsent zu sein anstatt Schreibearbeit im Büro zu erledigen.

Ich möchte aber auch auf die Vereinfachung für den Bürger und für die Bürgerin zu sprechen kommen. Wenn jemand ein kleines Vergehen begeht, das dummerweise nicht im Katalog der Ordnungsbussen ist, also verzeigt werden muss, dann hat er neben der Busse noch eine Verzeigungsgebühr von CHF 150 und Gerichtsgebühren von CHF 200 zu bezahlen, er bezahlt dann also statt CHF 120 für die Busse insgesamt CHF 470. Der Bürger wird also mehr bestraft, als wenn es eine Ordnungswidrigkeit ist, die im Katalog vorhanden ist.

Es stimmt nicht, Lukas Engelberger, dass damit der Rechtsstaat geschwächt wird. Vielleicht muss klar werden, was eine Ordnungsbusse ist. Es ist eine Möglichkeit für den Gebüssten, auf einfache Art Sühne für seine Verfehlung abzulegen, das heisst er wird gebüsst, er kann diese Busse bezahlen und akzeptiert damit seine Verfehlung oder er bezahlt sie nicht, und dann geht das ganz normale Verfahren via Verzeigung los, das heisst es ist überhaupt keine Verschlechterung für den Gebüssten sondern eine zusätzliche Möglichkeit, auf eine relativ einfache und "kostengünstige" Art zu einer Erledigung seiner Verfehlung zu kommen. Damit ist das keine Schlechterstellung des Beschuldigten, keine Schwächung des Rechts, sondern schlicht und ergreifend eine Vereinfachung sowohl auf Seiten der Gebüssten wie auf Seiten der Büssenden.

Schliesslich möchte ich noch ein Beispiel nennen, warum dieser Katalog etwas mangelhaft ist. Als ich noch

Beschwerdebeauftragter im damaligen Polizei- und Militärdepartement war, kam die Beschwerde eines Gebüssten, er habe nicht im Auto telefoniert, sondern er habe sich rasiert. Ich habe ihm daraufhin mitgeteilt, dass damit die Busse zurückgezogen werde, dass er allerdings eine Verzeigung bekomme, denn Rasieren sei auch verboten, sei aber nicht im Katalog der Ordnungsbussen. Sie sehen also, es ist relativ zufällig, ob etwas gebüsst oder verzeigt wird. Bitte helfen Sie zu vereinfachen und überweisen Sie die Motion!

*Emmanuel Ullmann (GLP):* Die wesentlichen Argumente wurden von Tanja Soland und André Auderset bereits erwähnt. Meine Motion ist ein Versuch, die Abläufe effizienter zu gestalten, die administrativen Arbeitsabläufe bei der Polizei zu verkleinern und für den Gebüssten eine gerechte Busse zu verhängen, die nicht mit Verfahrenskosten der Staatsanwaltschaft noch verteuert wird.

Es ist richtig, Lukas Engelberger, dass für die Staatsanwaltschaft diese Abläufe nicht zu einem Effizienzgewinn führen, der erste Staatsanwalt hat mir gesagt, dass die Abläufe elektronisch laufen, es gäbe keinen grossen Effizienzgewinn. Aber die Situation sieht anders aus für die Polizei und selbstverständlich für den Gebüssten. Der Gebüsste kann auch nach Umsetzung der Motion gegen die Busse Einsprache erheben, wenn er das wünscht. Ich gehe mit André Auderset einig, dass man nicht sagen kann, dass es in Zukunft von Gebüssten mehr Einsprachen gäbe, wenn sie diese Busse direkt von der Polizei erhalten. In der Tat ist es seltsam, wenn Sie auf eine Busse von CHF 100 noch Verfahrenskosten von CHF 200 bezahlen müssen.

Die Motion ist ein Versuch und es wird wohl auch gelingen, die Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten, ohne den Staatsapparat aufzublähen. Sie ist verhältnismässig und gerecht, die Rechtssicherheit bleibt bestehen. Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**70 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 44, 07.02.13 11:41:55]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf die Motion 12.5377 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

### **31. Anzüge 1 - 2**

[07.02.13 11:42:09]

#### **1. Anzug Regiokommission betreffend "Haus der Region"**

[07.02.13 11:42:09, 12.5359.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5359 entgegenzunehmen.

*Andreas Ungricht (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Im Namen der Fraktion SVP beantrage ich Ihnen, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Es kommt mir so vor, wie die nicht demokratisch legitimierte Einrichtung im Haus der Kantone in Bern, die in einem kleineren Massstab in Basel umgesetzt werden soll. Nebst staatlichen würden auch private Trägerschaften die Möglichkeit erhalten, kostengünstig bis kostenlos eine Plattform zu erhalten, um ihren Projekten zu frönen. Die mit einem entsprechend hohen Verwaltungsaufwand. Wir geben den Anti-EU-Reflex ja zu. Und im Blick auf das Ziel der Regio Basiliensis liegen wir nicht ganz falsch. Ich zitiere: "Die Regio Basiliensis ist die Schweizer Partnerin für die Oberrheinrat-Kooperation. Ihr Zweck ist es, von schweizerischer Seite Impulse für die Entwicklung der oberrheinischen Raumes zu einer zusammengehörigen europäischen Grenzregion zu geben und bei der Realisierung mitzuwirken."

Die Grenzregion existiert ja schon. Schauen Sie mal, wie viel Leute von Frankreich und Deutschland zu uns arbeiten kommen. Schauen Sie mal, wie Viele von uns dort Einkaufen gehen. Was will man da noch mehr? Etwas eine eigene

Währung? Oder einheitliche Gesetze und Steuern? Also ein Staat im Staat? Das ist aus unserer Sicht Unsinn.

Zusammenarbeit ist gut, da haben wir nichts einzuwenden. Ich schlage vor, dass sich die im Anzug genannten Institutionen selbst miteinander beschäftigen und miteinander eine Lösung erarbeiten und dann einen Vorschlag bringen. Dann gibt es ganz viele Sitzungen und Hochglanzbroschüren, da bleibt sicher auch Platz für eine interne Auseinandersetzung. Ob die Schaffung eines Hauses der Regionen mit vielen Einzelnen in einer Matrix-Organisation die primäre Aufgabe des Regierungsrates ist, bezweifeln wir.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**60 Ja, 12 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 45, 07.02.13 11:46:01]

### Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 12.5359 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## 2. Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend verbesserte Unterstützung für Primarlehrkräfte

[07.02.13 11:46:08, 12.5373.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 12.5373 entgegenzunehmen.

*Bruno Jagher (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Ein missratenes und gescheitertes Schulsystem mit zusätzlichen Ausbildungen des Lehrpersonals und höheren Löhnen zu übertünchen ist für uns der falsche Weg. Deshalb beantragen wir Ihnen Nichtüberweisung dieses Anzugs.

*Thomas Grossenbacher (GB):* Ich darf hier im Namen des Grünen Bündnisses und der SP sprechen. Wir unterstützen den vorliegenden Anzug selbstverständlich. Tatsächlich haben sich das Berufsbild und insbesondere die Ansprüche an die Lehrpersonen auf der Primarschule und auch auf der Sekundarstufe I massiv verändert, im Sinne von zusätzlichen Aufgaben, welche zum Grundauftrag der Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten hinzu gekommen sind. Diese Veränderungen sind nicht per se kritisch zu beurteilen, da bin ich anderer Meinung als mein Vorsprecher Bruno Jagher. In ihrer täglichen Arbeit beweisen Lehrpersonen auf allen Stufen ihre Bereitschaft, auf die fremden Ansprüche zu reagieren. Meine Wahrnehmung ist jedoch, dass diese Bereitschaft und die Zusatzaufgaben dazu führen, dass die Lehrpersonen immer mehr in die Gefahr laufen, sich zu überfordern. Die daraus resultierenden Zeichen müssen ernst genommen werden, Annemarie Pfeifer erwähnt sie in ihrem Anzug, und der eingeschlagene Weg muss überdacht werden.

Ein Bereich stellt der eingeschlagene Weg bei der Integration dar von Kindern mit körperlichen Behinderungen und auch von verhaltensauffälligen Kindern. Dazu muss aber nicht der Grundsatz der Integration in Frage gestellt werden, sondern die aktuelle Praxis hinterfragt, überprüft und aufgrund der Erfahrungen aus dem Berufsalltag der Lehrpersonen angepasst werden. Wie bereits erwähnt, gilt dieser Wunsch nicht nur dem Bereich der Integration, dass dieser überprüft wird, sondern er gilt generell.

Interessant für mich ist, dass dieser Anzug aus Riehen kommt. Ich sage dies deshalb, weil Riehen für die Primarstufe sich selbst verantwortlich zeigt. Der Gemeinde wurde diese Verantwortung in der Autonomie übertragen. Ich denke, es ist wichtig, dass dieser Anzug auch in Riehen selbst noch gestellt wird, bzw. die Gemeinde Riehen ihr Potential, ihre Flexibilität und Autonomie wahrnimmt und hier vielleicht andere Wege einschlägt, als sie im Kanton teilweise Praxis sind.

Weiter möchte ich betonen, es gilt diese Frage der Belastung nicht nur für die Primarstufe, auch die konkret gestellte Frage der Integration, sie gilt genauso für die Sekundarstufe I. Deshalb bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.

*Annemarie Pfeifer (CVP/EVP):* Ich bedanke mich für die guten Worte, die ich von Thomas Grossenbacher gehört habe. Es ist nicht bestritten, dass die Schulen im Umbruch sind. Ich habe mich hier auf die Primarschulen beschränkt, natürlich

ist die zukünftige Sekundarstufe I auch von grossen Herausforderungen geprägt, und auch dort wird man genauer hinschauen müssen.

Mir ist einfach wichtig zu betonen, dass es im System eine gewisse Ungerechtigkeit gibt. Das Berufsbild der Lehrkräfte hat sich sehr stark verändert, der Primarlehrer ist nicht mehr ein Einzelkämpfer im kleinen, eigenen Reich. Die Lehrer sind eine Art Bildungsmanager geworden, die Kinder, Eltern und ein zunehmendes Heer von heilpädagogisch Gebildeten bis hin zur Sozialarbeiterin wollen koordiniert sein. Und so ist es die Primarlehrkraft, die den Lehrinhalt vorgibt und die anderen kommen zur Primarlehrkraft und wollen wissen, was los ist und was sie tun müssen. Da leuchtet es mir nicht ein, dass die Primarlehrkräfte in der Lohnordnung so viel tiefer eingestuft sind als die Kollegen von der Gymnasialstufe.

Es geht mir nicht darum, die verschiedenen Stufen gegeneinander auszuspielen, sondern einfach das Ganze anzuschauen. Eine Primarlehrkraft beginnt mit CHF 73'000 und am Ende der Laufbahn verdient sie CHF 120'000. Beim Gymnasium beginnt man mit CHF 97'000 und hört auf bei CHF 160'000. Da gibt es doch bis zu CHF 40'000 Unterschied jährlich. Bis jetzt wurde einfach das Studium mit einberechnet, aber das Studium hat ja letztlich auch der Staat bezahlt.

Deshalb muss man das System anschauen und dieses wie in anderen Kantonen anpassen. Im Kanton Zürich wurde zum Beispiel die Lektionenzahl bei den Primarlehrern um zwei Lektionen pro Woche verringert. Der Kanton Bern ist sehr aktiv in der Burnout-Prophylaxe. Ich denke, der Kanton Basel-Stadt kann hier auch nachbessern. Danke, wenn Sie diesen Anzug überweisen.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**56 Ja, 22 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 46, 07.02.13 11:53:38]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 12.5373 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### **32. Beantwortung der Interpellation Nr. 123 Roland Engeler-Ohnemus betreffend Angebotsabbau auf der Buslinie 31 zum Friedhof Hörnli**

[07.02.13 11:53:53, BVD, 13.5002.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist nicht mehr Mitglied des Rates.

Die Interpellation 13.5002 ist **erledigt**.

### **33. Beantwortung der Interpellation Nr. 124 Andreas Ungricht betreffend BVB-Anzeigen-Debakel**

[07.02.13 11:54:46, BVD, 13.5003.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Andreas Ungricht (SVP):* Danke für die Beantwortung dieser Interpellation. Es ging dabei um die fehlerhaften Anzeigetafeln der BVB. Ich bin von der Antwort des Regierungsrats sehr befriedigt, nicht aber von der BVB selbst. Auf die Fragen 8 und 9 betreffend Mehrkosten war die Antwort der BVB, dass das alles im Budget liegt. Da frage ich mich schon, wie budgetiert wird, ob der riesige Mehraufwand schon im Budget geplant wird oder ob da etwas vertuscht wird.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 13.5003 ist **erledigt**.

### **Tagesordnung**

Die verbleibenden Geschäfte werden auf die Tagesordnung der Sitzung vom 13. / 20. März 2013 vorgetragen:

34. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Salome Hofer und Konsorten betreffend einer Jugendbewilligung für Basel (12.5147.02)
35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martina Saner und Konsorten betreffend Abbau von Zugangsbarrieren in öffentlichen Schwimmbädern für Personen mit Behinderung (10.5208.02)
36. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend nachhaltige Beschaffung nach ökologischen Kriterien beim Kanton und seinen Betrieben (10.5170.02)
37. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Spielstrassen auf Zeit - "beispielbare Stadt-Quartiere" (10.5287.02)
38. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend Parkplatzbewirtschaftung Motorräder und Motorroller (08.5349.04)
39. Beantwortung der Interpellation Nr. 122 Roland Vöggtli betreffend Austausch 4 Jahre alter Küchengeräte in den 156 Wohnungen im Bäumlhof (13.5001.02)
40. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Markus Lehmann und Konsorten betreffend Herzstück - ein Projekt für Public Private Partnership (PPP)? (10.5324.02)
41. Beantwortung der Interpellation Nr. 121 Toni Casagrande betreffend Sicherheit in Uni-Hörsälen (12.5379.02)
42. Beantwortung der Interpellation Nr. 126 Markus Lehmann betreffend Ranking Uni Basel - stimmt die Qualität? (13.5005.02)
43. Schreiben der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Anzug Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend ein langfristiges Konzept für die St. Jakobshalle (08.5066.03)
44. Beantwortung der Interpellation Nr. 115 Christian Egeler betreffend kundenfreundlichere IWB oder Rückvergütung an den Kanton Basel-Stadt? (12.5348.02)
45. Beantwortung der Interpellation Nr. 119 Dominique König-Lüdin betreffend Ungereimtheiten in Zusammenhang mit der Messebaustelle (12.5360.02)
46. Beantwortung der Interpellation Nr. 120 Heidi Mück betreffend Massnahmen zur Verbesserung der Zustände auf Baustellen des Kantons oder mit kantonaler Beteiligung am Beispiel der Messebaustelle (12.5358.02)
47. Beantwortung der Interpellation Nr. 125 Christoph Wydler betreffend der EuroAirport baut ein neues Cargo Terminal (13.5004.02)
48. Beantwortung der Interpellation Nr. 127 Eveline Rommerskirchen betreffend geplanter Neubau einer Abfallbehandlungsanlage in Grenzach-Wyhlen (D) (13.5006.02)
49. Beantwortung der Interpellation Nr. 114 Jürg Meyer betreffend Wahrung der Verhältnismässigkeit des Eingriffs in die persönliche Freiheit beim Anordnen und Verlängern von Untersuchungs- und Sicherheitshaft (12.5345.02)

### **Schluss der 3. Sitzung**

11:56 Uhr

Basel, 21. März 2013

Dr. Conradin Cramer  
Grossratspräsident

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär



## Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 1 - 16	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1	Beatriz Greuter (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
3	Philippe Machereel (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
4	Dominique König (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
5	Ursula Metzger (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
6	Otto Schmid (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
7	Thomas Gander (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
8	René Brigger (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J
9	Christophe Haller (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	A	J	A	J	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	J	J	J	A	J	J	J	J	E	J	J	E	A	J
11	Christoph Holenstein (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J	E	J	J
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
13	David Jenny (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
14	Patrick Hafner (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	A	J	J	J	A	J	J
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J
16	Roland Lindner (SVP)	J	A	J	J	A	J	J	J	J	J	J	J	A	J	J	J
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
18	Michael Wüthrich (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
20	Elisabeth Ackermann (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J
21	Andreas Albrecht (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	A
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	J	J	A	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	J	J	A	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
26	Aeneas Wannier (GLP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	A
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
29	Daniel Goepfert (SP)	J	J	A	A	A	A	A	A	A	J	J	J	J	J	J	J
30	Tobit Schäfer (SP)	J	J	J	J	E	E	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
31	Jörg Vitelli (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
34	Andrea Bollinger (SP)	J	J	J	J	J	A	A	J	J	J	J	J	J	J	J	A
35	Greta Schindler (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
36	Stephan Luethi (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	A
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
38	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
40	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
41	Sebastian Frehner (SVP)	E	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	A
42	Alexander Gröflin (SVP)	E	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
46	Sibel Arslan (GB)	J	J	J	E	J	J	J	J	J	J	J	A	J	J	J	J
47	Brigitta Gerber (GB)	J	J	J	E	J	J	J	J	A	J	J	E	J	J	A	E
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
50	Nora Bertschi (GB)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J
51	Daniel Stolz (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	J	A	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
53	Elias Schäfer (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	E	J	J	E	E	J
54	Christine Wirz (LDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	A	J	J



Sitz	Abstimmungen 17 - 32	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
1	Beatriz Greuter (SP)	J	J	J	A	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	J	A	J	J	N	J	J	J	J	J	A	J	J	J	J	J
3	Philippe Macherel (SP)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
4	Dominique König (SP)	J	J	J	J	N	J	J	E	J	J	J	J	J	J	J	J
5	Ursula Metzger (SP)	J	A	J	J	N	J	J	J	E	J	J	J	J	J	J	J
6	Otto Schmid (SP)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
7	Thomas Gander (SP)	J	J	J	A	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
8	René Brigger (SP)	J	A	A	A	N	J	J	J	J	J	A	A	A	A	J	J
9	Christophe Haller (FDP)	E	J	A	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	A	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
11	Christoph Holenstein (FDP)	J	J	A	J	J	J	J	N	J	A	A	J	J	J	J	J
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	J	J	J	E	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
13	David Jenny (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
14	Patrick Hafner (SVP)	J	A	J	A	J	N	A	N	A	J	J	J	J	J	A	J
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	E	J	J	J	N	A	N	A	J	J	J	J	J	J	J
16	Roland Lindner (SVP)	J	J	J	J	J	A	J	A	J	J	J	J	J	J	J	A
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
18	Michael Wüthrich (GB)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
20	Elisabeth Ackermann (GB)	J	J	E	A	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
21	Andreas Albrecht (LDP)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	A	A	J	J	J
23	Michael Koechlin (LDP)	A	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	A	A	A	A	J
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	J	J	J	A	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
26	Aeneas Wannier (GLP)	J	J	A	A	N	J	J	N	A	J	J	A	A	J	J	J
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	A	A	A	J	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	A	A	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
29	Daniel Goepfert (SP)	A	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	A	J	J	J	J
30	Tobit Schäfer (SP)	J	A	J	J	N	J	J	J	A	J	J	A	A	A	A	A
31	Jörg Vitelli (SP)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	A	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	A
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	A	J	J	J	J	J
34	Andrea Bollinger (SP)	J	A	J	A	N	J	J	J	J	J	J	A	A	J	J	J
35	Greta Schindler (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
36	Stephan Luethi (SP)	A	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
38	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
40	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J	A	N	J	J	A	A	J	A	J	J	J	J	J
41	Sebastian Frehner (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	E	J	J	J	J	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	E	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	E	A	J	N	E	N	J	J	J	J	J	J	J	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
46	Sibel Arslan (GB)	J	A	J	A	N	J	J	J	J	J	E	A	A	A	A	A
47	Brigitta Gerber (GB)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	A	A	A	A	J
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
50	Nora Bertschi (GB)	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
51	Daniel Stolz (FDP)	J	J	A	A	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
53	Elias Schäfer (FDP)	J	J	J	A	J	J	J	E	J	J	J	J	J	J	J	J
54	Christine Wirz (LDP)	J	J	J	J	N	J	A	J	J	J	A	J	J	J	J	J



Sitz	Abstimmungen 33 - 46	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46
1	Beatriz Greuter (SP)	J	J	A	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	J	J	J	A	J	A	J	J	J	J	J	A	J	J
3	Philippe Machereel (SP)	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
4	Dominique König (SP)	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
5	Ursula Metzger (SP)	J	J	J	A	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
6	Otto Schmid (SP)	J	J	J	N	J	N	J	A	A	J	J	J	J	J
7	Thomas Gander (SP)	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
8	René Brigger (SP)	E	E	J	N	J	N	J	J	E	J	J	A	J	J
9	Christophe Haller (FDP)	J	J	A	A	N	A	N	N	J	N	N	J	E	N
10	Ernst Mutschler (FDP)	E	J	J	N	N	A	N	J	J	N	N	J	J	N
11	Christoph Holenstein (FDP)	J	J	J	N	N	A	A	A	A	A	A	A	A	A
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	J	N	N	N	E	J	J	J	N	J	J	N
13	David Jenny (FDP)	J	J	J	N	N	N	N	J	J	N	N	J	J	N
14	Patrick Hafner (SVP)	E	E	J	J	N	A	N	E	N	N	N	J	N	N
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	J	J	N	N	N	E	N	N	N	J	N	N
16	Roland Lindner (SVP)	A	J	J	A	A	A	A	A	A	N	N	J	N	N
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	J	J	N	N	N	J	N	N	N	J	N	N
18	Michael Wüthrich (GB)	J	E	J	N	J	N	J	E	J	J	J	J	J	J
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
20	Elisabeth Ackermann (GB)	J	J	J	N	J	A	E	J	E	J	J	A	A	A
21	Andreas Albrecht (LDP)	J	A	J	J	N	N	N	A	J	N	N	A	A	A
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	A	J	N	A	N	J	J	N	N	J	A	J
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	J	A	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	J	N	J	J	N	J	A	N	N	A	J	J
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	J	J	J	E	J	J	A	J	N	N	N	N	J	A
26	Aeneas Wannier (GLP)	J	J	J	J	J	N	N	J	J	N	N	J	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	J	J	J	N	N	J	A	N	N	J	J	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	A	J
29	Daniel Goepfert (SP)	J	J	A	N	J	N	J	J	J	J	J	A	A	J
30	Tobit Schäfer (SP)	A	A	A	N	J	N	J	A	J	J	N	A	J	J
31	Jörg Vitelli (SP)	J	E	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	A	A	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
34	Andrea Bollinger (SP)	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	A	A	J
35	Greta Schindler (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
36	Stephan Luethi (SP)	A	A	J	N	J	A	J	J	J	J	J	J	J	J
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
38	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
40	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J	N	J	N	J	A	J	J	J	J	J	J
41	Sebastian Frehner (SVP)	J	J	J	J	N	N	N	A	N	N	N	J	N	N
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	J	J	N	N	N	N	N	N	N	J	N	N
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	J	J	N	N	N	N	N	E	N	J	N	N
44	Joël Thüring (SVP)	E	E	J	J	N	N	N	N	E	N	N	J	N	N
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	J	J	N	N	N	N	N	N	N	J	N	N
46	Sibel Arslan (GB)	J	J	J	N	J	N	J	J	A	J	J	J	J	J
47	Brigitta Gerber (GB)	J	J	A	A	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J	N	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J
50	Nora Bertschi (GB)	J	J	J	N	J	A	J	J	J	J	J	J	J	J
51	Daniel Stolz (FDP)	J	J	J	N	N	N	N	J	J	N	N	J	J	A
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	N	N	N	N	J	J	N	N	J	J	N
53	Elias Schäfer (FDP)	J	J	J	N	N	N	N	N	A	N	N	J	J	N
54	Christine Wirz (LDP)	J	J	J	J	N	N	N	J	J	N	N	J	A	A



## Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

<b>Direkt auf die Tagesordnung kommen</b>		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen der kantonalen Volksinitiative für "bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt".		GD	12.1639.01
2.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Spielstrassen auf Zeit - "beispielbare Stadt-Quartiere"		BVD	10.5287.02
3.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Markus Lehmann und Konsorten betreffend Herzstück - ein Projekt für Public Private Partnership (PPP)?		FD	10.5324.02
4.	Schreiben der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Anzug Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend ein langfristiges Konzept für die St. Jakobshalle	<b>JSSK</b>	ED	08.5066.03
5.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 12.1870.01 betreffend Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums. <i>Partnerschaftliches Geschäft Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	<b>BKK</b>	BVD	12.1870.02
6.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ausgabenbericht Nr. 12.0623.01 betreffend Ausgabenbewilligung für Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz für die Jahre 2013 bis 2016 <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	<b>BKK</b>	PD	12.0623.02
7.	Vorgezogene Budgetpostulate für das Budget 2014			
1.	Vorgezogenes Budgetpostulat Lorenz Nägelin betreffend Dienststelle Nr. 520 / Staatsanwaltschaft / Personalaufwand / JSD			12.5275.01
2.	Vorgezogenes Budgetpostulat Dominique König-Lüdin betreffend Dienststelle Nr. 220 / Leitung Bildung / Personalaufwand / ED			12.5371.01
3.	Vorgezogenes Budgetpostulat Markus Lehmann betreffend Dienststelle Nr. 4220 / Finanzen Liegenschaften / FD			13.5007.01
4.	Vorgezogenes Budgetpostulat Martin Lüchinger betreffend Dienststelle Nr. 370 / Abteilung Kultur / PD			13.5008.01
5.	Vorgezogenes Budgetpostulat Thomas Strahm betreffend Globalbudget Öffentlicher Verkehr / Tram und Bus			13.5009.01
<b>Überweisung an Kommissionen</b>				
8.	Ratschlag zur Optimierung der Magazine der Stadtgärtnerei	<b>UVEK</b>	BVD	12.2058.01
9.	Ratschlag betreffend Übertragung von 3 Parzellen/Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung)	<b>BRK</b>	FD	12.2044.01
10.	Ratschlag betreffend Initiative "CentralParkBasel" sowie Bericht zu einem Anzug	<b>BRK Mitbe- richt UVEK</b>	BVD	12.0254.03 06.5197.05
11.	Ratschlag betreffend Änderung des Personalgesetzes vom 17. November 1999. Schaffung einer Gesetzesbestimmung zur Meldung von Missständen (Whistleblowing) sowie Bericht zu einem Anzug	<b>WAK</b>	FD	12.2005.01 08.5250.03
12.	Ratschlag zu einer Änderung des Gesetzes über die Begnadigung vom 13. Dezember 2007 (Begnadigungsgesetz; SG 258.100) sowie zu einer Änderung des Gesetzes betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt vom 13. November 1996 (Polizeigesetz, PolG; SG 510.100). (Anpassung an die Schweizerische Strafprozessordnung, SR 312.0)	<b>JSSK</b>		12.2084.01

**An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung**

13.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Helmut Hersberger und Consorten betreffend einen trinationalen Verbund (EVTZ) für öffentlichen Verkehr in der Metropolregion Oberrhein, Patrizia Bernasconi und Consorten betreffend der Einführung eines ÖV-Fonds sowie Lukas Engelberger und Consorten betreffend neuer Finanzierungsmethoden für den öffentlichen Verkehr	BVD	08.5122.04 07.5370.05 07.5323.04
14.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Strondl und Consorten betreffend Veloweg auf der Dreirosenbrücke	BVD	07.5161.04
15.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sibel Arslan und Consorten bezüglich Verbesserung der Sicherheit auf Velorouten	BVD	09.5240.02
16.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Christine Keller und Consorten betreffend Tagesferienplätze für Kinder sowie Brigitta Gerber und Consorten betreffend Tagesschulen und Ferienbetreuung	ED	10.5295.02 10.5374.02
17.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Doris Gysin und Consorten betreffend tripartite Trägerschaft für die Pro Juventute "Beratung + Hilfe 147" – für eine nachhaltige Sicherung effizienter Beratung und Hilfe für Kinder und Jugendliche in der Schweiz	ED	10.5375.02
18.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Consorten betreffend Rechtsberatung zum Schutz von Asylsuchenden sowie von Zwangsmassnahmen betroffener Personen	JSD	06.5312.04
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Consorten betreffend Förderung der Verfahrensbeteiligung von Kindern	JSD	10.5293.02
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Consorten betreffend der diversen Publikationen der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt	PD	10.5019.02
21.	Anzüge 1 - 2		
	a) Thomas Mall und Consorten betreffend Wohnqualität		13.5014.01
	b) Markus Lehmann und Consorten betreffend Verlängerung der Buslinie 38 von Allschwil via Neuweilerplatz zum Bahnhof SBB		13.5017.01

**Kenntnisnahme**

22.	Schreiben des Ratsbüros zu den Anzügen Annemarie von Bidder und Consorten betreffend Ausbau der Kompetenzen der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie betreffend Errichtung eines ständigen gemeinsamen Sekretariates der IGPKSs (stehen lassen)	<b>Ratsbüro</b>	10.5390.02 10.5391.02
23.	Bericht des Regierungsrates über die ihm erteilten Aufträge (abgeschlossen per 31. Dezember 2012)	STK	12.2073.01
24.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sebastian Frehner betreffend Taxi-Fahrten von Asylsuchenden auf Staatskosten	WSU	12.5282.02
25.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Emmanuel Ullmann zu den möglichen Massnahmen bei den kurzfristigen Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte	WSU	12.5296.02
26.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Andreas Ungricht zur Stärkung der Standortförderung im Bereich chemische Industrie	WSU	12.5249.02
27.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Samuel Wyss betreffend Gefährdung der Basler Bevölkerung insbesondere Kinder durch unsachgemäss respektive fehlende Entsorgung von gebrauchten Fixerutensilien (Spritzen von Drogenabhängigen) – zum Zweiten	GD	12.5272.02
28.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Franziska Reinhard und Consorten für einen kinder- und jugendgerechten Schulstart (stehen lassen)	ED	10.5292.02

## Anhang C: Neue Vorstösse

### Vorgezogene Budgetpostulate

#### a) Dienststelle Nr. 520 / Staatsanwaltschaft / Personalaufwand / JSD

12.5275.01

Erhöhung um CHF 4'200'000

Begründung:

Antrag auf Aufstockung des Personalbestandes Staatsanwaltschaft Basel-Stadt (um 30 Vollzeitstellen)

Der Regierungsrat hat auf Antrag des zuständigen Departementsvorstehers am 04.09.2012 eine (temporäre) Aufstockung der Staatsanwaltschaft um 3 Personen resp. 230 Stellenprozente bewilligt. Diese Aufstockung ist jedoch nur ein Tropfen auf den heissen Stein, denn dadurch kann lediglich gewährleistet werden, dass bereits begangene Straftaten nicht verjähren. Die vom Ersten Staatsanwalt bereits mehrfach erwähnte chronische Überlastung der Strafverfolgungsbehörde wird dadurch nicht reduziert.

Dabei sind die Zahlen eindeutig: Bis zum heutigen Datum sind 60% mehr Einbruchsdelikte als in der derselben Periode vor einem Jahr registriert worden. Die Zahl der hängigen Verfahren wegen Einbruchs, bei denen die Täter noch nicht ermittelt werden konnten, sind dramatisch angestiegen: Ende Juli 2012 waren es bereits 42% mehr als Ende 2011. In einem am 04.09.2012 erschienenen Interview (in der bz basel) bestätigt Alberto Fabbri, Erster Staatsanwalt des Kantons Basel-Stadt, Folgendes: "Es gibt mehr Kriminaltouristen, mehr delinquierende Romas und mehr straffällige Asylsuchende".

Damit gegen diese Delinquenten vorgegangen werden kann und die Strafverfolgungsbehörden entlastet werden, muss die Staatsanwaltschaft dringend aufgestockt werden.

Lorenz Nägelin

#### b) Dienststelle Nr. 220 / Leitung Bildung / Personalaufwand / ED

12.5371.01

Erhöhung des Budgets der Kostenstelle 220.8350 Schulsozialarbeit, Kostenart ZBE, S.155 CHF 210'000

Begründung:

Im Frühjahr 2012 hat die kantonale Schulsynode eine Resolution an den Vorsteher des Erziehungsdepartements eingereicht, mit dem Anliegen, die Schulsozialarbeit (SSA) neben den Sekundarstandorten zusätzlich auch an den Primarschulen einzurichten. Erfreulicherweise ist der Regierungsrat des ED dieser Forderung nachgekommen und hat im November 2012 beschlossen, ab 2014 die Schulsozialarbeit auf der Primarschulstufe etappenweise aufzubauen. Dies soll voraussichtlich in drei Etappen überall an den Primarschulen erfolgen, die einen begründeten Antrag stellen. Unter dem Vorbehalt, dass der Regierungsrat und das Parlament dem Vorschlag zustimmen, könnten Anträge, laut den Verantwortlichen, erst dann eingereicht werden, wenn die Finanzierung geklärt sei, d.h. nachdem der Grosse Rat der Erweiterung der SSA auf Primarschulstufe zugestimmt hat. Der Entscheid des GR soll voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2013 erfolgen.

Damit die Verantwortlichen in der Folge möglichst rasch die Planung aufnehmen können, d.h. Einstellung und Einarbeitung von neuen Schulsozialarbeiterinnen und das neue Angebot dann im Schuljahr 2014/15 starten kann, sollen für das Jahr 2014 die nötigen Gelder von CHF 210'000 in das Budget 2014 eingestellt werden. Der Betrag entspricht drei 50% Stellen oder einer 50%-Stelle und einer 80% Stelle.

Dominique König-Lüdin

#### c) Dienststelle Nr. 4220 / Finanzen Liegenschaften / FD

13.5007.01

Investitionsbereich, Konto 50 Ausgaben Investitionen, Erhöhung um CHF 16'000'000

Begründung:

Realisierung bzw. Bau einer 50m Schwimmhalle neben der St. Jakobshalle.

Markus Lehmann

**d) Dienststelle Nr. 370 / Abteilung Kultur / PD**

13.5008.01

Erhöhung vom CHF 50'000 - Förderung der Theaterpädagogik für Schulen und Theater

Begründung:

Die kulturelle Vermittlung im Theaterbereich umfasst drei Vermittlungsfelder: Bildung zum Theater, Bildung durch Theater und Bildung mit theateraffinen Mitteln.

Im Kanton Basel-Stadt gibt es im schweizweiten Vergleich ein grosses Angebot an professionellen Theatern für Kinder und Jugendliche, die ganzjährig ambitionierte Programmpunkte für Kinder und Jugendliche anbieten. Dieses nicht konsumorientierte Kulturangebot verlangt nach einer adäquaten Vermittlung, da der Zugang zum Theater nicht für alle als selbstverständlich angenommen werden kann. Wichtig dabei ist, dass eine Drehscheibe die Angebote der professionellen Theaterschaffenden und die Bedürfnisse der Schulen koordinieren. Der Genuss der jeweiligen Theaterinhalten und ihrer ästhetischen Umsetzung fällt nicht vom Himmel bzw. den Lehrpersonen und den Kindern und Jugendlichen nicht in den Schock: der Spass am Sehen und Hören will erlernt sein und Theatersprache will verstanden und umgesetzt sein.

Im Kanton Basel-Stadt fehlt es an einer Vermittlungsstelle, die die Schnittstelle "Schule und Theater" unterstützt und die ästhetische Theaterbildung im Kanton bündelt und ausbaut. Dies betrifft sowohl den Besuch von professionellen Theateraufführungen für Kinder und Jugendliche als auch die Realisierung von eigenen Theaterprojekten in Schulen. Schauen lernen und Theaterspielen sind die beiden Eckpfeiler theaterästhetischer Bildung. Dieser Wunsch besteht von Seiten einer kulturell engagierten Lehrerschaft im Kanton.

Zur Realisierung dieser Vermittlungsstelle sind im Budget CHF 50'000 einzustellen, damit im PD die integrierte Vermittlung um den Bereich Theaterpädagogik erweitert werden kann.

Martin Lüchinger

**e) Globalbudget Öffentlicher Verkehr / Tram und Bus**

13.5009.01

Erhöhung um CHF 300'000

Aktuell ist Riehen und das angrenzende Deutschland morgens und durch den Tag über mittels ÖV (S-Bahn, Bus, Tram 6 und am Morgen 2) gut erschlossen, auch für Pendlerinnen und Pendler aus dieser Region sind die Innerstadt, das Aeschenzentrum und die beiden Bahnhöfe gut zu erreichen. Umgekehrt sieht der Heimweg aus. In den frühen Abendstunden füllen sich Bus, die S-Bahn und die Tramlinie 6 während den Werktagen unzumutbar. Auch die Standplätze sind dicht belegt, ältere und jüngere Menschen, insbesondere aber auch Passagiere im Rollstuhl und Kinder fühlen sich bedrängt und gefährdet. Starke Verspätungen und überfüllte Tramzüge führen zu grossem Missmut der ÖV-Benutzenden aus Riehen und dem angrenzenden Deutschland.

Im vergangenen Herbst hat die Diskussion zu einem Vorstoss betreffend Ausbau der S-Bahn S6 via Riehen, Lössach ins Wiesental gezeigt, dass dieser Ausbau auch mittelfristig nicht realisierbar ist. Somit bleibt vorderhand nur, die Förderleistung durch Riehen bis zur Grenze Lössach in den Abendstunden auf der Tramlinie zu erhöhen. Dazu soll die Linie 2 zusätzlich während den abendlichen Stosszeiten bis zur Endstation Riehen-Grenze verlängert werden.

Die Erhöhung des ONA Globalbudget Öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus um CHF 300'000 soll zu den abendlichen Stosszeiten zwischen 16.00 und 19.00 eine Verlängerung der Tramlinie 2 bis zur Endhaltestelle Riehen-Grenze ermöglichen.

Thomas Strahm

**Anzüge****a) Anzug betreffend Wohnqualität**

13.5014.01

Bei den Hühnern wehren sich die Menschen zu Recht gegen die Batteriehaltung. Die Tendenz im Wohnungsbau für die Menschen selber geht aber genau in diese Richtung, Stichwort "verdichtetes Wohnen".

Sicher bestehen bei wachsender Bevölkerung ein Raumproblem und auch ein Problem der Zersiedelung mit der Konsequenz wachsender Mobilitätsbedürfnisse.

Andererseits ist ein menschliches Wohnumfeld eines der zentralsten Bedürfnisse.

Als Lösung bietet sich nach Ansicht der Anzugsteller jedoch primär nicht ein verdichtetes Wohnen, sondern ein verdichtetes Arbeiten an.

Speziell in unserem Kanton besteht ein Potenzial, Arbeitsplätze in der dritten Dimension zu konzentrieren und damit den Druck auf Wohngebiete zu vermindern. Tendenziell wird das ja auch schon gemacht.

Eine zunehmende Verdichtung im Wohnumfeld vermindert die Wohnqualität. Als abschreckende Illustration mag das Modell "Glattalstadt mit Park" in "Das Magazin" 51/52, Seiten 8-9 dienen. Die Zone 2a z.B. lässt eine recht inhomogene Bebauung zu. Sie wäre eigentlich dafür gedacht, ein gutes Wohnumfeld zu gewährleisten. Die

Mischung aus Einzel- und Doppel-EFH und mit Wohnblöcken ergibt ein Durcheinander, welches dem Gesamtbild nicht förderlich ist. Ein typenfremdes Haus kann den Charakter einer ganzen Strasse verändern. Die flächendeckende Anwendung der maximalen Ausnutzungsziffer trägt ebenfalls dazu bei und ist sicher auch nicht im Sinne des Baum- und Grünschutzes. Ob es um diese Entwicklung aufzuhalten spezielle Zonenordnungen, Anreize oder andere Interpretationen der bestehenden Gesetze braucht, sollte geprüft werden.

§1, Abs. c BPG fordert die "Erhaltung und Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in der Stadt Basel und den Landgemeinden". Die Stadtbildkommission jedoch verbeisst sich gerne in Kleinig- und Kleinlichkeiten und lässt die Konsequenz bei Veränderungen im grossen Stil vermissen. Die Gesetzgebung wird somit zur Worthülse.

Die Anzugsteller bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, wie durch Baugesetzgebung oder deren Interpretation die Entwicklung zur "Verdichtung" bei der Arbeit und ein Erhalt von grosszügigem Wohnen gefördert werden kann, bevor schöne Wohnquartiere verloren gegangen sind.

Thomas Mall, Thomas Mury, Patricia von Falkenstein, Oswald Inglin, Michael Wüthrich, Stephan Luethi-Brüderlin, Andreas Zappalà, Lorenz Nägelin, Thomas Grossenbacher, Rolf von Aarburg, Conradin Cramer

**b) Anzug betreffend Verlängerung der Buslinie 38 von Allschwil via Neuweilerplatz zum Bahnhof SBB**

13.5017.01

Mit der Erteilung des 7. Generellen Leistungsauftrages im Bereich des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2014 bis 2017 soll im Rahmen der Neukonzeption der Buslinien der Bus 38 von der heutigen Endstation in Allschwil bis zur Tramlinie 8 an der Neuweilerstrasse verlängert werden.

Mit der Anbindung an die Linie 8 wird für die Weiterfahrt in Richtung Bahnhof ein Umsteigen erforderlich. Ein echtes Bedürfnis unserer Nachbargemeinde ist seit langem eine direkte ÖV-Verbindung von Allschwil Dorf zum Bahnhof SBB.

Mit einer Weiterführung der Buslinie via Neuweilerplatz, Holeestrasse, Dorenbach-Viadukt, Margarethenstrasse zum Bahnhof SBB könnte eine attraktive Direktverbindung umgesetzt werden. Dabei wäre eine Endstation z.B. bei der Meret Oppenheim-Strasse prüfungswert, so dass auch dieser Zugang zum Bahnhof SBB mit einer Busverbindung erschlossen wäre.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob eine Verlängerung der Buslinie 38, von Allschwil kommend, via Neuweilerplatz zum Bahnhof SBB, mit eventueller Anbindung bei der Meret Oppenheim-Strasse, ermöglicht werden kann.

Im Landrat Basel-Landschaft und im Einwohnerrat Allschwil wurde je ein gleichlautender Vorstoss eingereicht.

Markus Lehmann, Beat Fischer, Oswald Inglin, Christian Egeler, Ernst Mutschler, Lukas Engelberger, Heiner Vischer, Thomas Strahm, André Weissen, Helen Schai-Zigerlig, Emmanuel Ullmann, Christophe Haller, Bruno Jagher, Esther Weber Lehner

## Interpellationen

**a) Interpellation Nr. 1 zur Verbesserung des Rechtsschutzes der Sans-Papiers**

13.5015.01

In der Schweiz leben und arbeiten zwischen 70'000 und 300'000 Sans-Papiers. In grosser Mehrheit arbeiten sie unter sehr prekären Bedingungen in Haushalt und häuslicher Betreuung, im Weiteren im Gastgewerbe, in Landwirtschaft, Bau-, Reinigungs-, Sexgewerbe. Schätzungen deuten darauf hin, dass im Kanton Zürich 5,8 Prozent aller Haushalte auf die Mithilfe von Sans-Papiers, vor allem Frauen, angewiesen sind. Durchschnittlich ist dabei eine Hausangestellte in 4,3 Haushalten mit Arbeiten in Hauswirtschaft und Betreuung tätig. Zu einem grossen Teil handelt es sich um Menschen, die in ihrem Herkunftsland eine qualifizierte Ausbildung absolviert hatten. Sie verzichteten oftmals bei uns auf elementarste Bedürfnisse, um zu Hause ihre Angehörigen zu unterstützen.

Die Sans-Papiers kommen aber nicht nur unter dem Druck der Not in den Herkunftsgebieten zu uns. Sie kommen auch, weil sie in unserer Mitte gebraucht werden. Wie in der Studie "Wisch und Weg" von Alex Knoll, Sarah Schilliger, Bea Schwager (Seismo-Verlag 2012) zum Ausdruck kommt, führte bei uns die wachsende Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt ohne entsprechende Übernahme der häuslichen Aufgaben durch die Männer zu wachsenden Versorgungslücken in den Haushalten. Dies bildet eine wichtige Ursache für die weiterhin wachsende Nachfrage nach Sans-Papiers. Sans-Papiers werden im Weiteren nachgefragt in den Bereichen des Arbeitsmarktes, welche von Menschen mit regulären Bewilligungen weitgehend übergangen werden.

Off verbringen Sans-Papiers grosse Teile ihres Lebens mit unregelmässiger Arbeit. Sie leben in ständiger Angst, entdeckt und ausgewiesen zu werden. Zu den schlimmsten Aspekten ihres Lebens gehört es, dass sie die Rechte, die sie als Menschen haben, nicht vor den zuständigen Gerichten und Behörden verteidigen können. Denn wenn sie

dies versuchen, müssen sie mit der Verzeigung bei den Migrationsämtern rechnen. Dies führt zur faktischen Rechtlosigkeit, dies im Widerspruch zu Art. 6 und 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren, Recht auf wirksame Beschwerde) und zu den Bestimmungen der Schweizerischen Bundesverfassung Art. 29 (allgemeine Verfahrensgarantien unter Einschluss des rechtlichen Gehörs), Art. 29a (Rechtsweggarantie), Art. 30 (Garantie unabhängiger gerichtlicher Verfahren). Die faktische Rechtlosigkeit der Sans-Papiers unterwandert auch die Ziele der flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen mit EU/EFTA, die Lohndumping-Effekte von Zuwanderung unter ungeregelten Bedingungen zu überwinden. Mit dem Dumping sind alle Arbeitnehmenden, besonders in den Branchen mit prekären Bedingungen, und die gesetzestreu Arbeitgebenden im Nachteil.

Zu den Zielkonflikten zwischen den Meldepflichten und der Wahrung der Menschenrechte der Sans-Papiers äussert sich der Regierungsrat in seinem Bericht vom 7. August 2012 zum Anzug von Thomas Mall, ohne zu einem konkreten Ergebnis zu kommen. Dabei verweist er auf den Statusbericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 9. Mai 2012. Immerhin steht jetzt glücklicherweise fest, dass in der ganzen Schweiz ab 1. Februar 2013 junge schriftenlose ausländische Menschen eine berufliche Grundbildung in der Schweiz absolvieren dürfen. Bereits seit einiger Zeit durften solche Jugendliche im Interesse des Rechts auf Bildung obligatorische Schulen, weiterführende Schulen und Hochschulen besuchen. Dies alles stimmt überein mit der Standesinitiative von Basel-Stadt vom 29. Juni 2010 und der Motion von Nationalrat Luc Barthassat vom 2. Oktober 2008.

Im Sinne dieser Ausführungen stelle ich folgende Fragen:

1. Wie können die rechtlichen Verfahrensgarantien in Artikel 6 und 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 29ff. der Bundesverfassung auch gegenüber Sans-Papiers sichergestellt werden?
2. Drängt sich nicht in diesem Sinne die Folgerung auf, dass Sans-Papiers ihre Rechte müssen verteidigen können, ohne deswegen die Anzeige bei den Migrationsämtern riskieren zu müssen? In diesem Sinne bedürfen auch Artikel 97 des Eidgenössischen Ausländergesetzes und Artikel 82 der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) der verfassungs- und menschenrechtskonformen Interpretation.
3. Drängt sich nicht besonders in den Bereichen der Hauswirtschaft die verbesserte Durchsetzung der allgemeinen arbeitsrechtlichen Regeln, unter anderem des Schutzes vor Berufskrankheiten und Unfällen und des Rechts auf faire Löhne, Ferien, Erholung, geregelte Arbeitszeiten, auf?
4. Nach welchen Kriterien richtet sich heute die Praxis der Erteilung von Aufenthaltsrechten für Sans-Papiers in besonderen Härtesituationen? Sollten nicht auch junge Menschen, die in unserer Mitte Schulen und Ausbildung abgeschlossen haben, solche Bewilligungen erhalten?
5. Muss nicht in vermehrtem Masse der Arbeitsmarkt für Menschen aus Drittländern ausserhalb von EU/EFTA geöffnet werden, damit nicht die einzige Zutrittschance für tatsächlich benötigte Arbeitsverhältnisse stets von neuem durch die Illegalität führt?

Jürg Meyer

**b) Interpellation Nr. 2 betreffend Krankenkassen-Prämiendefizit im Kanton Basel-Stadt**

13.5016.01
------------

Einige Kantone in der Schweiz haben seit 1996 mehr Prämien für die Krankengrundversicherung bezahlt, als die Versicherer der entsprechenden Kantone an Gesundheitsleistungen bezogen haben. Die Ende 2012 vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) publizierten Zahlen weichen stark von den im Februar 2012 dokumentierten Beträgen ab. Der Grund dafür liegt in der veränderten Berechnungsmethode des BAG. Die ursprüngliche Berechnungsmethode bezieht verschiedenste Kennzahlen ein, nach der neuen Methode wird nun nur noch das Verhältnis zwischen Leistungskosten und Prämien sowohl für jeden Kanton als auch für die ganze Schweiz berechnet.

Im Kanton Basel-Stadt hat dies dazu geführt, dass mit der neuen Berechnung der Überschuss von 51 Mio. Franken in ein Defizit von 73 Mio. Franken umgewandelt wurde.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb wurde vom BAG eine neue Berechnungsmethode eingeführt?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die neue Berechnungsgrundlage des BAG?
3. Wie erklärt sich der Regierungsrat, dass die Versicherten von Nettozahlern zu Nettobezüglern wurden?
4. Gedenkt sich der Regierungsrat gegen diese neue Berechnungsmethode auszusprechen?
5. Gibt es in Zukunft Möglichkeiten, diese Betragsdifferenzen frühzeitiger zu erkennen, damit Nachzahlungen oder Rückererstattungen innerhalb einer Jahresfrist beglichen werden können?

Otto Schmid

**c) Interpellation Nr. 3 betreffend betreffend der Seriosität bei der Deponiesanierung Feldreben im Zusammenhang mit der personellen Besetzung der Geschäfts- bzw. Projektleitung**

13.5052.01

Die Gefährdung des Basler Trinkwassers (siehe GPK-Berichte dazu) durch den in der Deponie Feldreben gelagerten Sondermüll ist Grund dieser Anfrage. Der Kanton Basel-Stadt darf in dieser Frage nicht passiv und zurückhaltend sein, geht es doch auch um die Gesundheit seiner Bevölkerung.

In der Deponie Feldreben haben die Vorgängerfirmen von Novartis, BASF und Syngenta bis 1957 nach eigenen Schätzungen 14-25'000 Tonnen meist hochgiftigen Chemieabfall abgelagert. Nach dem Ablagerungsverbot von 1957 wurde die Grube mit Aushub, Bauschutt und Hauskehrichtaufgefüllt. Die technischen Untersuchungen und die Gefährdungsabschätzungen wurden Ende 2007 abgeschlossen. Der Schlussbericht über die Untersuchungen Feldreben geht von einem Sanierungsbedarf aus.

Das Amt für Umweltschutz und Energie Baselland führt seit Herbst 2008 Rund-Tisch-Gespräche über die Ausgestaltung und Durchführung der Sanierung durch.

Gemäss Medienberichten vom 23. Januar 2013 wirft die Allianz Deponien Muttenz Fragen zur Besetzung der Projektleitung der Deponiesanierung Feldreben in Muttenz auf. (Franziska Ritter ist Geschäftsleitungsmitglied und vom Runden Tisch angestellte Koordinatorin. Gleichzeitig ist sie jedoch Verwaltungsratspräsidentin der BCI Betriebs AG, die im Namen der drei Konzerne BASF, Syngenta und Novartis die Chemiemülldeponie Bonfol im Kanton Jura ausbeut. Mitglieder des BCI-Verwaltungsrates von Novartis und Syngenta sitzen aber auch in der Technischen Fachkommission Feldreben, die Chemiemüll der beiden Firmen enthält. Diese Fachkommission berät den Runden Tisch). Basel-Stadt ist in diesen Gremien ebenfalls vertreten.

Diese Interessenkonflikte im Zusammenhang mit der Finanzlage des Kantons Baselland lassen befürchten, dass es nicht zu einer für die Umwelt (und damit für das Basler Trinkwasser) optimalen Sanierung sondern zu einer möglichst kostengünstigen Sanierung kommen kann. (Der Kanton Baselland hat die Deponie gekauft.) Je nach Sanierungskonzept wird diese bis zu 650 Mio Franken kosten.

Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Seit wann wissen die Vertreter von Basel-Stadt von den mehrfachen Jobs Ritters und ihrer VR-Kollegen? Wurde Basel-Stadt darüber in Kenntnis gesetzt? Wann und wie?
2. Was hält die Regierung von den von ADM beschriebenen Interessenkonflikten? Würde sie ähnliche Konstrukte wie in Muttenz für Baselstädtische Projekte zulassen?
3. Kennt die Regierung andere Grossprojekte, wo die Chemie- und Pharmafirmen ähnlich durchsetzen Einfluss nehmen?
4. Wie kann durch Basel-Stadt garantiert werden, dass die Interessenkonflikte zwischen dem Kanton Basel-Landschaft und den involvierten Chemie- bzw. Pharmaunternehmen nicht zu einer Minimallösung bei der Sanierung der Deponie und damit zu einer längerfristigen Gefährdung des Basler Trinkwassers führt?
5. Wie ist der Kanton Basel-Stadt in den Entscheidungsfindungsprozess der Sanierungsmassnahmen involviert? Welchen Einfluss hat er auf den Entscheid?
6. Welche Garantien können in obigem Zusammenhang für den Schutz des Basler Trinkwassers eingefordert und durchgesetzt werden
7. Wegen der Finanzlage des Nachbarkantons und dessen allfällige Kostenbeteiligung an der Sanierung ist zu befürchten das diese Mittel anderweitig (beispielsweise bei gemeinsamen Projekten mit Basel-Stadt) eingespart werden. Wie kann sich Basel-Stadt dafür einsetzen, dass die Kosten vollumfänglich von den Verursachern getragen werden?
8. Wie gross ist die Gefahr, dass Basel-Stadt aus den Baselbieter personellen Verflechtungen Kosten entstehen?
9. Da Basel-Stadt in diesem Gremium vertreten ist, stellt sich die Frage: entspricht die personelle Besetzung den Vorgaben des Regierungsrates bezüglich Corporate Governance?

Michael Wüthrich

**d) Interpellation Nr. 4 betreffend Lastwagenverkehr Hörnliallee / Grenzacherstrasse**

13.5053.01

Mehrere Betriebe in Grenzach-Wyhlen und Rheinfeldern-Herten verursachen einen erheblichen Ziel- und Quellverkehr von Lastwagen auf der Hörnliallee und der Grenzacherstrasse. Seit mehreren Jahren bringt das Baustoffrecyclingwerk und das Asphaltmischwerk der Firma Tozzo, welche ausschliesslich für den Schweizer Markt arbeitet, sowie die Verfüllung und Ablagerung einer Grube in Kiesgrube in Herten viel Lastwagenverkehr. Die Firma Grieshaber erstellt im Moment an der A 98 bei Herten ein regionales Logistikzentrum auf insgesamt über 50'000 Quadratmetern Fläche. Zudem ist im Industriequartier von Grenzach geplant, die Sondermüll-Recyclingfirma Zimmermann anzusiedeln. Schliesslich ist die Strecke unter regionalen Lastwagenführern bekannt für Leerfahrten. Insgesamt sind die Grenzacherstrasse und die Hörnliallee dadurch sehr stark vom Lastwagenverkehr belastet.

Ursache der regelmässigen und zeitweise stark gehäuften Nutzung der Grenzacherstrasse und Hörnliallee durch

Lastwagen sind die Staus am Autobahnzoll Rheinfelden A 98 und auf der Schweizer Autobahn bei der Hagnau. Nicht nur für die Leerfahrten ist die vereinfachte Regelung am Zoll Grenzacherhorn massgebend, wonach im Gegensatz zu den Autobahnzollämtern das Einwerfen einer Selbstdeklaration für die Abwicklung der Zollformalitäten ausreichend ist. Der Stau auf den oben genannten Autobahnabschnitten ist mittlerweile so regelmässig geworden, dass die Umwegfahrten geradezu zur Gewohnheit geworden sind.

Sowohl die Grenzacherstrasse wie auch die Hörnliallee auf Gemeindegebiet von Riehen liegen im Perimeter der Wohnstadtplanung "Basel Ost". Mittelfristig soll hier ein neues Wohngebiet entstehen und durch die Aufwertung des Rheinraumes sowie von parkartigen Zwischenräumen neben den Wohntürmen ein Naherholungsgebiet gestaltet werden. Die Verkehrssituation wird sich dadurch verändern und der Durchgangsverkehr von Lastwagen wird in diesem neuen Wohngebiet unerwünscht sein.

Nach wie vor bestehen in Grenzach-Wyhlen seit 1938 die Pläne eines kreuzungsfreien Ausbaus der B 34 mittels einer Ortsumgehungsstrasse. Zwar hat die Landesregierung Baden-Württemberg dieses Vorhaben neulich in seiner Wichtigkeit und Dringlichkeit herabgestuft und auf einen unbestimmten Zeitpunkt in die Zukunft verschoben. Aber massgebende Kreise in der Gemeinde halten an diesem Vorhaben mit Nachdruck fest. Die Umgehungsstrasse, welche auf 70 km/h ausgelegt wird, würde noch vermehrt Verkehr anziehen und am Zoll Grenzacherhorn auf das baselstädtische Verkehrsnetz bringen. Eine grenzüberschreitende Abstimmung der oben genannten Planungen in Basel und Riehen bzw. in Grenzach-Wyhlen und Herten-Rheinfelden ist deshalb zwingend nötig geworden. Basel-Stadt hat mit seinem neuen Parkplatzregime und der Ermöglichung einer neuen, sehr attraktiven Buslinie Nr. 38 von Grenzach-Wyhlen durch die Innerstadt und nach Allschwil bewiesen, dass es für die Ziele der Verkehrsreduktion auf seinen Strassen bedeutende Massnahmen ergreift.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat die statistischen Zahlen zum Lastwagenverkehr in der Grenzacherstrasse und Hörnliallee bekannt? Falls keine Statistik bisher erhoben worden ist, gedenkt der Regierungsrat eine solche in Zukunft, und wann, durchzuführen?
2. Sind dem Regierungsrat statistische Auswertungen über die Leerfahrten von Lastwagen beim Zoll Grenzacherhorn bekannt, welche aufgrund der Formulare zur Selbstdeklaration dem Zollamt bekannt sein müssen? Wo sind die Quellorte und wo die Zielorte des Leerfahrten-Lastwagenverkehrs am Zoll Grenzacherhorn aufgrund der Zolldokumente?
3. Eine der Ursachen des erhöhten Lastwagenverkehrs auf der Grenzacherstrasse und der Hörnliallee ist auch die Klassifizierung der Zollanlage Grenzacherhorn als Nebenzollstelle (ohne regelmässige Kontrolle). Wird diese Klassifizierung auch in Zukunft beibehalten oder setzt sich der Regierungsrat bei den eidgenössischen Zollbehörden für eine Veränderung am Zoll Grenzacherhorn ein?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Auswirkungen der zunehmend häufigen Staus auf der Autobahn bei der Hagnau und bei den Zollämtern Weil und Rheinfelden auf das Lastwagen-Verkehrsaufkommen im städtischen und kommunalen Strassennetz und auf die Grenzacherstrasse und Hörnliallee insbesondere?
5. Beim Lastwagenverkehr aus Grenzach-Wyhlen handelt es sich z.T. auch um Gefahrgütertransporte. Falls die Firma Zimmermann in Grenzach angesiedelt würde, wird der Anteil von Gefahrgütertransporten noch erheblich zunehmen (Schätzung: täglich 80 LKW-Fahrten). Sind die Sicherheitsvorkehrungen für Chemie-Havarien auf der Grenzacherstrasse und der Hörnliallee ausreichend gut? Und welche Sicherheitsstandards sind im Rahmen der Planung einer Strassenverlegung bei der Realisierung der Wohnbebauung "Basel Ost" vorgesehen?
6. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, durch verkehrlenkende und -leitende Massnahmen oder durch spezifische Verbote den grenzüberschreitenden Lastwagenverkehr auf der Grenzacherstrasse und Hörnliallee zu plafonieren oder gar zu verhindern?
7. Hat der Regierungsrat dafür gesorgt, dass die Gemeindebehörden von Grenzach-Wyhlen in einem förmlichen Sinn in Kenntnis gesetzt worden sind von seinem Vorhaben einer Wohn- und Erholungszone "Basel Ost"? Wurde der Konfliktpunkt Umgehungsstrasse B 34, welche Mehrverkehr in das neue Wohngebiet "Basel Ost" lenken würde, angesprochen und verhandelt?

Elisabeth Ackermann

#### e) Interpellation Nr. 5 betreffend Foltermethoden im Basler Gefängnis

13.5058.01
------------

Grossrat Eric Weber wurde in U-Haft gesteckt, für fast eine Woche, um ihn am Wahlkampf zu hindern, um ihn unter 4% zu drücken. Eric Weber wurde in eine Zelle mit einem schweren Raucher gesteckt. Dieser Kettenraucher rauchte am Tag und in der Nacht. An der Zellentür stand: Raucher.

Eric Weber hat um Verlegung gebeten. Er bekam nie eine Antwort. Da er keine Luft mehr bekam, verlangte er nach einem Arzt. Schriftlich. Während vier Tagen kam kein Arzt. Er wurde massiv geschädigt und beklagt heute Atemnot.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Warum wurde dem Verlegungswunsch nicht statt gegeben, obwohl noch freie Einzelzellen da waren?
2. Falls dies nicht der Fall sein sollte, warum wird Nicht-Raucher nicht mit Nicht-Raucher zusammen gelegt?

3. Sollten keine freien Einzel- oder Nichtraucherzellen zur Verfügung gestanden sein, wieso werden Raucherzellen nicht zu Nichtraucherzellen deklariert?
4. Warum kam kein Arzt, während vier Tagen, obwohl Eric Weber über Atemnot sich öfters beklagte?
5. Warum ist das Essen meistens kalt?
6. Warum gibt es zum Frühstück nur ein Brötli?
7. Warum darf überhaupt geraucht werden, in der U-Haft? Ist das nicht verboten?
8. Eric Weber konnte sich eine Woche lang nicht rasieren und konnte auch keine Kleider wechseln. Warum ist das so?
9. Wie lange muss man in der U-Haft sein, bis man sich rasieren kann und bis man frische Kleider anziehen kann?
10. Warum werden Briefe aus der U-Haft nur mit B-Post verschickt?

Eric Weber

**f) Interpellation Nr. 6 betreffend Darstellung der Situation von süchtigen Menschen in Basel**

13.5069.01

Am 30. Januar 2013 strahlte Telebasel eine Report-Sendung aus, welche sich mit der Situation von Süchtigen und dem Handeln von Drogen bei den Kontakt- und Anlaufstellen (K&A) befasste.

Die Reportage scheint mit unkorrekten Angaben bespickt zu sein und hinterlässt Fragen. Der einseitige und populistische Fernsehbeitrag kann von der Regierung nicht kommentiert werden, sehr wohl kann die Regierung aber auf ein paar inhaltlich falsche Aussagen und zum Betäubungsmittelgesetz des Bundes, welches 2011 durch das Schweizervolk angenommen wurde, antworten. Seit dieser Annahme des Gesetzes ist der Kanton verpflichtet, die 4-Säulen-Politik durchzuführen. Dies beinhaltet auch die Säule Schadensminderung und Überlebenshilfe.

Drogenabhängige Menschen, welche legale oder illegale Substanzen konsumieren wird es immer geben. Die Frage ist immer, wie wir als Gesellschaft damit umgehen und welche Abhängigkeitsformen wir tolerieren und welche nicht.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist es möglich, dass Telebasel zu Aufnahmen vom Vorplatz der K&A auf privatem Grund kommt?
2. Lässt der Regierungsrat die Verletzung des Persönlichkeitsschutzes der Betroffenen zu (Konsumierende und Namen von Patienten waren sichtbar)? Und wie steht es mit dem Persönlichkeitsschutz, von Mitarbeitenden von vom Kanton subventionierten Institutionen?
3. Wie stellt sich die Regierung dazu, dass eine 25 Minuten lange Report-Sendung einen Sachverhalt konsequent einseitig darstellt und objektive einfach zugängliche Informationen unberücksichtigt bleiben? Besteht hier nicht der Verdacht auf bewusst manipulative Berichterstattung?
4. Wie schätzt die Regierung derzeit die gesamte Drogenszene in Basel ein? Welche Rolle spielen die K&A dabei und welchen Auftrag haben sie?
5. Hat sich die 4-Säulenpolitik in Basel bewährt?
  - a) Wie hat sich die Gesamtsituation für die Betroffenen und auch die Bevölkerung im öffentlichen Raum verändert?
  - b) Gibt es im Kanton Basel-Stadt genügend Unterstützung für Personen mit einer Drogenabhängigkeit zur Behandlung und Integration?
6. Gibt es Bestrebungen die 4-Säulenpolitik in Basel zu ändern?
7. Ist es korrekt, dass es im Monat Januar 7 Drogentote (Drogenabhängige, welche durch eine Überdosis verstarben) im Kanton Basel-Stadt gab?
8. Mit welchen Mitteln wird der für die Betroffenen notwendige Drogenhandel für den Eigenbedarf gesteuert?

Beatriz Greuter

**g) Interpellation Nr. 7 betreffend BKB – "Schuld und Sühne"?**

13.5070.01

In ihrer Medienmitteilung vom 23.10.12 zur ASE-Affäre teilt die BKB u.a. mit:

"Voraussichtlich werden weder die ASE noch ihre Organe in der Lage sein, die von ihnen verursachten Verluste zu decken. Als Ausdruck des Prinzips, ein fairer Geschäftspartner zu sein, wird sich die BKB deshalb gegenüber Ersatzbegehren von Kunden der ASE kulant zeigen. Sie ist bestrebt, sich mit ihren Kunden über eine Schadensbeteiligung gütlich zu einigen. Dabei ist aber auch zu berücksichtigen, dass die Kunden eine erhebliche Eigenverantwortung für ihren Schaden trifft, haben sie doch die ASE ausgewählt und mandatiert. Die BKB anerkennt jedoch keine Haftpflicht, sondern lebt ihr Verständnis von "fair banking"\* vor. [...] Die BKB hat indessen keine

Anzeichen, dass ihre Mitarbeitenden im Zusammenhang mit der ASE gegen Strafbestimmungen verstossen haben."

Es geht der BKB also offensichtlich darum, ihre Verwicklung in die ganze Angelegenheit "kulant" zu lösen. Sie hat dafür im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 CHF 50 Mio. zurückgestellt. Diese Rückstellung soll keinen Einfluss auf die Gewinnausschüttung an den Kanton haben – sehr wohl hat sie (und wird auch in Zukunft haben) einen Einfluss auf den Wert der Bank einerseits und auf Wert bzw. Dividende der Partizipationsscheine andererseits.

Die BKB hat nebst dieser Rückstellung verschiedene weitere Konsequenzen gezogen, auch personelle. Diese weiteren Konsequenzen sollen nicht Gegenstand der vorliegenden Interpellation sein, sehr wohl aber die finanziellen. Zudem stellt sich der Interpellant die Frage, inwiefern der Bankrat für die ganze Problematik verantwortlich ist.

Der Interpellant bittet die Regierung deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die hohe Rückstellung der BKB?
2. Ist die Regierung der Ansicht, dass die BKB auch dann Zahlungen an geschädigte Kunden leisten soll, wenn keine rechtliche Verpflichtung dazu besteht, wie dies offenbar vorgesehen ist?
3. Ist es korrekt, dass die genannte Rückstellung keinen Einfluss auf die nächste Gewinnausschüttung an den Kanton hat?
4. Welche Wirkung ist – bei teilweiser oder vollständiger Nutzung der Rückstellung für Zahlungen an geschädigte Kunden – auf kommende Gewinnausschüttungen an den Kanton zu erwarten?
5. Welche weiteren Wirkungen finanzieller Art hat die Rückstellung (bzw. haben daraus geleistete Zahlungen) für den Kanton?
6. Wie beurteilt die Regierung die negativen Wirkungen für PS-Inhaber (Wert, Dividende), insbesondere vor dem Hintergrund, dass offenbar auch Zahlungen ohne rechtliche Verpflichtung geleistet werden sollen?
7. Wie beurteilt die Regierung die Verantwortlichkeit des Bankrates in dieser ganzen Angelegenheit (v.a. Zusammenarbeit BKB und ASE, offenbar ungenügende Durchsetzung interner Vorschriften in der BKB, geplante Schadensregulierung) und welche Konsequenzen sind daraus ziehen?

Patrick Hafner

#### **h) Interpellation Nr. 8 betreffend brisante Informationen auf dem neuen Geoviewer**

13.5071.01
------------

Seit September 2012 ist das neue Geoinformationsrecht in Kraft. Aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips werden die Geodaten des Kantons öffentlich gemacht. Allerdings nur, soweit nicht überwiegende Interessen entgegenstehen (§11 des Geoinformationsgesetzes). Vor der elektronischen Veröffentlichung müssen die daraus entstehenden möglichen Auswirkungen auf die Betroffenen geprüft werden (§12 des Geoinformationsgesetzes).

Der Stadtplan, welcher vom Kanton herausgegeben wird, existiert bereits seit längerem. Neu beinhaltet der im Internet aufgeschaltete "Geoviewer" allerdings auch ein paar brisantere und datenschutztechnisch heiklere Daten als Wohnungsgrössen oder den genauen Standort einer Abwasserleitung. Es sind dies insbesondere die nach Strassenzügen aggregierten statistischen Angaben zu Reineinkommen, Reinvermögen und Sozialhilfe der Einwohnerinnen und Einwohner. Jedermann kann nun also herausfinden, in welchen Strassenzügen (die teils nur wenige Häuser umfassen) wie viele Sozialhilfeempfänger leben oder wie hoch das durchschnittliche Einkommen dieser Haushalte ist. Einige Strassenzüge (etwa auf dem Münsterhügel) sind allerdings "aus Datenschutzgründen nicht ausgewiesen".

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Ist es in der Beurteilung des Regierungsrats rechtlich zulässig, Daten über Sozialhilfeempfänger, Reinvermögen und Reineinkommen im Geoviewer auszuweisen? Auf welche gesetzliche Grundlage stützt er sich dabei, und worin sieht der Regierungsrat das öffentliche Interesse an der Veröffentlichung der besagten Daten?
- Wurde vor der Veröffentlichung eine Vorabkontrolle durch den Beauftragten für den Datenschutz durchgeführt, wie in §12 Abs. 2 des Geoinformationsgesetzes vorgesehen? Falls ja, wie lautete die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten?
- Aus welchen Gründen werden die Daten nicht für die gesamte Bevölkerung ausgewiesen? Nach welcher Methode wurde diese Abgrenzung vorgenommen?
- Besteht die Möglichkeit, seine eigenen Daten aus dem Geoviewer löschen zu lassen?
- Wurde bei der Erfassung der Daten bedacht, dass durch den Geoviewer sicherheitsrelevante Angaben den Weg in die Öffentlichkeit finden könnten, die beispielsweise einem potentiellen Einbrecher bei der Objektauswahl eine Hilfe sein könnten?

Lukas Engelberger

## Schriftliche Anfragen

### a) Schriftliche Anfrage betreffend illegale Plakatierungen

13.5055.01

Dem Antragsteller sind verschiedene Formen von Werbung im öffentlichen Raum aufgefallen, die illegal oder mindestens unerwünscht sind:

- a) An verschiedenen Orten in der Stadt - so z.B. auch an der dreiseitigen, blauen Informationstafel (Stadtplan etc.) auf dem Marktplatz - wurde über eine längere Zeit und wiederholt eine Werbung eines Autohändlers angebracht, welche Bezug zu einzelnen Politikern hatte (letzte Feststellung ca. KW47/2012).
- b) Trotz angeblich zu wenigen Möglichkeiten für Kleinplakate (Anzug Tobit Schäfer 08.5062; Interpellation Kerstin Wenk 12.5075) wurden im Wahlkampf für den Grossen Rat Plakatstellen der Firma Kulturbox für Wahlwerbung eingesetzt. Auch für den zweiten Wahlgang Regierungsrat wurde über diesen Kanal Wahlwerbung gemacht statt für Kultur geworben.
- c) Den in der Interpellation von Kerstin Wenk (12.5075.02) behaupteten und von der Regierung bestätigten Rückgang von illegalen Kleinplakaten kann der Antragsteller nicht feststellen - eher im Gegenteil.
- d) Dem Antragsteller ist zugetragen worden, dass etliche "kulturelle Kleinplakatierungsstellen" ([www.tiefbauamt.bs.ch/themen/thema527.htm](http://www.tiefbauamt.bs.ch/themen/thema527.htm)) nicht den vorgesehenen Zielgruppen zur Verfügung stehen, sondern von kommerziellen Organisationen bewirtschaftet werden.

Aus diesem Grund bittet der Antragsteller die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was gilt in rechtlicher Hinsicht bezüglich der oben genannten Feststellungen a und b? Handelt es sich um unerwünschte oder illegale Erscheinungen?
2. Ob unerwünscht oder illegal - was gedenkt die Regierung dagegen zu unternehmen?
3. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen gegen die offenbar wieder zunehmende illegale Plakatierung (c)?
4. Zu d: Wie wird sichergestellt, dass die genannten Kleinplakatierungsstellen wirklich den vorgesehenen Zielgruppen zur Verfügung stehen?

Patrick Hafner

### b) Schriftliche Anfrage betreffend Kundenfreundlichkeit Parkhaus City

13.5056.01

Nach einigen früheren Diskussionen mit den Verantwortlichen, die leider nichts gefruchtet haben, stellt der Unterzeichnete der Regierung folgende Fragen zur Kundenfreundlichkeit des Parkhauses City:

1. Die Preisbekanntgabeverordnung schreibt in Art. 10 vor, dass für das "Parkieren und Einstellen von Autos" "die tatsächlich zu bezahlenden Preise in Schweizerfranken" anzugeben sind, und zwar gem. Art. 11 "leicht zugänglich und gut lesbar". Wie beurteilt es die Regierung vor diesem Hintergrund, dass die Preise für das Parkhaus City - Irrtum vorbehalten - nur an einer Stelle und verhältnismässig klein und schlecht lesbar angeschrieben sind?
2. Wie beurteilt es die Regierung insbesondere, dass beim Benützen eines Seitenausganges der Kunde die Preisliste gar nicht zu Gesicht bekommt?
3. Wie beurteilt es die Regierung, dass - ebenfalls trotz entsprechender Hinweise - ein Kunde die Preise nicht VOR Benützen des Parkhauses sieht und dass trotzdem keinerlei Hinweise auf die kostenfreie Ausfahrt innert einer gewissen Karenzzeit gegeben werden?
4. Gemäss Homepage der Parkhäuser Basel-Stadt hat das Parkhaus City im Sommer 2008 den European Standard Parking Award (ESP-Award) erhalten. Wie erklärt es sich die Regierung, dass trotzdem ausgerechnet die für Fussgänger vorgesehenen Bereiche mit einer bei Nässe speziell rutschigen gelben Farbe markiert sind?
5. Warum sind Hinweise, dass auch mit Euro bezahlt werden kann, nicht konsequent bei allen entsprechenden Angaben zu finden?
6. Wie ist es zu verstehen, dass die auf der vorerwähnten Homepage für Fragen betreffend Werbeflächen angegebene "Clear Channel Plakanda GmbH" im Handelsregister nicht zu finden ist? Wenn es sich aktuell um die "Clear Channel Schweiz AG" handeln sollte, dürften auch die angegebenen Telefonnummern falsch sein.
7. Ist die Regierung bereit, Kundenfreundlichkeit und Gesetzeskonformität (PBV) bei den vom Kanton selbst verwalteten Parkhäusern zu prüfen und gegebenenfalls zu verbessern?

Patrick Hafner

**c) Schriftliche Anfrage betreffend gefährlicher Dauer-Sperre der Gärtner-Brücke**

13.5057.01

Im Zusammenhang mit der Weiterführung der Tramlinie 8 nach Weil musste auch die Brücke über die Wiese bei der heutigen Tram-Endstation – die sogenannte Gärtnerbrücke – erneuert werden. Diese Erneuerung ist seit vielen Monaten beendet. Trotzdem ist die Brücke weiterhin gesperrt.

Für den Fussgängerverkehr wurde seitlich eine schmale Passage geöffnet. Diese wird allerdings auch immer wieder von Velo- und Mofafahrern benutzt, was zu gefährlichen Situationen für die zu Fuss Gehenden führt.

Die Absperr-Latten zur Hochbergerstrasse hin werden immer wieder entfernt oder verschoben. Da diese dann in die Fahrbahn ragen und Velofahrende für Automobilisten völlig unerwartet dort einbiegen, entstand ein weiterer Gefahrenpunkt.

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Warum wird die fertige Brücke nicht endlich dem Verkehr übergeben?
2. Welches Verkehrsregime ist vorgesehen – in welchem Zeitplan?
3. Könnte im Sinne einer Sofortmassnahme nicht wenigstens das Befahren mit Zweirädern so geregelt werden, dass diese nicht sich selbst und andere in Gefahr bringen?

André Auderset

**d) Schriftliche Anfrage betreffend Politikverdrossenheit**

13.5061.01

Heutzutage ist die Politikverdrossenheit ein weitverbreitetes Phänomen geworden. Viele Bürger scheinen kaum interessiert an der Frage, wie ihre Gesellschaft gestaltet werden soll oder daran, wie sie selbst an diesen Gestaltungsprozessen teilnehmen können. Spektakelparteien wie die Piraten sind weniger ein Zeichen demokratischer Vitalität als Dekadenz.

So sinkt auch die Wahlbeteiligung in Basel. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Gibt es noch ein Jugendparlament? Wenn ja, wie setzt sich dieses zusammen? Kann auch die VA einen Sitz haben?
2. Was kann der Kanton BS tun, damit die Politikverdrossenheit nicht noch mehr zunimmt?
3. Der Wähler beklagt zu viele Abstimmungen. Kann man Abstimmungen zusammen legen? Wie ist hier die Regel?
4. Früher wurden viele Parlamente auf vier Jahre gewählt. Danach hat man gewechselt, auf fünf Jahre. So z.B. im Sächsischen Landtag, im Jahre 1994. Welche Wege müsste man in Basel konkret gehen, wenn man will, dass der Grosse Rat nur noch alle fünf Jahre gewählt wird?

Eric Weber

**e) Schriftliche Anfrage betreffend Neu-Grossräte sind nur Grossräte zweiter Klasse**

13.5062.01

Ein neuer Grossrat, nehmen wir meinen Fall, kann für den ersten Monat, wo er Grossrat ist, noch keinen Anzug oder Motion einreichen.

Ich selbst darf laut Gesetz erst zum 1. Februar 2013 Interpellation, Anzug oder Motion abgeben. Meine erste Interpellation wird noch im Februar behandelt. Aber Anzug oder Motion kommen frühestens im März dran.

Ein Grossrat aus der alten Legislaturperiode, der kann im Januar einen Anzug oder Motion einreichen. Dies wird dann auch im Februar behandelt. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Sieht der RR nicht auch die Problematik, dass man damit Grossräte der ersten und zweiten Klasse schafft? Denn alle Grossräte müssen doch gleich behandelt werden. Egal, ob diese schon dem alten Parlament angehört haben oder nicht.
2. Wenn der Regierungsrat nicht findet, dass es hier zu einer Ungleichheit kommt, wie könnte man denn eine Lösung, eine Verbesserung heranzuführen?
3. Warum durfte Grossrat Eric Weber für die Februar-Sitzung 2013 keine Motion und keinen Anzug einreichen?

Eric Weber

**f) Schriftliche Anfrage betreffend Regierungseinladung an die Fasnacht**

13.5063.01

Jedes Jahr sieht man beim Morgenstrach zahlreiche Leute am Fenster vom Rathaus stehen. Darunter sind immer Gäste, die der Regierungsrat eingeladen hat. Im Jahre 1993 war es so z.B. auch der Sächsische Innenminister Heinz Eggert aus Dresden. Wie mir dieser im Jahre 1996 sagte, bekam er mit seinem Gefolge keine Unterkunft mehr in Basel. Also ging er nach dem Morgenstreich nach Freiburg in ein Hotel. Heinz Eggert, als grosser Hoffnungsträger für Deutschland und auch als zukünftiger Bundespräsident gehandelt, musste aus seinem Amt zurücktreten. Es wurden Vorwürfe laut, er sei seinen Mitarbeitern zu nahe gekommen. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

- Wie verhält es sich mit der Einladungspraxis der Basler Regierung zur Basler Fasnacht? Was beinhaltet in der Regel ein solches Paket? Ist da keine Übernachtung dabei?
- Die Regierung hat jedes Jahr eine Liste für die Einzuladenden: Wie wird so eine Liste zusammen gestellt? Nach welchen Gesichtspunkten?
- Können auch einmal Grossräte an einer solchen Veranstaltung teilnehmen? Handelt es sich doch hier nicht nur um den Amtssitz der Regierung sondern auch um den Amtssitz des Grossen Rates.

Eric Weber

**g) Schriftliche Anfrage betreffend Freikarten für Grossräte**

13.5064.01

Als jüngster Basler Grossrat von 1984 bis 1992 bekam ich öfters über das Parlament, pro Jahr 10 Freikarten für das Theater, Freikarten für Wetten dass und für Holiday on Ice. Viele Jahre nicht mehr im Grossen Rat, sind uns nicht mehr die heutigen Sachen bekannt. Durch die Presse wurde bekannt, dass jeder Grossrat im Jahr 2006 ein Ticket für die Fussball-EM in Basel erhalten hat. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

- Bekommen die Grossräte pro Jahr immer noch 10 Freikarten für das Theater?
- Wenn nein, seit wann bekommen die Grossräte keine Freikarten mehr und seit wann ist dies der Fall?
- Für welche Veranstaltungen (z.B. Muba) bekommen die Abgeordneten Freikarten?
- Die Regierung bekommt zahlreiche Einladungen, kann diese aber nicht immer selbst annehmen, z.B. wegen Zeitnot. Bei einer Zeitung bekommt ein Chefredaktor oftmals sehr viele Einladungen und verteilt diese dann an die Journalisten. Kann der Regierungsrat analog einer Zeitung, die Einladungen auch an die Grossräte weiter geben?

Eric Weber

**h) Schriftliche Anfrage betreffend Personenschutz für RR Eymann**

13.5065.01

Durch die Presse war im Sommer 2012 zu entnehmen, dass RR Eymann Personenschutz bekommen hat. Auch andere Politiker im Kanton Basel haben teilweise mit anonymen oder nicht anonymen Tätern zu tun. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Aus welchen Gründen bekam Herr Eymann Personenschutz?
2. Wie viele Tage hatte er Personenschutz?
3. Wie teuer kam diese Aktion dem Kanton Basel zu stehen?
4. Was sind die Grundvoraussetzungen, dass ein Politiker Personenschutz bekommt?
5. Warum bekam Grossrat Eric Weber keinen Personenschutz für den 6. Februar 2012, obwohl er seit Monaten von einem Basler Ex-Polizisten bedroht, angegangen und mit Lügen überdeckt wird?

Eric Weber

**i) Schriftliche Anfrage betreffend kostenloses Tram für alle Parlamentarier**

13.5066.01

Immer wieder ist zu lesen und zu hören, dass man alles dafür tut, dass sich mehr Leute für die Politik interessieren. Die Realität sieht aber anders aus. Nur Basel hinkt hinterher. Alle Nationalräte können kostenfrei Bus und Tram fahren. Nur wir Grossräte können dies nicht. Eine frühere Anfrage von mir in dieser Sache, wurde abgelehnt. Zwischenzeitlich sind 20 Jahre vergangen. Neuer Anlauf jetzt.

Weltweit ist es normal, dass ein Abgeordneter für ein Gebiet für das er gewählt ist, in unserem Fall Basel, dort kostenfrei fahren kann.

Als Grossrat muss man viel recherchieren, damit man den Kanton kontrollieren kann. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Kann der RR bitte dafür Sorge tragen, dass alle Grossräte kostenfrei das Tram und den Bus benutzen können?
2. Wenn dieser Dienst nicht eingerichtet wird, warum ist dies so?
3. Wenn ein Grossrat für seine Grossrats-Arbeit unterwegs ist, kann er die Tramfahrten bei einer Stelle in Rechnung stellen?

Eric Weber

**j) Schriftliche Anfrage betreffend Sicherheitsvorkehrungen beim Kanton Basel-Stadt**

13.5067.01

In der BZ Basel steht am 30. Oktober 2012, Seite 21, folgendes über mich: „Die Kantonsverwaltung hat in einigen Gebäuden extra seinetwegen die Sicherheitsvorkehrungen erhöht. Zu oft ist er unangemeldet in Amtsstuben aufgetaucht und hat mit wirren Schimpftiraden den Betrieb aufgehalten. Die Verwaltung hat wegen Webers Auftritten einige Türen mit Schlössern versehen, die früher frei zugänglich waren.“

All dies ist frei erfunden. Die BZ Basel teilte mir aber mit, dass dies der Kanton Basel-Stadt der Zeitung erzählt hat.

Am 3. November 2012 erschien in der BZ Basel folgende Stellungnahme von mir:

„Vom Kanton Basel-Stadt frei erfunden. Im Artikel steht, ich hätte Schimpftiraden in Amtsstuben von mir gegeben. Weiter heisst es: „Die Verwaltung hat wegen Webers Auftritten einige Türen mit Schlössern versehen, die früher frei zugänglich waren.“ Das ist nicht wahr. Welche Türen sollen das denn bitte sein? Und welches sind denn „einige Gebäude“, an denen es wegen mir Sicherheitsmassnahmen gab? Das stimmt alles nicht. Es wurde vom Kanton Basel-Stadt, dem Informationsgeber, frei erfunden. Als wieder gewählter Grossrat werde ich eine Interpellation einreichen, um zu erfragen, woher diese Falschinformationen kommen. Der Kanton muss dann mitteilen, dass diese Geschichte unwahr ist oder ganz klar Fakten und Tatsachen nennen, die es aber nicht gibt. Eric Weber, Grossrat, Basel.“

In diesem Zusammenhang sind bitte folgende Fragen an die Regierung angebracht:

1. Welche Türen sollen dies denn bitte konkret sein, die wegen mir mit Schlössern versehen wurden?
2. Und welches sind denn die einigen Gebäude? Ich war immer nur im Rathaus und sonst in keinem anderen Haus.
3. Was für Sicherheitsvorkehrungen wurden denn wegen mir gemacht?
4. In welchen Amtsstuben soll ich denn Schimpftiraden losgelassen haben?
5. Damit sich die Zeitung nicht weiterhin verschanzen kann und lapidar sagen kann, das hat die Kantonsverwaltung BS gesagt, ist folgende Frage mehr als angebracht: Wer ist denn beim Kanton überhaupt alles befugt, mit der Presse zu sprechen? Wie heissen diese Leute? Bitte um eine Auflistung aller Pressesprecher und solcher Leute, die eine Aussage-Genehmigung gegenüber der Presse haben. Danke.

Eric Weber

**k) Schriftliche Anfrage betreffend Skandal-Preise bei den Basler Fähren**

13.5068.01

Seit Jahren beklagen sich Einheimische und Touristen über unverschämte Preise bei den Basler Fähren.

Auch meine kleinste Tochter, kaum 2 Jahre, musste schon bezahlen. Daher ging ich der Sache auf den Grund und habe folgendes erfahren: Kinder unter 12 Jahren bezahlen 80 Rappen. Ab 12 Jahre bezahlen diese den vollen Preis.

Nur Kinder bis zu 2 Jahren sind kostenfrei. Auf die Weigerung für ein zweijähriges Kind zu bezahlen, meint der Fährimann, das geht nicht. Daraufhin schrieb ich schon vor Jahren an den Fähri Verein Basel und man hat mir 2009 versprochen, meine „Anfrage zum Anlass zu nehmen, dieses Thema gemeinsam mit der Stiftung aufzunehmen.“ Ich habe nie mehr was gehört.

1. Findet es der Regierungsrat nicht auch etwas frech, dass Kinder ab 2 Jahren schon für die Fähre zu bezahlen haben?
2. Man spricht immer von Einheitstarifen. Warum wird dies bei den Fähren nicht gemacht, analog der BVB, wo Kinder bis zum Alter von 7 kostenfrei fahren können?
3. Ab dem Alter von 12 muss ein Kind bei der Fähre schon voll bezahlen. Ist das richtig?
4. Es fällt auf, dass die Fährimänner viel Geld in die eigene Tasche stecken und dass nicht richtig abgerechnet wird. Wie viel verkaufte Fährifahrten gaben die Fähren im Jahr 2010 oder im Jahr 2011 an?
5. Pro Jahr fahren rund 2'300'000 Menschen mit der Fähre. Warum wurden denn für das Jahr 2009 nur 12'060 Fährifahrten versteuert?
6. Haben die Fähren Steuer-Sonderrechte in Basel? Wenn ja, warum?

Eric Weber

**l) Schriftliche Anfrage betreffend Aufnahmebedingung für die Berufsmatura**

13.5072.01

Für Jugendliche besteht heute die Möglichkeit, gleichzeitig mit der Berufslehre die Berufsmaturität zu absolvieren. Dass heisst, sie gehen in der Regel zwei Tage in die Schule und an drei Tagen sind sie im Betrieb, wo sie die praktische Arbeit erlernen. Nach Abschluss der Berufsmaturität steht ihnen der Weg an eine Fachhochschule offen. Schülerinnen und Schüler, die nach dem 9. Schuljahr prüfungsfrei in die Berufsmatura 1 (lehrbegleitend) übertreten möchten, müssen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen (Durchschnitt aus Französisch und Englisch) einen Notendurchschnitt von 5.5 haben.

Im Gegensatz dazu kann man über die Wirtschaftsmittelschule und die Fachmaturitätsschule (FMS) eine Fachmaturität gelangen. Die Fachmaturitätsschule Basel bereitet in sechs verschiedenen Fachrichtungen auf ein Studium an einer Höheren Fachschule bzw. Fachhochschule vor. Um prüfungsfrei in die Fachmaturitätsschule eintreten zu können, ist ein Notendurchschnitt von 4.5 nötig.

Die Regierung wird deshalb gebeten zu prüfen und zu berichten:

- Wieso wird ein höherer Notenschnitt für die Berufsmaturität erwartet?
- Wie ist dieser grosse Unterschied in den Aufnahmebedingungen zu erklären?
- Ist es denkbar, die Aufnahmebedingungen anzupassen, dass für beide Angebote die selben Bedingungen bestehen? Was spricht dagegen?

Franziska Reinhard

**m) Schriftliche Anfrage betreffend korrekte Vergabe von Lotteriefondsgeldern?**

13.5073.01

Am 27.6.2012 wurde vom Regierungsrat ein Betrag von CHF 125'000 aus dem Swisslos-Fonds für den "Verein für die Durchführung der Zeitgenössischen Schweizer Tanztage BASEL" bewilligt.

Nach Medienberichten erscheint die lokale Tanzszene nur am Rande: Bei insgesamt 15 Produktionen sei nur eine Basler Choreografin und nur eine Basler Produktion dabei.

In diesem Zusammenhang ergeben sich aus Sicht des Fragestellers folgende Fragen:

1. Sind die angeführten Informationen korrekt? Wenn nein: Inwiefern ist die lokale Tanzszene an den Basler Tanztagen beteiligt?
2. Wurden bei dieser Vergabung die in der (vom Regierungsrat selbst am 21.4.09 beschlossenen) Lotteriefonds-Verordnung festgehaltenen Grundsätze
  - "Die Finanzierung eines Projektes muss breit abgestützt sein, dabei werden Eigenleistungen berücksichtigt." (Paragraph 2, Abs. 4)
  - "Die Mittel sind zur Verwendung im Kanton selbst oder für einen in engem Bezug zum Kanton stehenden Zweck bestimmt. Die Mittel können in Absprache mit anderen Kantonen auch für Projekte mit regionaler und/oder nationaler Bedeutung eingesetzt werden; sie setzen zwingend die namhafte Beteiligung des jeweiligen Standortkantons voraus." (Paragraph 3, Abs. 1 und 2) eingehalten?
3. In Paragraph 5 der Verordnung ist festgehalten, dass vom Lotteriefonds "grundsätzliche keine Beiträge ausgerichtet" werden für "Institutionen jeder Art, die durch staatliche Mittel, zum Beispiel durch Subventionen, gefördert werden oder andere staatlich festgelegte Beiträge erhalten"; offenbar ist nun aber durch die bekanntlich nicht wenig subventionierte "Kaserne" Hauptveranstalterin (nebst weiteren, ebenfalls subventionierten Organisationen) - wie begründet die Regierung diesen offensichtlichen Verstoss gegen die eigene Verordnung?
4. In Paragraph 5 ist weiter festgehalten, dass ebenfalls keine Beiträge ausgerichtet werden an "Projekte, die zum Zeitpunkt der Gesuchseingabe bereits in Realisation sind" - ist es wirklich denkbar, dass ziemlich genau 6 Monate vor Durchführung die Basler Tanztage noch NICHT in Realisation waren?

Patrick Hafner